

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der 1./2. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2020/2021 vom 25. Mai 2020

von 16.15 bis 18.35 Uhr und 20.00 bis 22.00 Uhr

Eulachhalle 2a

(die Sitzungen sind nicht öffentlich; Medienschaffende und Verwaltungsmitarbeitende, deren
Geschäfte verhandelt werden, sind zugelassen)

Vorsitz: A. Geering (CVP) / D. Oswald (SVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: -

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 23./24. Sitzung	
2.*	20.36	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten für das Amtsjahr 2020/2021	R. Kappeler
3.*	20.37	Wahl der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2020/2021	R. Kappeler
4.*	20.38	Wahl der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2020/2021	R. Kappeler
5.*	20.39	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle des zurücktretenden P. Rüttsche (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	R. Kappeler
6.*	19.131	Einsetzung einer Spezialkommission zur Totalrevision der Gemeindeordnung: Festlegung der Kommissionsgrösse, Wahl der Mitglieder und der Präsidentin / des Präsidenten	R. Kappeler
7.*	20.42	Kenntnisnahme des Corona-Managements von Stadtrat und Stadtverwaltung	
8.*	20.24 (DKD)	Begründung der Motion T. Brüttsch (SVP), U. Hofer (FDP), U. Glättli (GLP), F. Kramer-Schwob (EVP) und I. Kuster (CVP) betr. Transparenz für Einmalzulagen	

- | | | | |
|-----|----------------|---|------------------------|
| 9. | 20.21
(DSU) | Begründung des Postulats U. Glättli (GLP), B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP) betr. Zugangsschranken abbauen – Integration ermöglichen | |
| 10. | 20.22
(DTB) | Begründung des Postulats F. Künzler (SP) betr. zeitgemässes Strom-Tarif-Modell entsprechend den Produktionszyklen | |
| 11. | 20.23
(DTB) | Begründung des Postulats K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), M. Zehnder (GLP), G. Stritt (SP) und I. Kuster (CVP) betr. Comeback des Laubrechens | |
| 12. | 20.26
(DKD) | Genehmigung eines Subventionsvertrags mit Leistungsauftrag mit der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich | C. Bozzi-Brunel |
| 13. | 20.9
(DKD) | «NEXPO – die neue EXPO», Verpflichtungskredit der Erfolgsrechnung von Fr. 172'854 für die Beteiligung der Stadt Winterthur an der Fundierungsphase 2020 bis 2022 | C. Bozzi-Brunel |
| 14. | 19.67
(DB) | Kommunale Volksinitiative «Verbesserung der Veloinfrastruktur in allen Stadtkreisen»: Bericht und Antrag auf Ablehnung mit Gegenvorschlag | H.R. Hofer |
| 15. | 20.12
(DB) | Kredit von Fr. 600'000 für die Neugestaltung des Knotens Wieshofstr./Wässerwiesenstr., Projekt-Nr. 11430 | H.R. Hofer |
| 16. | 20.16
(DB) | Projektierungskredit von Fr. 600'000 für die Projektierung und Weiterbearbeitung des Projekts Zürcherstr., im Bereich Untere Briggerstr. bis Emil-Klöti-Str., Instandstellung und Gestaltung (Projekt-Nr. 11'393) | H.R. Hofer |
| 17. | 20.35
(DB) | Kredit von Fr. 1'470'000 für die Realisierung des Projekts «Weg entlang Eulachpark, Im Link bis Bahnhof Oberwinterthur, Neubau» (Projekt-Nr. 11453) | H.R. Hofer |
| 18. | 20.29
(DB) | Kredit von Fr. 1'300'000 für den Einbau des Revierstützpunktes Wülflingen in die Schlossscheune (Projekt-Nr. 20747) | R. Heuberger |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsident A. Geering: Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur heutigen Sitzung des Grossen Gemeinderats hier in diesem speziellen Setting in der Eulachhalle. Ich möchte einleitend gleich zwei Dinge sagen: Zum einen haben wir, weil wir heute die Wahlen haben für die neue Ratsleitung, Medien hier, die auch fotografieren werden. Zum anderen wurde ich verschiedentlich gefragt, ob man heute aufgrund des speziellen Settings während der Sitzung Fotos machen dürfe. Das ist heute so zugelassen und erlaubt, dass Ihr während der Sitzung Fotos machen dürft, wenn es Euch danach ist.

Ich begrüsse ganz herzlich zur 1. und 2. Sitzung des Amtsjahrs 2020/2021 und spreche da durch ein Mikrofon, damit Ihr mich gut hört. Und das bringt mich gleich zu einem zweiten Hinweis bezüglich der Mikrofone: Die Parlamentsmitglieder haben ein Mikrofon zum Ein- und Ausschalten. Wenn der grüne Knopf leuchtet, ist es eingeschaltet, sonst ist es ausgeschaltet. Als präventiver Hinweis für die Leute auf dem Bock, die Stimmzählenden und die Stadtratsmitglieder: Eure Mikrofone sind immer On. Wenn Ihr also jemanden loben wollt, dann

macht das vor dem Mikrofon. Wenn Ihr etwas anderes flüstern wollt, dann macht das möglichst weit weg vom Mikrofon.

Speziell begrüssen möchte ich heute Renate Oswald, die Frau des 1. Vizepräsidenten Daniel Oswald. Sie ist heute hier für die Wahl meines Nachfolgers. Sie hat heute die Bewilligung erhalten, als Gast hier zu sein, obwohl wir heute grundsätzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen.

Ebenfalls da sind wie gesagt Medienvertretende und auch verschiedene Personen aus der Verwaltung.

Ebenfalls speziell begrüssen möchte ich Maria Wegelin von der SVP, die heute das 1. Mal an einer Sitzung des Grossen Gemeinderates teilnimmt. Ich heisse Dich herzlich willkommen und wünsche Dir ein gutes, erfolgreiches Schaffen in unserem Rat.

Sie ist die Nachfolgerin von Simon Büchi, der per Ende April zurückgetreten ist aus dem Grossen Gemeinderat. Er ist aus Winterthur weggezogen und musste deshalb seinen Rücktritt einreichen. Leider war es nicht mehr möglich, dass Simon heute anwesend wäre für seine Verabschiedung. Wir werden ihm aber sein Bild und seine Urkunde zukommen lassen und ihm so auch unsere guten Wünsche zum Ausdruck bringen.

Simon Büchi war vom 29. Oktober 2014 – 13. Mai 2018 Mitglied des Grossen Gemeinderats und wieder vom 12. September 2018 – 30. April 2020.

Er war vom 11. Mai 2015 – 7. November 2016 Mitglied der Aufsichtskommission und vom 7. November 2016 – 13. Mai 2018 war er Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit. Absenzen für heute sind mir nicht bekannt. Davide Pezzotta wird etwas verspätet eintreffen.

Mitteilungen

Ratspräsident A. Geering: Ich komme zu den Mitteilungen.

Betreffend Fotoaufnahmen habe ich schon gesagt. Marc Wäckerlin wird seine eigenen Voten allenfalls aufnehmen, wenn es dazu kommt.

Ich verweise noch auf das Schutzkonzept, das die Parlamentsmitglieder bereits zugeschickt bekommen haben. Ich möchte dort nochmals einige Dinge hervorheben: Ich möchte nochmals auf das Abstand halten hinweisen, dass man diese Abstandsregeln einhält. Nicht nur jetzt, wo wir an den Tischen sitzen, sondern auch in der Pause, wenn wir uns freier in den Hallen bewegen.

Vorstösse zum Unterzeichnen werden heute nicht über die Tische durchgereicht, sondern liegen dort drüben auf den beiden Tischen auf zum Unterschreiben. Macht doch das in der Pause oder wenn die Stimmzählenden am Auszählen sind und es Sitzungsunterbrüche gibt, oder sonst einmal, wenn Ihr froh seid, dass Ihr aufstehen könnt. Schaut dabei, dass pro Tisch maximal 1 Person steht. Es hat auch dort Desinfektionsmittel. Nehmt Eure eigenen Schreiber mit, es hat keine Schreiber auf den Tischen. Und die, die Vorstösse miteinreichen: Denkt daran, dass man auf dem vorderen Blatt unterschreibt.

Zum Essen: Aussen beim Eingang steht Wasser zur Verfügung. Das kann man auch in die Sitzung nehmen. Das Essen hat der Parlamentsdienst organisiert. Ich möchte in diesem Zusammenhang Marc und Jürg auch danken für die Organisation der Hallen, in denen wir heute tagen können. Sie haben da viel Arbeit dafür geleistet. Für das Essen gehen wir hinaus auf den Gang und dann wieder hinein in die Halle 2 B, wo wir unser Essen in Empfang nehmen können.

Ihr habt Mäppchen auf dem Tisch. Zuhinterst ist das gelbe Blatt, das wir kennen, mit den Kommissionsentscheiden. Darüber liegt ein Blatt, auf dem oben die Zugangsdaten sind für das WLAN, das Ihr nutzen könnt. Unten sind zwei Menüvorschläge, das eine ist ein vegetarisches Menü und das andere eines mit Fleisch. Wenn Ihr drüben in die andere Halle kommt, dann steht Ihr einfach dort an, wo Ihr lieber möchtet, mit Fleisch oder Vegi. Es hat von beidem eine Auswahl da, so dass man sich jetzt überlegen kann, wo man hinwill und dann an das richtige Ort hinstehen. Es wird in der Halle klar sein, wo welches Menü ausgegeben wird. Und dann habt Ihr Wahlzettel im Mäppchen, da sagen wir dann etwas dazu, wenn es um die Wahlen geht, welcher Zettel für welche Wahl ist.

Für das Nachtessen müsst Ihr nichts bezahlen, Ihr bekommt aber entsprechend auch keine Nachtessensspesen zugeschrieben für diese Doppelsitzungen.

Wenn es dann um die Abstimmungen geht, ist dann mein Nachfolger bereits am Ruder. Ich weise aber trotzdem darauf hin, dass wir aufgrund der Distanzen (damit klar ist, wer wie stimmt) aufstehen werden zum Abstimmen. Es wird dann auch gesagt: Anstatt aufstrecken steht man auf, um es einfach zu sagen. Dafür bleibt man beim Sprechen sitzen, weil man sonst zu weit weg vom Mikrofon ist. Die Mikrofone sind so, dass sie aufnehmen, was in der Nähe gesprochen wird. Wenn man weiter weg ist, dann hört einen das Mikrofon nicht mehr und entsprechend die Leute im Saal auch nicht. Wenn Ihr also das Wort erteilt bekommt, schaltet das Mikrofon ein und haltet Euer Votum im Sitzen.

Toiletten sind draussen, quer über den Gang.

Damit bin ich am Ende der Mitteilungen.

Da wir heute die Wahl meines Nachfolgers haben, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, an dem ich eine Abschiedsrede halten darf.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Am 6. Mai 2019 habt ihr mich zum Präsidenten des Grossen Gemeinderates gewählt, damals noch im Ratssaal an der Marktgasse. Im zweiten Traktandum der heutigen Sitzung werde ich dieses Amt an meinen Nachfolger weitergeben. Es ist also Zeit für einen kurzen Rückblick!

In meinem Amtsjahr habe ich 24 Sitzungen des Grossen Gemeinderates geleitet. Vier weitere Gemeinderats-Termine musste ich aufgrund der Corona-Krise absagen. Zu Corona werde ich später noch etwas sagen. Die Ratsleitung hat 12 Sitzungen abgehalten. Die organisatorischen Führungsaufgaben der Ratsleitung haben in diesem Jahr zugenommen. Das hat zum einen mit der administrativen Zuordnung der Aufsichtsstellen zu tun, wo es Weiterbildungen, aber auch Rücktritte zu begleiten gab. Zum anderen mit der Unterstellung des Parlamentsdienstes direkt unter die Ratsleitung, die dieses Jahr erstmals auch operativ zur Anwendung kam.

Im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung dieses Amtes steht aber zweifellos die Vertretung des Parlaments bei Anlässen und Veranstaltungen der Stadt Winterthur und des Parlaments, die ich wahrnehmen durfte. Bis zum Lockdown im März besuchte ich rund 80 Veranstaltungen. Häufig war ich zwei bis drei Mal pro Woche an Konzerten, Sportveranstaltungen, Dorffesten, Eröffnungen und vielen weiteren Anlässen anzutreffen. Zwei solche Perlen, die ich erleben durfte, waren die Eröffnung der Futsal-Gehörlosen WM hier in den Eulachhallen und das Nordostschweizer Jodlerfest in Wülflingen. Beides Anlässe, die es nicht jedes Jahr gibt, die sicherlich besonders herausgestrichen werden können.

Ich möchte hier aber keine Aufzählung von Anlässen aneinanderreihen, was ich alles für Veranstaltungen besuchen durfte dieses Jahr, sondern ich möchte vier thematische Schwerpunkte des Amtsjahres 2019/2020 herauspicken, die dabei waren.

Am 14. Juni 2019 fand auch in Winterthur der Frauenstreik statt. Dabei wurden Forderungen an die Winterthurer Politik formuliert und ich durfte diese vor der Gemeinderatssitzung vom 1. Juli entgegennehmen. Im Anschluss gab ich das Papier an den Stadtrat und die Gemeinderatsfraktionen weiter. Der Stadtrat hat vor Kurzem Stellung zu diesen Forderungen bezogen. Bei den Winterthurer Fraktionen haben diese Forderungen in meiner Wahrnehmung aber keine sichtbaren Aktionen hervorgerufen. Zwar hat der Gemeinderat schon 2018 in einer Motion gefordert, dass der Frauenanteil im städtischen Kader 35% betragen soll. Im Gemeinderat selbst scheint aber diese Zielvorgabe keine Umsetzung zu finden. So sind in den Führungsfunktionen des Grossen Gemeinderates nur drei Frauen anzutreffen: Eine Vizepräsidentin und zwei Fraktionspräsidentinnen. Die anderen Führungsämter sind in Männerhand. Und die grossen Parteien in diesem Rat haben auch bei den zwei Stadtratsersatzwahlen (von denen eine bereits stattgefunden hat und eine ansteht) dieser Legislatur verpasst, wieder Frauen für ihre zurücktretenden Frauen zu nominieren, sondern haben dort Männer nominiert. So sank der Frauenanteil im Stadtrat im letzten Jahr von drei auf zwei Frauen und es wird sich zeigen, wie sich dieser Anteil im August weiterbewegen wird.

Stark im öffentlichen Fokus war im letzten Jahr sicher auch der Klimawandel respektive die Klimastreiks und Klimademonstrationen. Durch die weltweiten und lokalen Klimastreiks fand

dieses Thema auch in unserer lokalpolitischen Agenda einen Aufschlag. Auf Antrag aller Fraktionen führten wir am 8. Juli 2019 eine Klimasitzung durch. An dieser Sitzung wurden neun parlamentarische Vorstösse zum Klimawandel an den Stadtrat überwiesen. Im Zusammenhang der Klimademonstrationen haben mich aber auch gewisse Nebentöne, die man wahrnehmen konnte, stark beschäftigt. So wurden in den sozialen Medien auf einmal Stimmen laut, die forderten, dass die ältere Generation still zu sein habe, da sie ja eh bald nicht mehr hier sei. Dass der älteren Generation verordnet wird, still zu sein, weil sie ja bald sterben würde – dass eine ganze Bevölkerungsgruppe da ausgeschlossen werden soll – das hat mich beschäftigt. Und das ist eine Tendenz oder ein Ruf, der in mir Sorgen aufkommen liess. Das ist eine schlechte Entwicklung.

Auch das Verhalten der Kirchen machte mich stutzig. Die Kirchen traten in den Kanon der Klimastreikenden ein und sagten auch, dass es fünf vor zwölf sei und es keinen Planeten B gebe. Ich hätte erwartet, dass die Kirche in ihr Textbuch, die Bibel, schaut und sagt: «Ja, wir haben eine Aufgabe gegenüber unserer Schöpfung, aber wir haben auch eine Hoffnung. Die Menschen können die Welt nicht selber retten, aber wir haben eine andere Antwort.» Das ist ausgeblieben.

Durch das ganze Amtsjahr hindurch zog sich mein Ziel, Antworten auf parlamentarische Vorstösse abzubauen. In meiner ersten Sitzung, die ich geleitet habe, im Juni 2019, behandelten wir Interpellationen, die vom Stadtrat 22 Monate davor beantwortet worden waren. Dies ist zu lange. Nach einer solchen Wartezeit sind die Geschäfte häufig nicht mehr aktuell. Wir schreiben im Rat Interpellationen, Postulate und Motionen. Das ist unser Recht und auch unsere Aufgabe. Der Stadtrat und die Verwaltung treiben dann einen löblichen Aufwand um Antworten, Berichte und Beschlussanträge zu verfassen. Es wäre dann das Gebot der politischen Vernunft und des parlamentarischen Respektes, diese Antworten innert nützlicher Frist im Rat zu behandeln. So war es mein Ziel, diese Fristen hinunterzusetzen und in diesem Jahr alte Vorstösse abzubauen. Ich versuchte mehrmals, 15 Minuten vor Sitzungsende, nochmals ein Traktandum zu starten. Dies führte zwei Mal zu einem Ordnungsantrag auf Sitzungsabbruch aus dem Rat. Ihr habt Euch im Dezember auch gegen eine Redezeitbeschränkung ausgesprochen. Trotzdem ist es uns gemeinsam gelungen, die Wartezeit von Antworten bis im März (vor dem Lockdown) auf 17 Monate zu verkürzen. Und ich bin überzeugt: Hätten wir die ausserordentliche Sitzung im März durchführen können, hätten wir diese Frist auf 12 Monate drücken können. Jetzt ist es anders gekommen und ich bin sicher, dieses Parlament wird Wege finden, um auch künftig an dieser Beantwortungsfrist zu arbeiten und das kurz zu halten.

Und dann kam eben Corona. Schon Ende Februar war absehbar, dass die Pandemie auch unseren Ratsbetrieb beeinflussen wird. Anfang März beschloss die Ratsleitung, dass Kommissionen und der Rat unter Einhaltung von Distanzregeln sitzen sollen. Die BBK hat am 9. März eine Sitzung in diesem Setting abgehalten. Dann hat der Bundesrat am 13. März Versammlungen verboten. Das führte dazu, dass ich am 15. März die Kommissionspräsidenten bat, ihre Sitzungen vom 16. März abzusagen. Am 16. März beschloss die Ratsleitung den Ratsbetrieb bis vorläufig am 30 April auszusetzen. Seit dem 11. Mai sind die Kommissionen nun unter Einhaltung der Hygienerichtlinien wieder am Arbeiten und heute haben wir die erste Gemeinderatssitzung nach dem Lockdown.

Man mag kritisieren, es sei lange gegangen. Ich bin aber froh, können wir heute so wieder anfangen, und ich bin auch froh, dass die Kommissionen zuerst anfangen konnten, so dass wir heute auch eine Traktandenliste zusammenstellen konnten, die eine Sitzung auch wirklich berechtigt.

Die letzten drei Monate als Ratspräsident hatten einen anderen Charakter, als das Präsidium sonst hat. Es war aber nicht weniger intensiv für mich. Nun gebe ich das Präsidium weiter. Ich bin der Meinung, dass der Rat auf der gelegten Basis einen guten Neustart hinlegen kann. Meinem Nachfolger wünsche ich für das neue Amtsjahr alles Gute! (*Applaus*)

1. Vizepräsident D. Oswald: Geschätzter Präsident, lieber Andreas. Mit dem heutigen Tag geht ein ganz spezielles Präsidialjahr mit einigen Überraschungen und Premierien zu Ende. Im Namen der Ratsleitung möchte ich dazu ein paar Worte äussern.

Wie Du gesagt hast, bist Du der erste Präsident des Grossen Gemeinderates der Stadt Winterthur gewesen, welcher von Beginn des Amtsjahres an auch den Parlamentsdienst zu führen hatte. Dabei war es auch bei den Parlamentsdiensten kein übliches Jahr. Nicht nur kam der Parlamentsdienst dazu, auch bei der Leitung Betreuung der unabhängigen Stellen gab es zusätzliche Arbeit. Es war die Leitung der Ombudsstelle neu zu besetzen war und die Führung der Finanzkontrolle erforderte mehr als nur eine Zusatzmeile.

Die zweite Premiere liess nicht lange auf sich warten, folgte doch am 8. Juli 2019 die Klimadebatte. Ohne Vorwarnung kam noch die Corona-Pandemie und der Lockdown dazu, was wiederum zu weiteren Premieren wie Online-Ratsleitungssitzungen und die Durchführung von Gemeinderatssitzungen in der Eulachhalle (wie heute) nach sich zogen.

Bevor Andreas für die Wahl in die Ratsleitung zur Verfügung stellte, hat er sich gut darauf vorbereitet. Es war ihm wichtig, den Aufwand zu kennen. Aber wie es so ist, Prognosen sind äusserst schwierig, vor allem wenn diese die Zukunft betreffen. Wie wir gesehen haben, kommt manchmal alles anders.

Lieber Andreas. Du hast in dieser Zeit Dein Amt souverän geführt. Du hattest immer den Überblick und bist alle Themen besonnen angegangen. Uns allen in der Ratsleitung war es eine Freude, all diese zum Teil nicht einfachen Themen unter Deiner Leitung zu bearbeiten. Du warst immer seriös vorbereitet, gut organisiert und bist immer freundlich.

Leider blieb es Dir nicht vergönnt, einen würdigen Schlussanlass durchführen zu können. Im Moment bleibt uns nichts anderes übrig, als Dir im Rahmen dieser Gemeinderatssitzung für Dein grosses Engagement während Deines Präsidialjahres zu danken. Ganz speziell ist Deine Arbeit während des Lockdowns und dem wieder Hochfahren des Parlamentsbetriebes zu würdigen.

Andreas möchte sich auf musikalischer Ebene weiter entwickeln. In Namen der Ratsleitung und des ganzen Gemeinderates übergebe ich Dir daher einen Gutschein. Dieser ermöglicht es Dir, Deine Trompete wieder auf Vordermann zu bringen und Musikstunden nehmen. Wenn Du dann den Marsch bläst, kannst Du uns ja später verraten.

Andreas, wir wünschen Dir viel Befriedigung beim Musizieren und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Dir im Gemeinderat. (*Applaus*)

Stadtpräsident M. Künzle: Lieber Andreas, Du wirst zweifellos in die Geschichte eingehen. Du bist im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten wohl der Ratspräsident, der am längsten auf dem Bock sass. Nicht weil Du es besonders gut gemacht hast, sondern weil ein kleiner Virus Dich nicht gehen liess.

Im Ernst: Du hast Deine Sache sehr gut gemacht. Du hast vorausgeschaut, Du hattest sehr viel mehr Arbeit hinter den Kulissen, wegen der Reorganisation und natürlich auch wegen Corona und wegen den vorher schon genannten speziellen Anlässen. Du musstest Dir sehr viele Gedanken machen, Du hast mit der Ratsleitung wichtige Entscheidungen vorbereiten und umsetzen müssen. Konsequenter. Und Du hast diesen Rat wirklich geführt. Du hast Dich bei Anlässen gezeigt, Du hast diesem Rat nach aussen ein Gesicht gegeben. Man wusste, Du bist der höchste Winterthurer. Und Du hast ab und zu auch uns in der Exekutive vertreten, wenn wir unabkömmlich waren.

Den Rat, wie ich es erwähnt habe, hast Du mit unerbittlicher und harter Hand geführt. Jede Minute – und sogar darüber hinaus – wurde genutzt, Murren in den Ratsreihen hin oder her. Das hat Dich nicht beeindruckt, Effizienz und Disziplin pur. Führung heisst manchmal auch, sich unbeliebt zu machen. Aber das Ganze immer auch mit sehr viel Herz und immer im Interesse des Grossen Gemeinderats und der Stadt Winterthur. Und deshalb ist Dir der Rat bis heute immer noch wohlgesonnen.

Die speziellen Geschenke vom Stadtpräsidenten an die abtretenden Ratspräsidentinnen und Ratspräsidenten haben es schon öfters in die Medien geschafft. Aber keine Angst, Andreas, Du bekommst heute keinen Ken, sondern Du bekommst einen Dirigentenstab von Musik Grimm, Damit Du auch weiterhin den Takt angeben kannst – vielleicht nicht nur Trompete spielen, sondern auch dirigieren – als Erinnerung an dieses spezielle Amtsjahr. Natürlich verbunden mit der obligaten Corona-Schutzmaske, dem Symbol der aktuellen Zeit.

Der Stadtrat und mit ihm die 115'700 Einwohnerinnen und Einwohner danken Dir herzlich für Deine Arbeit als Ratspräsident und wünschen Dir für die Zukunft - was sie beruflich, politisch und familiär alles bringen wird - alles Gute, viel Erfolg und beste Gesundheit.

Das Hauptgeschenk aber ist das Buch über die Winterthurer Kachelöfen, also ein Thema, das mit sehr viel Wärme verbunden ist.

Andreas, ganz herzlichen Dank. (*Applaus*)

Ratspräsident A. Geering: Danke vielmals für diese Reden und diese Geschenke. Wenn es eine normale konstituierende Sitzung wäre, würden wir jetzt in den Apéro und dann an die Wahlfeier gehen. Das ist heute nicht so. Corona möchte es anders, könnte man fast sagen. Wir fahren mit den Geschäften auf der Traktandenliste weiter und hängen eigentlich eine normale Gemeinderatssitzung an.

Ich muss noch eine Mitteilung machen bezüglich dem Essen nachher: Wenn irgendjemand eine Lebensmittelunverträglichkeit hätte, müsste man dies möglichst schnell Jürg Bachmann noch mitteilen, damit die Küche noch eine andere Option hinzaubern kann.

Traktandenliste

Ratspräsident A. Geering: Ich komme zur Traktandenliste der heutigen Sitzung. Zuerst möchte ich darauf hinweisen, dass mit den Traktanden 8 – 11 Begründungen von 1 Motion und 3 Postulaten vor den Stadtratsgeschäften auf der Traktandenliste stehen. Das widerspricht eigentlich der Reihenfolge, wie sie gemäss der Geschäftsordnung Art. 54 vorgesehen wäre. Ich bin aber der Meinung – und mein voraussichtlicher Nachfolger auch – dass diese Vorstösse vom Februar möglichst heute behandelt werden sollten. Wäre das nicht der Fall, könnte die Begründung dieser Vorstösse im schlechtesten Fall erst nach den Sommerferien erfolgen, was doch eher spät wäre. Wir haben das so in eine Konsultation gegeben bei den Fraktionspräsidien und dem Stadtrat und haben keine ablehnende Meinung dazu erhalten. Ich möchte an dieser Stelle auch dem Stadtrat dafür danken, dass er damit einverstanden ist, dass diese Begründungen vor den Geschäften des Stadtrats – entgegen der Geschäftsordnung – traktandiert sein können.

Dann darf ich darauf hinweisen, dass zwei dringliche Interpellationen eingegangen sind. Wir werden diese wie angekündigt beim Traktandum 7 behandeln. Ich hoffe, dass Ihr damit einverstanden seid.

Die Traktanden 12, 15, 16 und 17 schlagen wir Euch wie angekündigt zur Behandlung ohne Diskussion vor. Zum Traktandum 13 ging ein Ablehnungsantrag ein, deshalb werden wir dort eine Diskussion führen. Das Traktandum 18 wird wie angekündigt abgesetzt, da es noch nicht behandlungsreif ist.

Gibt es Wortmeldungen zu dieser Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Traktandenliste wie vorgelegt genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 23./24. Sitzung

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zum 1. Traktandum, die Abnahme des Protokolls der 23. und 24. Sitzung vom Amtsjahr 2019/2020, die noch im Februar stattgefunden hat.

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Protokoll? – Auch das ist nicht der Fall.

Damit ist das Protokoll genehmigt. Herzlichen Dank, Andrea, für das Verfassen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2020.36: Wahl der Präsidentin / des Präsidenten für das Amtsjahr 2020/2021

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zum Traktandum 2, Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Grossen Gemeinderats für das Amtsjahr 2020/2021. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt einstimmig vor: Daniel Oswald (SVP)

Ratspräsident A. Geering: Gibt es Vermehrungen dieses Vorschlags? – Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Wahl. Es ist eine geheime Wahl vorgesehen. Ihr habt im Mäppchen verschiedene Wahlzettel. Für den 1. Wahlgang, für den Präsidenten des Amtsjahres 2020/2021, ist der hellgelbe Zettel vorgesehen, auf dem oben steht «1. Wahlgang». Schreibt dort Eure Wahl auf die gepunktete Linie. Die Stimmzählenden werden nachher mit dem Holztöpfchen vorbeikommen, um die Wahlzettel einzusammeln, und nachher in die andere Halle gehen, um die Zettel auszuzählen.

Ich komme zur Verkündung des Resultats:

Anwesende Ratsmitglieder:	59
Ausgeteilte Stimmzettel:	59
Eingezogene Stimmzettel:	59
Leere/ungültige Stimmzettel:	1
Massgebende einfache Stimmenzahl:	58
Absolutes Mehr:	30
Gewählt ist Daniel Oswald mit 51 Stimmen. (<i>Applaus</i>)	

Lieber Daniel, ich gratuliere Dir ganz herzlich zu Deiner Wahl als Präsident des Grossen Gemeinderats Winterthur. Ich wünsche Dir ein gutes und spannendes Jahr und alles Gute für Dein Amt.

Ratspräsident D. Oswald: Besten Dank. Geschätzte Winterthurerinnen und Winterthurer, werte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Winterthur, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Lieber Schatz.

Als ich im Mai 2000 nach Winterthur gezogen war, hatte ich mir in keiner Weise vorgestellt, dass ich 20 Jahre später zum höchsten Winterthurer gewählt werden würde. Umso mehr freue ich mich heute über diese Wahl. Es ist mir eine Ehre, ein Jahr lang das Amt des höchsten Winterthurers bekleiden zu dürfen.

Seit ich 2010 in den Grossen Gemeinderat der Stadt Winterthur gewählt wurde, habe ich stets versucht, die parlamentarischen Entscheide durch meine politischen Grundwerte Freiheit, Eigenverantwortung und Sicherheit zu prägen. Natürlich mit Euch zusammen und ich danke an dieser Stelle Euch Mitstreiterinnen und Mitstreitern über alle Parteigrenzen hinweg, die Ihr mit Euren eigenen Grundeinstellungen für interessante und kontrovers geführten Diskussionen und Debatten gesorgt und somit die Demokratie gelebt habt. Unsere Gemeinsamkeit ist nicht dadurch begründet, dass wir alle gleicher Meinung sind, sondern dass wir alle unseren Wohnsitz in Winterthur haben. Also in der territorialen Zusammengehörigkeit. Dieses Charakteristikum zeichnet auch die Schweiz aus. Wir haben eine Landeshymne und nicht eine Nationalhymne. Auch da bildet die territoriale Zusammengehörigkeit die gemeinsame Basis.

Dank dem grossen Stellenwert der Freiheit, was nicht mit Grenzenlosigkeit zu verwechseln ist, fand bisher jeder und jede in der Schweiz seinen Platz. Nicht weil alle gleich sind, sondern

weil wir uns trotz aller unterschiedlichen Ansichten auf gemeinsame Grundregeln verständigt haben. Leider bewegen wir uns immer weiter davon weg. Ich wüsste da noch viel auszuführen. Aber mit der Wahl zum Parlamentspräsidenten ist der Zeitpunkt gekommen, mich für ein Jahr aus der materiellen Diskussion der politischen Geschäfte herauszunehmen und mich um den formellen Teil zu kümmern.

Diese beiden Teile der Politik sind auf der Einladungskarte für die Wahlfeier symbolisiert. Der Bergkristall symbolisiert die Vielfalt oder die Diversität. Die hochgelobte Diversität in der Natur muss einen ebenso hohen Stellenwert in der Politik besitzen.

Ein Kristall ist zwar ein stofflich homogener Körper. Dennoch sind physikalische Effekte und Eigenschaften aufgrund seiner diversen Raumrichtung unterschiedlich. Somit lässt sich mit einem Bergkristall sowohl unsere Gemeinsamkeit, die Stadt Winterthur sowie auch alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Vorstellungen und Meinungen sehr gut darstellen.

Der Bergkristall ist bei jedem politischen Geschäft etwas anders ausgestaltet. Das Ziel der politischen Diskussion ist, diesen Kristall für die Stadt Winterthur ins Gleichgewicht zu bringen. Das heisst, wir müssen den Schwerpunkt dieses geometrisch unförmigen Gebildes finden. Dies können wir auf verschiedene Weise tun. Zum einen könnten wir den Bergkristall zu einem Würfel schleifen. Dann wäre er zwar im Gleichgewicht, aber auf die Politik bezogen würde dies die Gleichschaltung aller bedeuten.

Zum anderen gibt es alternative Methoden, um den Schwerpunkt eines so kunstvoll gestalteten Körpers zu finden.

Dem Ingenieur hilft die Mathematik. Der Körper wird gedanklich in geometrisch definierte Körper eingeteilt. Anschliessend wird der Schwerpunkt dieser einzelnen Körper berechnet. Daraus wiederum kann der Gesamtschwerpunkt ermittelt werden. Was in der Technik die Mathematik, ist in der Politik das Gesetz.

Ich habe die Pflicht zu schauen, dass der Kristall nicht zu einem einfachen Würfel geschliffen wird. Jede Fraktion entscheidet selbst, wie weit nach links oder rechts ihre Kristallspitze beim einzelnen Geschäft zeigt. Da hat keine Fraktion der anderen mit Liebesentzug zu drohen, wie dies bei der Debatte zum Budget 2020 geschah.

Der Begriff Kristall stammt von dem griechischen Wort «krýstallos» ab. Es bedeutet zunächst «Eis», später dann auch «alles dem Eis Ähnliche, Helle und Durchsichtige». Insbesondere der Bergkristall, aber auch farbige Edelsteine und Glas werden so genannt. Also symbolisiert der Bergkristall auch die Transparenz, welche für eine demokratisch geführte Politdiskussion vital ist. Wenn wir in unseren geografischen Grenzen die höchstmögliche Vielfalt gewährleisten wollen, benötigt der Einzelne nicht nur höchst mögliche Freiheit. Es braucht von allen Akteuren die höchst mögliche Transparenz bezüglich ihrer politischen Absichten.

Diese Transparenz wird unter anderem auch durch die Wortwahl stark beeinflusst. Die Worte, welche wir wählen und was wir dahinter verstehen, tragen wesentlich zur Transparenz bei. Leider wird in politischen Debatten damit nicht immer sorgsam umgegangen. Wenn eine Leistung des Staates gebührenfrei zur Verfügung gestellt wird, wird oft behauptet, diese «koste nichts». Das ist Humbug, alles muss bezahlt werden, die Frage ist nur von wem. Oder wie oft wird die Kenntnisnahme eines Geschäftes in der politischen Debatte in Zustimmung umgedeutet. Ein Dauerbrenner dafür ist das städtische Gesamtverkehrskonzept. Ich halte solche Schlaumeiereien der Glaubwürdigkeit der Politik in einem weit grösseren Masse abträglich, als wenn mal jemanden menschlicherweise der Kragen platzt. Transparenz haben wir, wenn gesagt wird, was gemeint ist, aber auch verstanden wird, was gemeint ist. Voraussetzung für eine solche Kommunikation ist der Wille aller Beteiligten, zu verstehen und alles dafür zu tun, richtig verstanden zu werden.

Aus bekannten Gründen ist es leider nicht möglich, dass ich Euch anschliessend an die konstituierende Sitzung zur üblichen Wahlfeier einladen kann. Aber einen Puzzlestein der ursprünglich geplanten Feier dürft Ihr heute Abend trotzdem entgegennehmen.

Für mein Amtsjahr wollte ich etwas kreieren, das etwas aus der Stadt Winterthur und etwas aus dem Kanton Glarus enthält. Und das nicht, weil ich ein Glarner bin, sondern weil es in Vergangenheit verschiedene Glarner Persönlichkeiten gab, welche Winterthur oder Winterthurerinnen und Winterthurer mitgeprägt haben.

Es gibt vieles, was man da verbinden könnte. Sei es die über die Grenzen hinaus bekannten Bauten und Museen von Winterthur mit der imposanten Bergwelt, oder das erste Fabrikgesetz aus dem Kanton Glarus mit dem Arbeitsfrieden in der Schweiz. Ich habe mich für eine kulinarische Version entschieden.

Ziger aus dem Glarnerland und das Wappentier aus Winterthur in feine Schokolade gegossen.

Ziger wird aus entrahmter Kuhmilch gewonnen und soll auf den Glarner Alpen bereits seit dem 8. Jahrhundert hergestellt worden sein. Als im Mittelalter das Glarnerland zum Kloster Sädingen kam, bestand ein Grossteil der Abgaben aus Ziger, der von den Stiftsdamen zum Teil weiterverkauft wurde. Sie würzten ihn mit dem stark riechenden Schabzigerklee, den Kreuzfahrer aus dem Orient mitgebracht hatten.

Durch ein Gesetz der Glarner Landsgemeinde vom 24. April 1463 wurden alle Hersteller im Kanton Glarus verpflichtet, den Ziger nach Qualitätsvorgaben zu produzieren und mit einem Herkunftsstempel zu kennzeichnen, um ihn vor Nachahmung zu schützen. Der Glarner Schabziger gilt deshalb als ältestes Markenprodukt der Schweiz und der Herkunftsstempel als das erste überlieferte «Markenzeichen» der Schweiz.

Als ich den Winterthurer Unternehmer Peter Lyner fragte, ob er offen für eine verrückte Idee sei, kam umgehend die Antwort: «Immer». Und so sind die Zigerleuen entstanden, welche Ihr heute auf Euren Tischen vorfindet. Sollten die Debatten zu den jetzt folgenden Geschäften zu wenig Abwechslung und Spannung beinhalten, so könnt Ihr dieses Defizit mit den Zigerleuen kompensieren. Die Zigerleuen sind nicht im Laden von Peter Lyner erhältlich, aber wenn jemand Bedarf hat, kann er bei mir die Bestellung aufgeben.

Geschätzte Mitglieder des Grossen Gemeinderates der Stadt Winterthur. Ich freue mich auf ein Jahr voller transparenter, spannender und sachlich hochstehend geführter Debatten und danke Euch für meine Wahl. (*Applaus*)

3. Traktandum

GGR-Nr. 2020.37: Wahl der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2020/2021

Ratspräsident D. Oswald: Damit kommen wir zum Traktandum 3, Wahl der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2020/2021. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt einstimmig vor: Maria Sorgo (SP)

Ratspräsident D. Oswald: Wird der Vorschlag vermehrt? – Nein.

Dann bitte ich Euch, den Stimmzettel für den Wahlgang für die 1. Vizepräsidentin / den 1. Vizepräsidenten (rosa) hervorzunehmen und darauf den Namen zu schreiben.

Anschliessend sammeln die Stimmzähler bitte die Stimmzettel ein.

Ich gebe das Resultat der Wahl bekannt:

Anwesende Ratsmitglieder:	60
Ausgeteilte Stimmzettel:	60
Eingezogene Stimmzettel:	60
Leere/ungültige Stimmzettel:	1
Massgebende einfache Stimmenzahl:	59
Absolutes Mehr:	30

Gewählt ist mit 55 Stimmen Maria Sorgo (SP). (*Applaus*)

Maria, ich gratuliere Dir ganz herzlich zur Wahl und freue mich, ein weiteres Jahr mit Dir zusammen in der Ratsleitung tätig sein zu dürfen.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2020.38: Wahl der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2020/2021

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zum Traktandum 4, Wahl der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2020/2021. Auch das ist eine geheime Wahl. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt einstimmig vor: Reto Diener (Grüne)

Ratspräsident D. Oswald: Wird der Vorschlag vermehrt? – Das ist nicht der Fall. Nehmt bitte den Wahlzettel für den 2. Vizepräsidenten / 2. Vizepräsidentin hervor (grün) und schreibt den Namen darauf.
Die Stimmzähler sammeln nachher die Stimmzettel ein.

Ich gebe das Resultat der Wahl bekannt:

Anwesende Ratsmitglieder:	60
Ausgeteilte Stimmzettel:	60
Eingezogene Stimmzettel:	60
Leere/ungültige Stimmzettel:	5
Massgebende einfache Stimmenzahl:	55
Absolutes Mehr:	28
Gewählt ist mit 45 Stimmen Reto Diener (Grüne). (<i>Applaus</i>)	

Reto, ich gratuliere Dir zur Wahl. Ich freue mich, mit Dir zusammen in der Ratsleitung zusammenzuarbeiten.

Wir werden um 18.30 Uhr in der Ratspause offiziell noch für die Presse zur Verfügung stehen, um Fotos zu machen – vielleicht auch noch draussen, wo es etwas fotogener ist als in dieser Halle.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2020.39: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle des zurücktretenden P. Rüttsche (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsident D. Oswald: Damit kommen wir zum Traktandum 5, Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle des zurücktretenden Pascal Rüttsche (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Das ist eine offene Wahl. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt einstimmig vor: Andreas Geering (CVP).

Ratspräsident D. Oswald: Wird der Vorschlag vermehrt? – Nein.
Damit ist Andreas Geering (CVP) gewählt.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2019.131: Einsetzung einer Spezialkommission zur Totalrevision der Gemeindeordnung: Festlegung der Kommissionsgrösse, Wahl der Mitglieder und der Präsidentin / des Präsidenten

Ratspräsident D. Oswald: Traktandum 6, Einsetzung einer Spezialkommission zur Totalrevision der Gemeindeordnung: Festlegung der Kommissionsgrösse, Wahl der Mitglieder und des Präsidenten. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt Euch folgende 3 Punkte vor:

1. Wir setzen eine 9er-Kommission ein, bei der der Parteschlüssel nach Pukelsheim angewendet wird.
2. Wir schlagen Euch folgende 9 Mitglieder vor: Cristina Bozzi-Brunel (SP), Fredy Künzler (SP), Davide Pezzotta (SVP), Marc Wäckerlin (SVP/PP), Anna Rellstab (FDP), Urs Glättli (GLP), Roman Hugentobler (Grüne/AL), Franziska Kramer (EVP) und Andreas Geering (CVP).
3. Als Präsident der Spezialkommission wird Andreas Geering (CVP) vorgeschlagen.

Ratspräsident D. Oswald: Ich gehe so durch, dass wir zuerst über den Vorschlag der 9er-Kommission befinden. Gibt es da andere Vorschläge? – Nein.

Damit ist das so genehmigt.

Dann schlage ich vor, dass wir zuerst die Mitglieder der Kommission bestimmen, in globo, und dass wir danach den Präsidenten noch offiziell wählen.

Werden die Vorschläge der IFK für die Mitglieder der Kommission für die Revision der Gemeindeordnung noch vermehrt? – Wenn nicht, gelten die Vorgeschlagenen als gewählt.

Die IFK hat vorgeschlagen, dass Andreas Geering diese Spezialkommission präsidiert. Gibt es da noch andere Vorschläge? – Nein.

Dann gratuliere ich Dir, Andreas, zur ehrenvollen Wahl dieser wichtigen Kommission, und wünsche Dir und allen Kommissionsmitgliedern eine ganz gute Zeit und dass Ihr gut miteinander zusammenarbeiten könnt. Es ist eine wichtige Arbeit, die lang wieder Bestand haben wird in der Stadt Winterthur.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2020.42: Kenntnisnahme des Corona-Managements von Stadtrat und Stadtverwaltung

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zum Traktandum 7, Kenntnisnahme des Corona-Managements von Stadtrat und Stadtverwaltung.

Das Vorgehen ist wie folgt: Es sind ja zum Thema auch zwei dringliche Interpellationen eingereicht worden. Wir werden zuerst die Dringlichkeit dieser Interpellationen feststellen, d.h. als Erstes die Dringlichkeit der Interpellation von Michi Gross. Michi Gross wird dann zur Dringlichkeit sprechen können – und nur zur Dringlichkeit – dann wird über die Dringlichkeit abgestimmt.

Als Zweites die dringliche Interpellation von Urs Hofer. Auch dort wird Urs über die Dringlichkeit sprechen und dann wird über die Dringlichkeit abgestimmt.

Und wenn diese zwei Abstimmungen durch sind, dann hat der Stadtrat das Wort. Der Stadtpräsident wird als Erster sprechen zu den Corona-Massnahmen. Und dann – je nachdem wie

die Abstimmungen über die Dringlichkeit ausfallen - werden in der gemeinsamen Diskussion die Interpellationen dann auch beantwortet.

Als erstes gebe ich das Wort Michi Gross zur Begründung der Dringlichkeit der entsprechenden Interpellation.

M. Gross (SVP): Hört man mich? Ich sehe es - wenn Roli Kappeler den Kopf nicht schüttelt, hört man mich wahrscheinlich nicht...

Ich freue mich auf Votum von Mike zur Lage der Stadt. Ich hoffe, selbst wenn meine dringliche Interpellation keine Mehrheit findet, dass sich einige Punkte dort auch beantwortet werden. Für gute Entscheidungen im Parlament sind die finanziellen Aussichten entscheidend. Natürlich sind wir auch auf die Details angewiesen – insbesondere, auf Grund welcher Daten und Szenarien die Stadt zu welchen Schlussfolgerungen kommt.

Ich begründe jetzt die Dringlichkeit:

Am 16. März 2020 hat der Bundesrat die «ausserordentliche Lage» erklärt und damit grosse Teile der Wirtschaft aufgrund der Corona-Pandemie lahmgelegt. Die finanziellen Konsequenzen sind gigantisch. Wir werden diese finanziellen Konsequenzen noch lange Zeit spüren.

Noch niemand von uns hat jemals etwas Vergleichbares in so kurzer Zeit erlebt.

Vor drei Monaten war die Welt noch in Ordnung. Heute stehen wir am Anfang einer Rezession, die je nach weiterem Verlauf der Pandemie leider gewaltige Ausmasse annehmen kann. Das Parlament muss deshalb sofort und bis zum Ende der Krise permanent über die Finanzlage und -aussichten der Stadt Bescheid wissen. Um diese Forderung mit Nachdruck zu unterstreichen, bleibt nur das Instrument der dringlichen Interpellation.

Die Dringlichkeit ergibt sich allein dadurch, dass die Stadt Winterthur bereits eine extreme Verschuldung, einen sehr hohen Steuersatz und nur wenig Eigenkapital hat. Zusätzliche Ausgaben oder Investitionen können nicht mehr wie beim Bund einfach beschlossen werden.

Uns sind die Hände gebunden: Wir haben schlicht keinen Handlungsspielraum mehr.

Bis zum Budget 2021 werden in den Kommissionen und im Rat noch viele Ausgaben besprochen und allenfalls bewilligt. Wir Interpellanten wollen wissen, welche Projekte jetzt noch mit gutem Gewissen vorangetrieben werden können und welche Ausgaben aufgrund der Finanzlage vorerst sistiert werden müssen oder wir uns gar nicht mehr leisten können.

Es kann nicht sein, dass wir so tun als sei nichts gewesen und im Blindflug weiter Geld ausgeben. Am Ende fehlt uns das Geld für zwingende Reparaturen z.B. bei Altersheimen, Schulhäusern oder im Sozialen, weil wir einen Kredit für neuem Belag an der Zürcherstrasse gesprochen haben – um nur ein Beispiel aus der BBK zu nennen.

Es ist jedem in diesem Saal klar, dass die Stadt noch nicht genau wissen kann, wie hoch die zusätzlichen Kosten sein werden und wie stark die Steuereinnahmen einbrechen werden. Wir erwarten von Kaspar Bopp auch nicht, dass er eine perfekte Punktlandung macht. Er muss auch nicht in die Glaskugel schauen oder Mike Shiva kontaktieren. Aber das Finanzamt muss analysieren, was jede Firma und andere Staaten, Länder und Kommunen auch machen: Es muss abschätzen, wohin die Reise gehen könnte und im schlimmsten, im besten oder im wahrscheinlichsten Fall gehen wird. Diese Einschätzung und Szenarienanalyse ist dringend notwendig und wir können nicht bis im nächsten Jahr warten. Nicht zwingende Ausgaben müssen jetzt sofort reduziert werden.

Sollte das Finanzdepartement keine Grundlagen liefern, werden wir im Parlament neue Projekte und nicht zwingende Ausgaben bis zum Budget sistieren müssen, weil wir schlicht keinen Überblick haben, wie es aussehen könnte. Alles andere wäre grobfahrlässig.

Deshalb bitte ich das Parlament, der Dringlichkeit dieser Interpellation zuzustimmen. Besten Dank.

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wie eingangs gesagt, stehen wir zum Abstimmen auf, damit die Stimmzähler gut zählen können. Wir sind nicht im gewohnten Ratssaal und deshalb ist es schwierig, auch von meiner Seite her, abzuschätzen. Ich bitte darum, auf jeden Fall zu zählen.

Wer die Interpellation für dringlich erklären möchte, soll jetzt aufstehen.

Wer gegen die Dringlichkeit ist, soll aufstehen.

Ihr habt mit 34:25 Stimmen die Dringlichkeit unterstützt.

Dann kommen wir zur zweiten dringlichen Interpellation, eingereicht durch Urs Hofer. Ich bitte Urs Hofer, die Dringlichkeit zu begründen.

U. Hofer (FDP): Die Dringlichkeit dieser Interpellation ist nicht wirklich schwer nachzuvollziehen und deshalb mache ich es auch ganz kurz. Die Ideen und Anstösse der Interpellantinnen und Interpellanten sollten in diesem Sommer umgesetzt werden. Und dazu braucht es neben vertieften Gedanken auf Seiten der Stadt betreffend Umsetzung auch einige Vorbereitungszeit auf Seiten Privaten. Wenn man das auf der Zeitachse anschaut, ist klar: Wenn wir heute die IP nicht als dringlich erklären, hat sie zu dem Zeitpunkt, zu dem sie regulär beantwortet wird, einfach keinen Wert mehr. Besten Dank.

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Da es noch keine Debatte gibt, nehme ich an, Du hast eine persönliche Erklärung?

Ch. Griesser (Grüne/AL): Als persönliche Erklärung: Es ist ja bekannt, dass wir da kritisch sind, aber wir unterstützen die Dringlichkeit trotzdem, weil es unserer Ansicht nach wichtig ist, dass sich der Stadtrat heute in diesem Rahmen dazu äussern kann.

Ratspräsident D. Oswald: Wir stimmen über die Dringlichkeit ab. Wer die Dringlichkeit unterstützen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen. Das ist wohl klar einstimmig. Besten Dank. Auch diese Interpellation ist für dringlich erklärt. Dann übergebe ich das Wort dem Stadtpräsidenten Mike Künzle zu den Corona-Massnahmen.

Stadtpräsident M. Künzle: Wir freuen uns, dass wir alle wieder physisch sehen und erleben können, quasi von Angesicht zu Angesicht. Wir leben in einer sonderbaren Zeit und sind jetzt mit dem Parlament an einem ungewöhnlichen Ort. Die Eulachhallen haben schon viel erlebt. Aber eine Parlamentssitzung hier ist eine Premiere. Aber auch eine Chance. Nie haben die Parlamentsmitglieder besser zugehört als heute und hier.

Ja, ein Virus hat diese Welt durcheinandergebracht und damit auch die Stadt Winterthur. Eine Pandemie mit einer Ausdehnung, mit einer Wirkung, wie sie unsere Generation noch nie erlebt hat. Politik, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Sport, Gesellschaft – alles wurde davon ergriffen und hat uns zum Handeln und zu Veränderungen gezwungen. Das System musste hinuntergefahren werden, mit allen Konsequenzen – die gravierend sind (diese Entschleunigung war nicht nur schlecht).

Für solche Krisenfälle bereitet man sich vor, aber Krisen kommen nie so, wie man sie vorbereitet. Aber es hilft, wenn man sich kennt, wenn man weiss, was jeder leisten kann. Und da konnten wir auf einen Stadtführungsstab unter der Leitung des Kommandanten Stadtpolizei, Fritz Lehmann, und dem Stabchef Jürg Bühlmann (Kommandant Schutz & Intervention) bauen. Auf einen Stadtführungsstab, der ebenfalls wichtige, wertvolle Schlüsselpersonen der Stadtverwaltung in seinen Reihen hatte.

Der Winterthurer Stadtrat hat bereits im Februar 2020 diesen Stadtführungsstab aktiviert. Der Stab hat regelmässig die Lage beurteilt, hat sich mit Kanton und Bund kurzgeschlossen, hat Lösungsvarianten bewertet und Massnahmen vorgeschlagen. Der Stadtrat hatte so eine gute Grundlage, um seine Diskussionen zu führen und Beschlüsse zu fassen.

Der Bundesrat hat dann für den 16. März 2020 die ausserordentliche Lage beschlossen und hat so richtigerweise die Krisenführung für das ganze Land an sich gezogen. Wertvoll war, dass der Bundesrat mittels Notverordnung Vorgaben machte. Wenn auch immer wieder einige Fragen offen blieben, die Kantone, Städte und Gemeinden zuerst konkretisieren und erklären mussten, so waren doch die Stossrichtungen klar.

Die kantonale Regierung und Verwaltung, der Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich und der VZGV (Verein der Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute) haben viel zur Klärung der nationalen Vorgaben beigetragen. Wir konnten davon profitieren. Der Stadtrat hat sich auf die nationalen und kantonalen Vorgaben eingestellt. Die stadträtlichen Stossrichtungen waren:

1. Schutz der Bevölkerung und der Mitarbeitenden vor der Ansteckung mit diesem Virus.
 2. Aufrechterhaltung der wichtigsten städtischen Dienstleistungen.
 3. Unterstützung der Wirtschaft unter Berücksichtigung der übergeordneten Hilfsangebote.
- So haben wir als Stadtrat eine Arbeitsgruppe Finanzhilfe (unter der Leitung von Finanzminister Kaspar Bopp) damit beauftragt, eingehende Gesuche und entsprechende weitere Massnahmen zu prüfen, um Finanzhilfe zu vergeben. Wir haben einen Entscheid gefällt, dass wir für das 5 Millionen an wirtschaftlicher Hilfe zur Verfügung stellen.

Es gab weitere kleinere Dinge: Kreditorenrechnungen so schnell wie möglich zahlen oder genereller Mahnstopp bis Ende Juli, der verfügt wurden. Und diverse weitere. Wir haben seit Beginn der Krise insgesamt 20 Stadtrats-Corona-Beschlüsse gefasst. Wir hatten einige Auftritte für die Bevölkerung und Mitarbeitende. Wir haben gegen 900'000 Fr. an wirtschaftlicher Nothilfe gesprochen. Im Weiteren haben wir z.B. die Unterstützung für Kitas, die vom Kanton auf 80% gesetzt wurde, auf 100% ergänzt, weil wir der Meinung waren, dass die Kitas die Vorgabe haben, offen zu halten (sie durften nicht schliessen), der Bund aber den Eltern riet, die Kinder zuhause zu lassen, was entsprechende Kostenfolgen oder eben mangelnde Einnahmen für die Kitas bedeutet hätte. Die Kitas sind aber aus unserer Sicht systemrelevant und mussten bestehen bleiben – auch für die Zeit, wenn die Wirtschaft wieder hochgefahren wird.

Wir haben den Gastrobetrieben vorübergehend erlaubt, ihre Aussenwirtschaften um mehr m² zu erweitern, um die Abstände auf den bestehenden Flächen einhalten zu können. Das, um die Einnahmeneinbussen ein bisschen zu verringern. Gebühren verlangten wir dafür nicht. Nach Vorarbeiten durch die Informatikdienste konnten ab dem 16. März viele in der Stadtverwaltung im Homeoffice arbeiten. Aber nicht alle. Andere haben ihre Dienstleistungen weiterhin vor Ort erbracht (die Pflege in den Alterszentren, Abfallentsorgung, Stadtwerk, Zivilschutz usw.). Ja, viele Mitarbeitende konnten also zuhause arbeiten. Nicht alle hatten die gleich guten Voraussetzungen, v.a. wenn noch Kleinkinder oder schulpflichtige Kinder da sind, dann war das eine Herausforderung. Mit den direkten Vorgesetzten konnte man dann aber individuelle Lösungen finden.

Und apropos Schule: Das Schuldepartement, die Zentralschulpflege, die Kreisschulpflegen mussten enorm viele Herausforderungen angehen. Die Verantwortlichen und die Lehrerschaft haben aber dafür gesorgt, dass die Schule (in welcher Form auch immer) weiterhin stattfand. Die einzelnen Departemente haben je in ihrer Branche punktuelle, gezielte, wichtige Unterstützungen erbracht: Eine Hotline bei Alter und Pflege, zentrale Telefonanlaufstelle beim Stadtführungsstab, ein Bücherlieferservice der Bibliotheken, regelmässige Info-Newsletter vom Bereich Kultur für Kulturinstitutionen etc. Funktioniert hat auch die überdepartementale Unterstützung. So haben z.B. Leute vom Sportamt an den Empfängen in den stark belasteten Alterszentrum ausgeholfen, der Zivilschutz hat diverse Bereiche der Stadtverwaltung unterstützt – ja, auch den Kanton Zürich. Ohne den Winterthurer Zivilschutz hätte es ab dem 28. Februar noch keine kantonale Hotline gegeben.

Der Stadtrat hat sich auch darüber gefreut, wie viele Solidaritätsaktionen in unserer Stadt durchgeführt wurden, von Freiwilligen, die z.B. für ältere Menschen einkaufen gingen. Einige innovative Ideen wurden geboren und umgesetzt, bei denen Firmen und Vereine eng zusammenarbeiteten. Herzlichen Dank Ihnen allen.

In der Krisenzeit ist Kommunikation sehr wichtig. Der Stadtrat hat neben diversen Interviews, Videos und Filmen auch eine spezielle Corona-Internetseite und ein Info-App erstellt. Es wurden 25 Corona-Medienmitteilungen erlassen. Auf Social Media wurden über 30 Beiträge realisiert. Auf dem Intranet sind für unsere städtischen Mitarbeitenden über 40 Newsmeldungen und Hintergrundberichte erstellt worden, um so kontinuierlich die wichtigsten Fragen aus der Stadtverwaltung, aber auch aus der Bevölkerung, zu beantworten. Die parlamentarischen Kommissionen wurden mit Berichten aus den Departementen bedient und erst kürzlich waren

wir in mindestens zwei Kommissionen, um über diese Corona-Zeit zu berichten. Die Ratsleitung hat unsere Corona-Beschlüsse jeweils erhalten.

Wir haben enorm viel gemacht, wir haben sehr viel gemacht. Und jetzt geht es darum, Schritt für Schritt wieder hochzufahren. Die Balance zwischen Lockerung und Schutz vor Ansteckung ist sehr heikel. Die Grosszügigkeit der Bevölkerung, der politischen Parteien, beim Hinterfragen des Systems mit Disziplin und Vertrauen mitzutragen, ist jetzt dem Wunsch nach Mitsprache nach dem Wiederaufbau von politischen Prozessen, nach Demokratie, nach Normalität gewichen. Das ist richtig und das ist auch wichtig - aber es wird länger dauern. Grosses Ziel von uns allen ist es, eine 2. Ansteckungswelle verhindern zu können. Aber auch, dass Kulturinstitutionen, Sportvereine, KMUs etc. ihre Tätigkeit wieder voll aufnehmen können. Und dass irgendwann einmal auch wieder Versammlungen und Veranstaltungen stattfinden können.

Insgesamt darf ich der Stadt Winterthur ein gutes Zeugnis ausstellen. Die Ansteckungen konnten mit 27 Fällen innerhalb der Stadtverwaltung moderat gehalten werden. Das Kantonsspital Winterthur hat die Zahlen über den ganzen Kanton, wir konnten leider die Zahlen für Winterthur nicht ziehen dort, aber es sind sehr viele Infizierte im KSW genesen (mit Beatmung, ohne Beatmung) - es gab aber auch Todesfälle.

Die städtischen Dienstleistungen konnten aufrechterhalten werden. Unsere Stadt hat weiter funktioniert und die Wirtschaft, Kulturinstitutionen, Sportvereine konnten unterstützt werden. Der Stadtrat dankt allen seinen Mitarbeitenden für das grosse Engagement und v.a. dem Stadtführungsstab mit den verschiedenen Schlüsselpersonen für seine wichtige Unterstützung des Stadtrats. Wir danken dem Parlament für das Vertrauen, der Bevölkerung für die Disziplin und den Durchhaltewillen, und allen Unternehmungen, Kulturinstitutionen, Sportvereinen, Vereinen etc. für ihre Ideen, ihre Innovationen und für ihren Willen, weiterzumachen und dieser Krise zu trotzen. Wir danken auch all denjenigen, die während dieser Krise in der Privatwirtschaft oder bei der öffentlichen Hand draussen weitergearbeitet haben – weiterarbeiten mussten. Ich danke auch meinen Stadtratskolleginnen und -kollegen, dem Stadtschreiber, dem Rechtskonsulenten, dem Chef Kommunikation für die qualitativ guten und schnellen Beschlüsse und die vorausgehenden hochstehenden Diskussionen und dafür, dass wir alle einen kühlen Kopf bewahrt haben in der heissen Phase dieser Krise. Das Führungssystem war stark genug, um in dieser Krise bestehen zu können.

Und jetzt? Was wird bleiben, was kommt noch auf uns zu? Ich möchte betonen: Wir sind noch nicht am Ende. Wir sind immer noch in dieser Krisenphase. Ich denke, die mehrmonatige Situation wird gesellschaftliche und wirtschaftliche und bei jeder und jedem von uns auch persönliche Konsequenzen haben. Man spricht von Rezession, von einigen Konkursen, von verändertem Arbeitsverhalten und Ausgehverhalten, Feriendestinationen usw. Die Steuereinnahmen werden in den nächsten Jahren weniger hoch ausfallen, es wird mehr Arbeitslose geben, es wird mehr Sozialhilfeempfänger geben. Das aber zu beziffern, das ist enorm schwierig.

Und wann geben wir uns wieder die Hand? Wann umarmen wir uns wieder? Aber wir werden auch diese Nach-Corona-Phase überstehen, weil wir in unserer Stadt zusammenstehen, weil wir uns nicht unterkriegen lassen, weil wir stark genug sind, dieser grossen Krise gegenüberzutreten. Und ich denke, wir dürfen alle stolz sein auf unsere Stadt Winterthur.

Der Stadtrat wird diese Krise und unsere Handlungen, Prozesse und Organisation im Nachhinein noch auswerten, um für die nächste Krise wichtige Erkenntnisse festhalten zu können. Denn wir fragen nicht, ob je wieder eine solche Krise kommen könnte, sondern wann das der Fall sein wird. Danke.

Ratspräsident D. Oswald: Wenn niemand vom Stadtrat mehr dazu spricht, gebe ich das Wort dem Gemeinderat.

Als erstes können die Fraktionspräsidenten sprechen – oder wenn eine Fraktion jemand anderen bestimmt hat, dann kann es selbstverständlich auch jemand anderer sein.

Das Wort hat Christian Griesser von den Grünen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich beim Stadtrat und bei allen Angestellten der Stadt für die geleistete Arbeit in der letzten Zeit. Viele Angestellte bekamen plötzlich einen anderen Job, die Bibliothek hat einen Lieferservice auf die Beine gestellt, das Kulturdepartement hat Kulturschaffende zum Thema Corona beraten. Die Schulen sind am Freitagnachmittag vom Entscheid des Bundesrats überrumpelt worden und haben über das Wochenende den Fernunterricht organisiert. Und es ist sicherlich so, dass wir dem Gesundheitspersonal - egal ob es bei der Stadt arbeitet oder nicht - danken müssen. Sie haben an vorderster Front mitbewältigt bzw. sind immer noch daran.

Der Stadtrat hat vieles ausgezeichnet gemacht – und im Nachhinein ist Kritik einfach. Speziell erwähnen möchte ich den Mut des Stadtrates, die Ausfallentschädigung für Kitas zu erhöhen. Fremdbetreuung ist heute systemrelevant, folglich ist klar: Fremdbetreuung muss auch in einer Krisensituation funktionieren - über Details kann man sprechen – aber auch in einer Krisensituation muss die Fremdbetreuung funktionieren. Schnelle Entscheide erfordern manchmal, dass die üblichen Kompetenzen ausgesetzt werden. Das war da auch so. Der Regierungsrat hat den Stadtrat ermächtigt, die finanziellen Kompetenzen, die er sonst hat, zu überschreiten.

Selbstverständlich war die Fraktion Grüne/AL nicht mit jedem Entscheid des Stadtrats glücklich. Der Umgang mit den Mini-Demonstrationen hat sicher Fragen aufgeworfen. Aber auch, dass der Wochenmarkt nicht mehr stattgefunden hat, war nicht toll. Andere Städte haben die Vorschriften des Bundes betreffend Wochenmarkt anders ausgelegt und eine Art Wochenmarkt (verteilt auf verschiedene Standorte) zugelassen. Und genau das zeigt eben, wo wir sind bei der Kritik: Es wurde einfach anders kommuniziert. Es gab nämlich weiterhin in den Quartieren Marktstände, der Markt hat also irgendwie doch stattgefunden. Man hat es einfach anders kommuniziert.

Für die nachfolgende Aufsicht gilt dann wieder die übliche Zuständigkeit. Sämtliche Beschlüsse, die aufgrund dieser Notverordnung gefällt wurden, müssen dem Bezirksrat gemeldet werden.

Der Corona-Virus hat die Grenzen der Marktwirtschaft aufgezeigt. Wenn man Unmengen konsumiert oder eben nicht, wankelt die Wirtschaft. Insofern hat der Konsum doch einen Einfluss auf die Wirtschaft und bewusster Konsum eben doch sehr. Ich bin erstaunt, wenn Bürgerliche einerseits staatliche Unterstützung fordern und andererseits vom nächsten Sparpaket sprechen. Was mir fehlt – vielleicht habe ich es auch übersehen – mir ist noch nicht klar, was die Stadt macht bei der Vermietung von Gewerberäumen, z.B. von Restaurants.

Abschliessend möchte auch ich darauf hinweisen, dass wir aus diesem Krisenmanagement lernen müssen. Ja, die nächste Krise kommt und wir profitieren sicherlich, wenn wir die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

Zu den beiden dringlichen Interpellationen möchte ich Folgendes sagen:

Zur IP der SVP: Wir lehnen eine rein finanzielle Betrachtungsweise der Corona-Krise ab. Natürlich gehören die finanziellen Auswirkungen dazu, aber es geht nicht nur um Zahlen, sondern vor allem um Menschen. Die Interpellation verlangt unter anderem eine fundierte Analyse, wie stark das Steuersubstrat einbrechen wird. Michael Gross hat es vorhin gleich wieder relativiert: Er hat selbst gemerkt, dass es dafür hellseherische Fähigkeiten braucht. Den Schwerpunkt hat unserer Ansicht nach nach wie vor die Bekämpfung des Corona-Virus. Erst wenn die Schadensübersicht überhaupt möglich ist, können Massnahmen getroffen werden. Es stellen sich noch viele Fragen, z.B.: Wie gehen wir mit dem mittelfristigen Ausgleich der Schuldenbremse um? Ist der Corona-Virus eine Art Naturkatastrophe?

Ich möchte dazu noch einen Schlusssatz mit auf den Weg geben: Die Menschen neigen dazu, die Wirkung von gravierenden, punktuellen Ereignissen langfristig zu überschätzen.

Zur Gastro-Interpellation: Es ist ja bekannt, ich habe es vorhin gesagt, wir sind kritisch ihr gegenüber. Mit den Forderungen 2 und 3 haben wir überhaupt kein Problem. Zur Forderung 2 hat der Stadtrat am letzten Freitag mit einer Medienmitteilung Stellung genommen. Das ist geregelt und ist unserer Ansicht nach so i.O. Ansonsten ist die Interpellation überladen. Es ist zurzeit Absicht, dass im Jahr 2020 klar weniger öffentliche Veranstaltungen als geplant statt-

finden. Das müssen wir uns einfach immer wieder vergegenwärtigen. Zusätzliche Veranstaltungen, aber auch Ausdehnung bzw. Abweichungen von der Nachtruhevorschrift – das ist zurzeit wirklich nicht die Idee.

R. Kappeler (SP): Das Virus ist um die Welt gegangen und hat die ganze Welt erschüttert. Viele Länder wesentlich heftiger als uns. Wir können vielleicht einfach dankend in den Himmel hinaufsehen und sagen: «Wir haben wieder einmal Glück gehabt.» Ich glaube, es ist mehr als einfach Glück. Wir waren tatsächlich auch gut vorbereitet und wir waren und sind privilegiert. Wir haben ein funktionsfähiges System, einen funktionsfähigen Staat, der gut agieren konnte.

Wenn ich an die wirtschaftlichen Folgen von Corona und dem Lockdown denke, dann habe ich Angst vor dem, was im Moment im Rahmen der WHO-Konferenz passiert, nämlich eine Schlammschlacht zwischen China und der USA. Diese schadet uns wirtschaftlich wesentlich mehr, als uns der Lockdown selbst geschadet hat. Machen wir nicht den Fehler, den die Amerikaner und Chinesen machen, und machen keine Schlammschlachten, sondern schauen wir, was uns gelungen ist und was wir gut gemacht haben und was wir lernen können für die Zukunft.

Wenn wir den Blick auf die Schweiz verengen, müssen wir sagen und eingestehen: Wir waren gesetzlich gut vorbereitet mit einem tauglichen Epidemie-Gesetz. Und wir sind mit unserem funktionierenden Staat und unserem funktionierenden System extrem gut vorbereitet gewesen. Wir haben ein Gesundheitssystem, das trotz aller Sparbemühungen in letzter Zeit doch noch so stabil ist, dass wir es innert nützlicher Frist auch wieder tüchtig hochfahren konnten. Und unsere Spitäler sind auch nicht annähernd an den Rand dessen gekommen, was man z.B. in Italien gesehen hat. Wir haben ein System von Betreuung für Alter und Pflege, das sicher auch noch verbesserungswürdig ist, aber das sich in dieser Situation auch bewährt hat. Wenn heute viele ältere Personen in Heimen jammern, das Besuchsverbot und die Einsamkeit seien das grösste Hindernis gewesen, dann ist das nachvollziehbar. Aber es zeigt eben doch auch, dass wir ganz wichtige Sachen garantieren konnten in dieser Zeit – das hat funktioniert. Wir haben ein gutes Sozialsystem, dank dem in dieser schwierigen Zeit niemand einfach auf der Strasse gelandet ist und unter der Brücke schlafen musste. Und wir haben auf allen Ebenen sofort reagiert, auch wenn es um Unterstützungsmassnahmen für Einzelunternehmungen, für KMU, für Kulturschaffende und und und ging. Das System war da, das System hat funktioniert, und man konnte spontan reagieren.

Unser Verkehrssystem, unsere Energieversorgung – alles hat funktioniert. Der Service Public war einfach krisentauglich. Aber auch unsere Politik, unsere Justiz, haben weitgehend weiterfunktioniert und alles. Selbstverständlich: Wir konnten es uns leisten, Finanzen waren da - und die Finanzen werden auch weiterhin da sein.

Der Bundesrat hat Weitblick bewiesen. Das Schweizer Parlament hatte zu Beginn ein bisschen eine Schockstarre, hat aber seinen Tritt wiedergefunden und hat die finanziellen Massnahmen inzwischen weitgehend bewilligt. Und wenn man (wieder mit Blick auf die wirtschaftlichen Lagen) das Land anschaut, denke ich, dass es fast das Wichtigste ist, dass die Sozialpartner in dieser Zeit sehr vernünftig kooperiert haben und der Politik auch Vorschläge gemacht haben, in welche Richtung es gehen soll.

Damit kommen wir in meinem Blick nach Winterthur. Und da kann ich das eigentlich übernehmen und sehr vieles, das wir schon gehört haben vom Stadtpräsidenten und jetzt auch im ersten Votum der Grünen, eigentlich bestätigen. Auch wir hatten eine Stadt, die in dieser schwierigen Situation grundsätzlich einfach mal funktionierte. Wir hatten einen Stadtrat, der ebenfalls Weitblick zeigte. Er hat rasch gehandelt, hat umsichtig gehandelt, klug und besonnen reagiert. Auch wir waren selbstverständlich nicht immer in allen Einzelheiten einverstanden. Der Stadtrat hat nicht perfekt gehandelt – wer macht das schon? Der Stadtrat hat gut gehandelt. Er hat ein gutes Krisenmanagement an den Tag gelegt, er hat – das dünkt mich wichtig – immer klar kommuniziert und er stand nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Zwei Sachen vielleicht bei der Bürgernähe: Vielleicht gerade der Entscheid, die Kita-Entschädigung zu 100% zu finanzieren, zu einem Zeitpunkt, an dem es noch nicht eindeutig klar war, weil der Kanton etwas seltsam kommuniziert hatte, ob am Schluss der Schaden bei den Kitas

oder bei den Eltern hängenbleibt. Der Stadtrat sagte: «Wir springen ein.» Es wurde in dieser Zeit ein offener Brief von der FDP lanciert mit sehr vielen Forderungen, darauf komme ich nochmals zurück. Und heute Abend wurde eine dringliche Interpellation zum Bereich Gastro/Kultur lanciert, auch mit Forderungen. Der Stadtrat hat es geschafft, bei beiden Sachen mindestens bei einigen Punkten noch einen Tick schneller zu sein und Sachen bereits zu beschliessen, bevor sie eigentlich gefordert wurden. Das ist etwas, das wir eigentlich selten gesehen haben - Chapeau.

Aber nicht nur der Stadtrat hat einen guten Job gemacht, sondern v.a. die städtische Verwaltung. Es ist uns sehr wichtig, sämtlichen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich zu danken und sie an dieser Stelle sehr zu loben. Wir haben einen Gemischtwarenladen mit ganz vielen verschiedenen Aufgaben, und diese waren unterschiedlich betroffen. Es gab Abteilungen (und ich vergesse jetzt sicher die Hälfte), die ganz an der Front handeln mussten (Pflege, Altersbetreuung, Sozialdienste), diese waren besonders gefordert. Und ich glaube, sie haben es geschafft, den Leuten gerecht zu werden und die Leute nicht hängen zu lassen. Es gab Bereiche, die im Hintergrund sofort hochfahren mussten, damit die anderen arbeiten konnten (z.B. die Informatik, als ein Beispiel für alle anderen). Davon haben wir nichts gesehen, aber sie haben sensationelle Arbeit geleistet. Wir hatten den vorher angetönten Service Public, der einen Normalbetrieb aufrechterhalten musste unter schwierigeren Umständen (dazu gehört Stadtbuss, Stadtwerk, Kehrriechtabfuhr, Polizei). Auch da: Wir sind mit der Einsatzdoktrin, mit der Härte, die die Polizei bei der Umsetzung an den Tag legte, überhaupt nicht einverstanden. Aber der einzelne Polizist, die einzelne Polizistin auf der Strasse – auch sie hatten keinen einfachen Job, auch ihnen möchten wir danken.

Und dann hatten wir einen ganz grossen Teil von Angestellten, die ins Homeoffice geschickt wurden. Die ganze Schule nicht nur ins Homeoffice, sondern ins Teleteaching. Die anderen aber ins Homeoffice, mit oder ohne Kinderbetreuung gleichzeitig, mit oder ohne direktem Kundenkontakt usw. Sensationell ist: Mir ist nichts bekannt, dass in irgendeinem Amt eine Dienstleistung wirklich ausgefallen wäre, dass es ein Chaos gegeben hätte. Es hat praktisch keine Reklamationen von Bürgern oder Bürgerinnen gegeben, dass etwas nicht läuft. Es ist einfach weitergelaufen als wenn nichts wäre.

Wenn eine Verwaltung, die doch immer wieder (bei jeder Budgetdebatte) von der politischen Gegenseite als zu fett, zu üppig etc. taxiert wurde, in einer solchen Krise einfach so funktioniert, dann muss man sagen: Nein, das ist kein Fett, das ist Leben, das ist Blut. Da wird auch mit Herzblut und zusätzlichem persönlichen Engagement gearbeitet. Und genau in solchen Momenten zeigt sich, was wir an einer solchen Verwaltung haben.

Ein Blick auf das Parlament: Das Parlament war vielleicht nicht ganz auf der Höhe. Wir hatten bei uns nicht nur eine Schockstarre, sondern wir hatten fast einen Frühlingssschlaf. Wir haben doch drei Monate hier nicht getagt. Ich glaube, auch wir hätten etwas schneller agieren und reagieren können. Aber das können wir später diskutieren.

Ich habe versprochen, nochmals kurz auf den offenen Brief zurückzukommen: Wir werden unsere Position zu den dringlichen Interpellationen nachher anbringen, separat. Aber einfach ganz generell muss ich doch (damit Michi Gross auch sieht, dass ich den Kopf schüttle): Widersprüchlicher als in dieser Zeit sind die bürgerlichen Parteien fast noch nie dahergekommen. Sie forderten in ihrem offenen Brief extreme Sofortmassnahmen – alle zu Lasten des Staats – es war von Steuerverzicht, Gebührenerlass usw. die Rede. Und jetzt fordern sie sofort Ausgabenstopp bei der Verwaltung. Also das ist jetzt einfach Panikmache, es ist alles andere als seriös, was insbesondere heute da gefordert wird. Es ist eben nicht nur Mike Shiva fragen - und ich glaube, Mike Künzle ist der wesentlich bessere Berater als Mike Shiva – das ist einfach nicht seriös.

Wir sind dezidiert der Meinung: Der Stadtrat hat einen sehr guten Job gemacht. Lasst den Stadtrat arbeiten. Der Stadtrat weiss selbst, dass er jetzt für Massnahmen, die die Rechnung 2020 betreffen, halt ein besonderes Auge haben muss, auch auf die Finanzen. Und der Stadtrat und die ganze Verwaltung, die so gut gearbeitet haben, sind parallel dazu am Budget 2021 dran. Beschäftigen wir uns mit unseren Aufgaben, wenn sie uns zustehen - und das ist dann im Herbst, das ist im November.

M. Reinhard (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtpräsidenten für seine Worte zum Krisenmanagement und der Verwaltung für die Tätigkeit während dieser Corona-Lage. Wir anerkennen gerne, dass viele Mitarbeitende der Stadt sich in dieser Krise stark eingesetzt und engagiert haben und damit wichtige Bereiche und Leistungen aufrechterhalten haben.

Die aktuelle Situation ist die schlimmste Krise und grösste Herausforderung, welche unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg erleben musste. Für uns ist es daher eminent wichtig, ja schlicht unerlässlich, dass nun nicht einfach ungeprüft Lob und Lorbeeren verteilt werden und man sich virtuell auf die Schultern klopft. Nein, jetzt muss das Management während der Krise sauber analysiert, bewertet und aufgearbeitet werden. Ansonsten vergeben wir uns die einmalige Chance, die nötigen und wichtigen «Lehren aus der Krise» zu ziehen und diese Erkenntnisse gewinnbringend für die Vorbereitung auf kommende Krisenfälle zu nutzen. Aus unserer Sicht ist es die Pflicht dieses Parlamentes, die Arbeit, Entscheide und Vorgehen von Stadtrat, Verwaltung und insbesondere auch die Tätigkeit des Stadtführungsstabes zu untersuchen und durchaus auch kritisch zu würdigen. Nach Art. 28 Abs. 3 der Gemeindeordnung haben wir als Parlament die Aufsicht über die städtische Verwaltung und diese müssen wir jetzt wahrnehmen.

Wir sind uns wohl bewusst, dass die Führung und das Entscheiden in einer solchen Krise eine sehr schwierige Aufgabe darstellt und man gezwungen ist, basierend auf zu wenig Informationen sehr rasche Entscheide zu fällen. Daher liegt es in der Natur der Sache, dass rückblickend Fehler geschehen sind und man danach immer schlauer ist. Aber genau aus dieser Erkenntnis heraus, muss es zwingend eine ehrliche, transparente, kritische und unabhängige Aufarbeitung und Würdigung geben. Wir Menschen neigen allgemein dazu, dass wir gemachte Fehler abstreiten oder kleinreden, das ist bekannt. Der schottische Historiker Thomas Carlyle sagte genau dazu: «Der schlimmste Fehler ist, sich keines Fehlers bewusst zu sein.» Wenn wir dies zulassen, dann begehen wir eine Gralssünde im Krisenmanagement und haben für die Folgen dieser Sünde auch die Verantwortung zu tragen.

Erfreulich ist, dass es sehr gute Beispiele aus der Verwaltung im Zusammenhang mit der Corona-Krise gibt. So ist z.B. zu vernehmen, dass sich Mitarbeitende und Kader des Bereiches Alter und Pflege äusserst konstruktiv, zielgerichtet und flexibel in der Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital engagiert haben.

Auch dem Departementsvorsteher des DSS kann man für seine proaktive, zielgerichtete und transparente Kommunikation während der Krise definitiv nur ein Lob aussprechen. So geht Krisenkommunikation und Stadtrat Galladé hat damit die Messlatte für die künftige Krisenkommunikation der übrigen Departemente und für den Gesamtstadtrat relativ hoch gesetzt. Auch lobenswert erwähnen möchten wir den richtigen Entscheid hinsichtlich der Erweiterung der Aussenflächen von Restaurants und die Möglichkeit für neue Aussengastwirtschaften. Für solche einfache, aber effektive Hilfe und den Abbau unnötiger bürokratischer Hürden ist dem Stadtrat wirklich zu danken. Leider gibt es dazu einen kleinen Wermutstropfen und das ist in diesem Fall die zeitliche Dimension. Die Stadt Zürich erlaubte das gleiche Vorgehen für Restaurants bereits Anfang Mai, also rund drei Wochen früher als wir. Unverständlich, auch wenn seitens Stadtrat damit argumentiert wurde, dass die rechtlichen Abklärungen des Bau- und Sicherheitsdepartementes einfach diese Zeit in Anspruch genommen hätten. In einer Krise sind drei Wochen eine sehr lange Zeit und da wäre auch bei den Departementsjuristen etwas mehr Agilität gefragt.

Es gibt bedauerlicherweise einige Beispiele und Vorgänge, welche von Stadtrat und Verwaltung nicht gut gelöst wurden, wo sich Vorbereitungen als ungenügend erwiesen, auch schwere Fehler begangen wurden oder auch Kompetenzen über Gebühr belastet wurden. Wir haben zum Beispiel starke Hinweise darauf, dass die seit mehreren Jahren existierenden Pandemiepläne der einzelnen Departemente oder Bereiche vielfach «Papiertiger» geblieben sind. Aus diesen Plänen sind also keine Massnahmen und Vorbereitungen umgesetzt worden und die entsprechenden Amtsstellen waren daher auch nicht optimal auf diese Pandemie vorbereitet. Ein bedauerliches Beispiel dafür sind die unvollständigen Vorbereitungen, sowie auch materielle Mängel beispielweise im DSS und bei der Spitex.

Ein weiterer Punkt betrifft die Aufstellung, konkrete Aufgaben, Zusammensetzung und Entscheidungsfindungsprozesse des Stadtführungsstabes, welche allesamt höchst intransparent

sind. Die Entscheidungen und Empfehlungen des Stadtführungsstabs sind detailliert zu analysieren und zu bewerten. So ist unter anderem, aus demokratiepolitischen Gründen, fragwürdig, inwiefern der Stadtführungsstab auf unsere parlamentarische Arbeit beziehungsweise deren Fortsetzung oder Einstellung Einfluss genommen hat. Dies insbesondere im Licht der Weisungen des Bundes und dem Vorgehen anderer Parlamente im Kanton Zürich. Allgemein muss bei einer detaillierten Betrachtung und Auswertung der Massnahmen des Stadtführungsstabes festgestellt werden, dass wir in Winterthur auf der Zeitschiene schlicht immer hinterhergehinkt sind.

Ein ganz grosses Fragezeichen müssen wir aufgrund der vorliegenden Informationen hinter den Gesundheitsschutz gegenüber den städtischen Mitarbeitenden in dieser Krise setzen. Der Schutz der Mitarbeitenden in den Bereichen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz ist eine der höchsten Pflichten eines Arbeitgebers. In diesem Punkt stellen wir der Stadt keine gute Note aus. So haben an allen Ecken und Enden die nötigen Schutzausrüstungen gefehlt, die Versorgung mit Desinfektionsmitteln erwies sich zumindest in Teilbereichen als schwierig und auch im Thema Instruktion der Mitarbeitenden lag einiges im Argen. So verfügten wichtige Bereiche wie die Spitex zumindest in den ersten Wochen über viel zu wenig Schutzausrüstungen und die Mitarbeitenden wurden erst mit sehr viel Verspätung über die geltenden Gesundheitsschutzregeln und anzuwendenden Schutzmassnahmen im Gesundheitsbereich informiert und unterwiesen. Ähnliches zeigte sich zum Beispiel auch im Departement Sicherheit und Umwelt am Beispiel der nicht koordinierten Schutzausrüstung und Schutzstufe für die unterschiedlichen Einsatzkräfte der Polizei und Feuerwehr.

Ganz tragisch und höchst gefährlich ist die fachlich falsche, weil den BAG-Weisungen in mehreren sehr entscheidenden Punkten widersprechende Anweisung des Stadtführungsstabes über das konkrete Vorgehen und Verhalten städtischer Mitarbeitenden bei Auftreten von Symptomen oder nach engem Kontakten mit Infizierten. Die Weisung des Stadtführungsstabes, die an alle städtischen Mitarbeitenden ging, weicht bei den Selbstisoliations- und Quarantänezeiten teilweise bis zu 50% von den Vorgaben des BAG ab oder sieht im Widerspruch zum BAG überhaupt keine Massnahmen für gewisse Fälle vor. Das ist höchst bedenklich und stellt für uns eine unzulässige Gefährdung der Gesundheit der städtischen Mitarbeitenden dar, torpediert die Bemühungen der ganzen Gesellschaft und steht in keinem Verhältnis zu den staatlich verordneten Massnahmen gegenüber der Privatwirtschaft.

Verwundert musste man sich auch die Augen reiben über die einseitige staatliche Bevorzugung einer einzelnen Arztpraxis mit grosszügigen personellen und materiellen Leistungen des Zivilschutzes für eine Corona-Teststation, welche dann auch noch ein kostenloses Werbevideo auf Tele Top bekam, unter aktiver Mitwirkung eines städtischen Chefbeamten. Andere Arztpraxen, welche vermutlich weniger gute, persönliche Verbindungen zu den städtischen Behörden haben, finanzierten und organisierten ihre Teststationen komplett selbst und betrieben diese auch mit eigenem Personal. Hier muss die Frage erlaubt sein, was solches Vorgehen eigentlich soll und auf welcher rechtsstaatlichen Grundlage solche Entscheide getroffen werden. Insbesondere auch wenn man den Umstand betrachtet, dass diese Zuwendungen des Zivilschutzes überhaupt nicht nötig gewesen wären. Die privaten Unternehmen aus Winterthur, wie zum Beispiel Lieferanten von Containern, Zelten oder Sicherheitspersonal, hätten diese Leistungen jederzeit erbringen können. Gänzlich unverständlich wird es dann, wenn man bedenkt, dass wir unsere KMUs an den wirtschaftlichen Abgrund geführt haben und daher Bund, Kanton und Stadt ihnen finanzielle Hilfen zur Verfügung stellen mussten. Völlig abstrus, dass unsere Stadtregierung diesen Unternehmen im gleichen Atemzug Aufträge wegnimmt und mit staatlichen Leistungen konkurrenziert.

Auch im Bereich der Schule sieht es ein bisschen so aus, dass die erhaltene Macht durchaus ausgereizt oder doch auch überreizt wurde. Dem DSS und seinem Stadtrat ist es ja schon lange ein Dorn im Auge, dass das Departement gegenüber den Schulen und Schulleitungen nicht einfach so weisungsbefugt ist. Da kam die mittels Notrecht scheinbar erhaltene Macht wohl gerade recht. Unter Auslassung der demokratischen Schulpflegen verschickte das Schuldepartement mehrfach Weisungen und Vorgaben direkt an die Schulleitungen unter dem Vorwand eines Präsidialentscheides. Dabei muss man wissen, dass das kantonale

Volksschulamt seiner Verantwortung stets nachgekommen ist und die Schulen ebenfalls zeitgerecht mit den entsprechenden Informationen und Weisungen versorgt hat. Man darf vermuten, dass hier Grundsätze der Krisenkommunikation, wie zum Beispiel «one voice» aus persönlichen Animositäten heraus über Bord geworfen wurden, so diese Grundsätze denn überhaupt bekannt waren.

Wenn wir gerade bei der Kommunikation sind, so ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass der Stadtrat in der Krise getroffene Entscheide nicht wie gewohnt kommuniziert hat. Zeitweise war die Internetseite der Stadtratsbeschlüsse derart verwaist, dass man dort digitale Spinnweben sah. Transparenz sowie eine offene, ehrliche Kommunikation sind aber eine der notwendigen Grundsäulen jedes guten Krisenmanagements. Oder wie es Kollegin Romana Heuberger formulierte: «Seltsame Informationspolitik. Ausgerechnet dann, wenn auch das Parlament nicht mehr tagen darf, nur noch einen Teil der Beschlüsse zu publizieren, finde ich - na ja, sagen wir mal sehr speziell.»

Einige dieser Entscheide des Stadtrates, welche unter dem Notrecht gefällt wurden, müssen definitiv kritisch hinterfragt werden:

- Bei den Beiträgen an die Kitas ist es tatsächlich absolut unverständlich, weshalb der Stadtrat über die vom Kanton vorgesehene 80%-Regel (aufgeteilt 40% Kanton, 40% Gemeinden) hinausgegangen ist und in eigener Regie auf 100% erhöht hat. Dass man den gesamten Kredit dafür auch noch als gebunden erklärt hat, wirft weitere Fragen auf. Ganz allgemein stellt sich die Frage, ob es sachgerecht ist, dass diese Kosten nicht auch - zumindest teilweise - von den Eltern übernommen werden müssen. Insofern ist dieser Stadtrats-Beschluss rechtlich zumindest fragwürdig, weil hier von einem Schaden für die Kitas gesprochen wird. Ein Schaden im juristischen Sinne besteht unseren Erachtens jedenfalls nicht. Es sind keinerlei Gründe ersichtlich, weshalb die Eltern, welche einen laufenden Betreuungsvertrag mit einer Kita haben, die Kosten nicht übernehmen müssen, wenn sie ihre Kinder freiwillig nicht in die Kita schicken, obwohl diese ihr Betreuungsangebot aufrechterhalten. Mit dieser Begründung haben im Übrigen die meisten Kitas die Eltern auch dazu angehalten, die laufenden Beiträge weiterhin zu bezahlen.

- Der Kredit für die Betriebskosten Homeoffice via Citrix wurde ebenfalls als gebunden erklärt. Für die einmalige Implementierung in der Höhe einer Viertelmillion ist dies ja noch nachvollziehbar, nicht aber für die Kosten der nächsten drei Jahre. Hier entsteht wirklich der Eindruck, dass sich der Stadtrat beim Regieren mit Notrecht ziemlich wohl fühlt und gerade noch einige, demokratisch nicht bewilligte, Steuerfranken auf Vorrat ausgibt.

- Beim Thema Nothilfe für Selbständige und Kleinbetriebe muss man die Frage der rechtlichen Zulässigkeit im Moment nicht stellen. Aber bei diesen Krediten wäre es sehr wichtig und interessant zu wissen, wie der Stadtrat ganz konkret das Missbrauchspotential (also Kreditbezüge durch Unberechtigte) eindämmt und was er für Massnahmen in Bezug auf das Controlling eingeleitet hat.

Mit dieser Kritik und besonders auch in Anbetracht der aktuellen Situation ist unsere glasklare Erwartung an den Stadtrat verbunden, dass er ab sofort wieder ohne Notrecht agiert und in den verfassungskonformen Rahmen unter Einbezug von Volk und Parlament zurückkehrt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Stadtrat und Verwaltung haben sich in dieser Krise redlich bemüht, ihren Job zu erledigen. Die genannten Beispiele und Vorkommnisse sind aber lediglich eine Auswahl an prüfungswürdigen Entscheiden und Feststellungen aus dem Themenfeld der Krisenbewältigung in unserer Stadt. Da könnte ich Ihnen noch einige weitere Beispiele präsentieren, manche sind beinahe lustig, wenn sie nicht wirklich bedenklich und traurig wären. Zu nennen sind hier zum Beispiel die geschlossenen Toiletten und Lavabos für die freiwillige Feuerwehr im Feuerwehrlokal, weil man während 3 Wochen kein Reinigungspersonal hatte, oder die wiederholte Nicht-Einhaltung der für alle geltenden Abstands- und Hygieneregeln bei Personentransporten des Zivilschutzes. Diese Liste würde sich leider noch um einiges verlängern lassen und sehr viele Entscheide und Vorfälle sind uns wohl in den Tiefen der Stadtverwaltung verborgen geblieben.

Summa summarum stellt sich für uns die Sachlage so dar, dass Stadtrat und Verwaltung sich in dieser Krise engagiert und bemüht haben, einzelne Exponenten haben sogar einen sehr

guten Job gemacht. Unter dem Strich gibt es aber für Beifallsstürme und unkritisches Abnicken keinerlei Anlass. Aus unserer Sicht besteht der dringende Handlungsbedarf, die Entscheidungswege und -befugnisse, die Kommunikation und insbesondere das Funktionieren der städtischen Krisenorganisationen sowie einige gewichtige und zentrale Entscheide, einer vertieften und gründlichen Prüfung und Analyse zu unterziehen und die Ergebnisse dann auch zu beurteilen und zu würdigen. Um die richtigen Lehren überhaupt ziehen zu können, ist eine ehrliche und auch vielleicht auch etwas bissige - von der Stadtverwaltung aber zwingend unabhängige Untersuchung - nötig. Andernfalls vergeben wir uns die Chance, uns zu verbessern und stehen bei der nächsten Krise wieder an den gleichen Punkten.

Bedauerlicherweise mehren sich die Anzeichen, dass diese Analyse und Würdigung aber genau nicht unabhängig und kritisch stattfinden wird, sondern eher in einem inzestuösen Verfahren durchgeführt wird. Anders können wir es uns nicht erklären, dass offenbar dieselbe Beratungsperson, welche damals ein Mandat hatte, um den neuen Stadtführungsstab organisatorisch mitaufzubauen und taktisch auszubilden und organisatorisch zu beraten, nun offenbar das Mandat erhält, die Arbeit des Führungsstabes in dieser Krise zu analysieren und zu bewerten. Das wäre in etwa das Gleiche, wie ein Maurer, der eine krumme Mauer gebaut hat und dann am Folgetag als Baugutachter selbst eine Expertise über seine eigene krumme Mauer erstellt. Solche Vorgänge sind bedenklich, fragwürdig, zeugen nicht von einer nötigen und wichtigen Fehler- und Verbesserungskultur und sind ein schlechtes Vorzeichen für die Zukunft. So macht man das nicht, das ist unprofessionell.

Besten Dank.

Ratspräsident D. Oswald: Es ist mittlerweile 18.35 Uhr. Wir gehen in die Essenspause. Ich möchte an dieser Stelle nochmals an die Corona-Massnahmen erinnern: Haltet auch während dem Essen die nötige Distanz. Das Menü habt Ihr ausgewählt, das ist fertig vorbereitet für Euch in der Halle da drüben. Dort könnt Ihr Euch ein Essen nehmen und an den Platz gehen, um zu essen. Und wahrt auch beim Essen die nötige Distanz.

Um 20 Uhr, nach der Nachtessenspause, hat als Erster Michael Bänninger (EVP) das Wort. Ich wünsche allen «En Guete».

Ich bitte noch meine Kollegin Maria Sorgo und meinen Kollegen Reto Diener von der Ratsleitung, für die offiziellen Fotos nach vorne zu kommen.

Nachtessenspause.

Ratspräsident D. Oswald: Wir fahren weiter mit der Debatte, Traktandum 7: Kenntnisnahme Corona-Management von Stadtrat und Stadtverwaltung
Das Wort hat Michael Bänninger (EVP).

M. Bänninger (EVP): Währenddem im Februar der Diskurs im vollen Gange war, ob Corona nur eine ein bisschen stärkere Grippe sei oder doch ein bisschen mehr, war dann Mitte März der Fall klar. Der Bundesrat hatte in der kurzen Zeit zwischen dem 28. Februar und dem 16. März die verschiedenen Lagen gemäss Epidemie-Gesetz durchdekliniert und am 1. März 2020 die Kampagne «So schützen wir uns» mit Hygiene-Empfehlungen zum Schutz vor dem neuen Coronavirus lanciert. Auch dieser Farbverlauf von gelb bis rot hat sich in hohem Tempo vollzogen. Der Schweizer Bevölkerung wurde klar: Es gilt ernst.

Der Bundesrat übernahm die Führung, die Kantone, die Städte und Gemeinden folgten. Regiert hat man ohne Parlamente, mittels Notverordnungen, welche von den Verwaltungen umgesetzt und von der Wirtschaft und der Bevölkerung respektiert wurden.

Wir von der EVP möchten an dieser Stelle besonders den Verwaltungsangestellten für ihren sehr grossen Einsatz und dem Stadtrat für seine nach Aussen unaufgeregte Führung in dieser Corona-Zeit danken. Ebenfalls einen herzlichen Dank an die Ratsleitung und an den Parlamentsdienst für die gute Kommunikation.

Es ist nicht immer klar, wie die Empfehlungen, Anordnungen von oben in der Praxis umgesetzt werden können. Da braucht es viel Flexibilität, Kreativität, Durchhaltewillen und zeitweilen auch eine dicke Haut.

Während die gesamte Bevölkerung vor allem den Pflegefachpersonen für ihren sehr grossen Einsatz zuklatschte, haben die Verwaltungsangestellten dafür gesorgt, dass die Dienstleistungen der öffentlichen Hand, von der Kehrriechtabfuhr über die Bestellung und Zusendung von Dokumenten bis hin zu den Bewältigungen der Sozialhilfesuche sichergestellt waren.

Das unter der Verantwortung, dass die Mitarbeitenden von allen Teams zu jeder Zeit bestmöglichst geschützt waren.

Wir finden, geschätzte Winterthurer Verwaltung, Ihr habt einen sehr guten Job gemacht. Herzlichen Dank auch von unserer Seite.

Wir möchten an dieser Stelle auch den Eltern von Schulkindern danken. Sie haben in diesen Wochen Grosses geleistet. Schon unter normalen Umständen ist es ein Balance-Akt, Berufsleben, Haushalt und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen.

Jetzt ist für die letzten 10 Wochen auch noch der Fernunterricht der Kinder dazu gekommen. Für viele Eltern – zumindest für diejenigen mit Kindergarten- und Unterstufenkindern - hat das geheissen, täglich 2-3 Stunden für den Fernunterricht aufzuwenden. Und das nebst allen anderen Aufgaben, die ja normal weitergelaufen sind!

Da musste den Erstklässlern das Minus-Rechnen über den 10er-Übergang erklärt werden und für die Handarbeit sollten Salzteigelefanten hergestellt werden.

Speziell die Kindergartenkinder brauchten eine 1:1-Betreuung, um die von den Kindergärtnerinnen zur Verfügung gestellten Bastelideen dann auch umzusetzen.

Viele Eltern haben das am Anfang mit Schwung gemacht. Es ist aber sehr herausfordernd, als Nicht-Pädagoge zwei bis drei verschiedene Schulstufen (je nach Anzahl Kindern) gleichzeitig zu betreuen. Bei dem Punkt haben wir auch von Eltern gehört, dass sie sich von den Lehrpersonen nicht immer ganz verstanden fühlten: Bastelideen sind ja toll. Es ist aber zu viel Hilfe von den Eltern verlangt worden. Die Kinder von den unteren Schulstufen erhielten viel Material, welches aber keine selbständige Bearbeitung zulies.

Inzwischen ist der Schnauf bei den Eltern – und auch bei den Kindern – vielfach draussen.

Nach 10 Wochen kommen viele an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

Wenn in der Schule die Bewältigung der Krise ausgewertet wird, haben wir einen Wunsch an das Schul-Departement: Bitte denkt bei der Planung eines möglichen nächsten Einsatzes des Fernunterrichts mehr an die Kinder der untersten Schulstufen inklusive Kindergarten und deren Eltern: Sie brauchen genauso wie die älteren Kinder Erklärungsvideos, Unterricht via Videokonferenz und Material, welches sie selbständig bearbeiten können. Die Eltern und die Kinder werden dankbar sein.

Bleiben wir in den kommenden Wochen und Monaten gemeinsam daran, die erzielten Fortschritte bei der Eindämmung dieser Pandemie weiter auszubauen.

Seien wir zuversichtlich, vorwärtsblickend, aber auch im klaren Bewusstsein, dass das Corona-Virus keinen On/Off Switch hat, mit dem sich das Virus von heute auf Morgen ausschalten lässt.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind von der Winterthurer Bevölkerung gewählt worden, damit wir uns für das Wohl der Stadt einsetzen. Das selbstredend in guten wie in schlechten Zeiten.

Jetzt wurde Mitte März die ausserordentliche Lage ausgerufen und unsere demokratischen Rechte wurden direkt massiv eingeschränkt – auch auf Gemeindeebene. Das mag in Anbetracht der Einmaligkeit knapp nahvollziehbar sein, aber es ist nicht richtig und darf so nicht mehr geschehen.

Es zeigte auch, dass Winterthur noch weit entfernt ist von einer Smart City. So gilt es nun, dass wir jetzt dann die notwendigen, auch die rechtlichen, Grundlagen schaffen, damit wir den politischen Betrieb auch mit virtuellen Sitzungen gewährleisten können.

Wie Mike bereits erwähnt hat: Die Stadtregierung musste rasch handeln. Das hat sie auch gemacht und sie hat vieles gut und richtig gemacht. Z.B. hat der Stadtführungsstab funktioniert und Hotspots sind schnell und effizient geschlossen worden. Das Ziel, die Gesundheit

der Bevölkerung und der Mitarbeitenden zu schützen, ist mit zielgerichteten, aber auch einschneidenden Massnahmen gelungen. Auch die Wirtschaft und die KMUs haben rasch und unkompliziert Hilfe erhalten. Und Stadtbus hat still und effizient den Betrieb runter- und dann wieder hinaufgefahren. Und dank Corona ist auch unser Stadtpräsident jetzt auf Facebook. Allen ein herzliches Dankeschön von der CVP/EDU-Fraktion. Wir möchten an dieser Stelle auch den Einwohnenden von Winterthur danken, all denjenigen, die die Regeln eingehalten haben.

Es ist aber nicht nur alles gut gelaufen, wir haben auch ein paar kritische Fragen. Die Informationen an uns Gemeinderäte und Gemeinderätinnen hätten besser sein können. Wieso die Mitarbeiter-News nicht auch uns (eventuell in leicht angepasster Form) zugestellt wurden, verstehen wir nicht. Wir hätten uns eine bessere und schnellere Information aus allen Departementen gewünscht, dann wären wir nicht (wie Roli gesagt hat) in eine Schockstarre verfallen. Die Stadtratsbeschlüsse mussten wie immer gesucht und studiert werden, nicht alle waren aus unserer Sicht klar. Wieso sind die 450'000 Fr. Kita-Beiträge gebunden? Markus hat das auch schon erwähnt. Rechtfertigt die ausserordentliche Lage wirklich alles? Abgesehen davon stellen wir diesen Entscheid auch in Frage. Ist es angebracht, dass wir da Steuergeld nach dem Giesskannenprinzip verteilen? Wir haben ja kein Problem damit, wenn die Stadt Winterthur Personen in finanzieller Not auf Gesuch hin den Kita-Fehlbetrag bezahlt, analog der wirtschaftlichen Hilfe. Aber wieso müssen Eltern, die keine finanziellen Einbussen hatten und einen Vertrag mit der Kita haben, ohne Veranlassung ihre vertragliche Vereinbarung nicht erfüllen? Wieder einmal werden Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, benachteiligt – auch finanziell.

Weitere Fragen, die ich da platzieren möchte, Fragen, auf die wir keine Antworten gefunden haben:

1. Mussten die Schalter der Stadtverwaltung wirklich alle geschlossen werden? Der Detailhandel hat gezeigt, wie man sicher, geschützt und kundenfreundlich Dienstleistungen erbringen kann.

2. Wie ist die Umstellung auf das Homeoffice gegangen? Was ist gut gelaufen, was waren die Herausforderungen, wie viele waren es, wie handhabte man es? Roli hatte da scheinbar mehr Informationen, ich habe keine gesehen. Weitere Fragen, die spannend zu wissen wären: Mussten alle Ferien und Überstunden in dieser Zeit wo immer möglich abgebaut werden? Mussten bereits eingetragene Ferien trotz Reiseverbot bezogen werden? So wie das auch in der Privatwirtschaft bei vielen Betrieben und Firmen gehandhabt wird? Und auch, damit die Dienstleistungen in Zukunft, wenn wieder alle Schalter offen sind, in konstanter Qualität erbracht werden können?

Und als 3. Punkt: Wieso waren die Parkplätze für die Bevölkerung, zur Unterstützung des Gewerbes und zum Schutz der Bevölkerung, in der Altstadt nicht gratis angeboten worden? Andere Städte waren da kundenfreundlicher unterwegs. Die Corona-Krise hat klar gezeigt: Auch Parkplätze sind systemrelevant. Die Leute stehen aus Sicherheitsgründen lieber im Stau als dass sie mit den ÖV fahren.

In meinen Ausführungen gehe ich bewusst nicht auf die Finanzen und die wirtschaftlichen Aspekte ein, das ist ja ein Teil der dringlichen Interpellation.

Die Zeit des Lockdowns ist hoffentlich eine einmalige Sache. Eine Zeit mit vielen bleibenden Erinnerungen und auch mit vielen neuen Anregungen, wie wir als Gesellschaft unser Leben gestalten wollen und können. Homeoffice, so lange gelebt, wird wohl manche Beurteilungen und Wünsche verändern. Werden wir dadurch weniger Büros brauchen? Ist die Pandemie der Tod der Grossraumbüros? Ist das Homeschooling eine Lösung für den fehlenden Schulraum? Haben wir in Zukunft zwei Schulmodelle, Teleteaching/Homeschooling und Präsenzunterricht?

Der Lockdown hat auch eindrücklich gezeigt, wie gut unsere Gesellschaft funktioniert. Mike hat es auch erwähnt. Die Nachbarschaftshilfe hat eine einmalige, eindrückliche Renaissance erlebt. Die Nachbarschaft wurde aktiv und rücksichtsvoll gelebt. Schön, das erlebt zu haben! Und auch, wie viele Vereine sich ehrenamtlich engagiert haben, ist super und lobenswert. Deshalb müssen wir den Vereinen in Winterthur weiterhin besonders Sorge tragen.

Ein Thema hat sich aber in dieser Zeit akzentuiert und ich möchte da sagen: Es ist kein Winterthurer Problem, es ist ein gesamthafes Problem. Das Littering-Problem. Unglaublich, wie oft man beim noch erlaubten Spaziergang übervolle Abfallkübel gefunden hat. Und auch die Grillplätze, die noch am Tag danach dokumentiert haben, was alles konsumiert wurde. Der Stadtrat hat eine Plakatkampagne zu diesem Thema angekündigt. Ich bezweifle, dass das reicht. Wir müssen das Übel an der Wurzel anpacken. Die Eltern müssen ihre Kinder diesbezüglich noch bewusster erziehen, aber auch die Schule hat da noch eine grosse Aufgabe vor sich. Littering darf nicht toleriert werden. Regelmässiges Fötzeln sollte auch in der Schule dazugehören, das haben wir früher so noch erlebt.

Und zum Schluss vielleicht noch ein persönlicher Eindruck, die Corona-Zeit war ja für jeden individuell. Ich war mit meiner Familie über zwei Monate quasi eingeschlossen. Zum Glück mit unseren Kindern, drei jungen, aufgeweckten, intelligenten Erwachsenen. Bei den zahlreichen gemeinsamen Mahlzeiten hatten wir viel Zeit, spannende und intensive Diskussionen zu führen: Über Ethik, philosophische Themen (ich habe ganz viel über Hume, Kant, Nietzsche aufgefrischt), die Rolle der Medien, unsere Demokratie, aber auch die ungewisse Zukunft der Jungen aufgrund der jetzigen Situation. Und natürlich die Rolle und Bedeutung der Wirtschaft. Wer mich und unsere Familie kennt, weiss: Schonungslos, kritisch - aber auch humorvoll und inspirierend. Und ich freue mich, dass wir das im Gemeinderat jetzt auch machen können.

U. Hofer (FDP): Die Voten sind wie erwartet zahl- und wortreich. Und ich stelle auch fest, dass die Polarisierung in letzter Minute auch ein bisschen abgenommen hat. Ich werde mich vergleichsweise kurz halten. Das hat zwei Gründe:

1. Das Traktandum lautet «Kenntnisnahme des Corona-Managements». Wir haben jetzt Kenntnis genommen. Und bekanntlich werden wir in der AK noch Gelegenheit haben, Details anzuschauen und Fragen zu stellen. Ich kommentiere grundsätzlich nicht gerne etwas, das ich noch nicht in der notwendigen Tiefe kenne. Und anders als vielleicht Roland habe ich tatsächlich noch gewisse Fragen, die ich zuerst beantwortet haben möchte. Es wäre ja auch schlicht unglaubwürdig, wenn alles fraglos perfekt gewesen sein soll – ausser die Polizeieinsätze.

Dann gibt es einen 2. Grund: Für mich ist Corona ähnlich wie eine Panne im Cockpit. Vielleicht kommt plötzlich auftretender Rauch. Eine Crew hat begonnen, die Panne abzuarbeiten, Sofortmassnahmen zu fällen und Führungsentscheide zu treffen. Das alles in kurzer Zeit, mit wenig Informationen und unklarer Sicht. Mit der Wiederaufnahme des Parlamentsbetriebs kommt jetzt eine weitere Crew an Bord und könnte jetzt mit der ersten Crew zusammenarbeiten. Macht es Sinn, wenn wir jetzt schon Stunden für das Debriefing der Vergangenheit verwenden, solange es noch raucht und solange noch die Gefahr besteht, dass es tatsächlich zu brennen beginnt? Ich finde: Nein. Wir sollten uns in die Zukunft richten im Moment und uns informieren, was man plant und was man schon gemacht hat, woran man arbeitet und wie wir gut funktionieren. Ein Debriefing braucht es dann schon noch, aber das ist wie gesagt nicht erste Priorität meines Erachtens.

Eine Sofortmassnahme ist aber schon thematisiert und sei steht ohnehin im Raum: Wir müssen in der einen oder anderen Form eine verlässliche Aussage darüber haben, wie lange wir überhaupt noch Sprit im Tank haben. Und einen Plan, wie wir damit umgehen wollen. Nicht dass uns das gleiche Schicksal ereilt wie in Mani Matters Worten beim Alpenflug: «Und jetz, wo mer sie hett verstande, hei sie beidi nüt meh gseit.» Diese Situation wollen wir nicht. Ich wollte mich wirklich kurz halten und wollte auch nichts zum Votum von Roland sagen. Ich hätte das ziemlich lange einhalten können, aber dann kamen Deine letzten drei Minuten. Da gibt es halt doch ein paar Dinge. 1. Du hast die Parallelität der kritischen Forderungen, die wir gestellt haben, und der stadträtlichen Massnahmen kritisiert. Ja, es hätte halt geholfen, wenn der Stadtrat seine Beschlüsse auch kommuniziert und publiziert hätte, damit es keine Parallelität gibt (gleich dann, als er sie fällte – das ist der Punkt). Wegen dem offenen Brief: Ich glaube, da haben wir einfach eine an sich klare Wortwahl anders verstanden. Du hast von Steuerverzicht gesprochen, ich lese nur «Steueraufschub». Die Forderung nach Gebührenverzicht beschränkt sich auf den öffentlichen Grund. Einiges, das der Stadtrat bereits proaktiv

am Umsetzen ist und die wir mit der IP, die wir heute einreichen, auch mitunterstützen. Nicht mehr und nicht weniger. Dann habe ich gesagt, dass der Stadtrat bestehende Schulden zahlen soll und sein Investitionsprogramm nicht einfach so stoppen soll. Also nichts von Ausbau und nichts von Soforthilfe, wie Du es suggeriert hast. Und letztlich bitten wir um klare Anweisungen an alle Betroffenen und eine klare Anlaufstelle. Kurzum, es hat in diesem Brief gar nicht viel drin von dem, was Du kritisiert hast. Einen Punkt, der Dich aber wohl schon gestört hat, haben wir gesagt: Wir wollen eine klare Prioritätensetzung. Aber für mich ist das für eine Stadt, die schon vorher finanziell am Limit lief und jetzt noch das zu bewältigen hat, eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit und nicht ein Affront. So viel dazu.

Ich wollte mir eigentlich am Schluss auch kurz Zeit nehmen, um Danke zu sagen. Und die Schwierigkeit ist aber: An wen und an wen zuerst? Eigentlich unlösbar. An die Mitarbeitenden der Alterszentren, an die Spitex, an die Lehrerinnen und Lehrer, an die Eltern (die Michael zu Recht erwähnt hat), an die Gewerbler, die trotzdem ihren Optimismus und ihre Kreativität beibehielten, an die Polizei, an die Bibliothekarinnen und Bibliothekare, an die Pflegerinnen, Ärzte, Notfalldienste? An die Nachbarn, die sich gegenseitig unterstützen? Sie sehen, diese Aufzählung liesse sich beliebig erweitern. Und das ist wirklich das Positivste, dass ich bis jetzt aus dieser Krise mitnehme. Mein Eindruck, wenn ich mit Nachbarn oder Geschäftspartnern spreche, ist, dass jeder auf seine Art versucht, einen Beitrag zu leisten, damit wir diese Krise bewältigen können. Die Solidarität und auch die Disziplin sind bei einem Grossteil der Bevölkerung sehr gross. Und die kleinen und versteckten Beiträge sind für mich genauso wichtig wie die grossen und sichtbaren. Und ich teile da auch die Ansicht von Roland, gerade wenn wir uns mit den Nachbarländern (Italien, Frankreich) vergleichen, dass wir einen relativ gut funktionierenden Staat hatten. Und zumindest auf Stufe Bund auch einen gewissen finanziellen Handlungsspielraum, der uns jetzt auch eine gewisse Reaktion erlaubt. Ich finde, darauf lässt sich aufbauen, das gibt uns Mut für das Kommende, Denn das brauchen wir, wie auch die Teamarbeit. Mike hat es richtig gesagt: Das, was kommen wird, das wird nicht ganz so schön sein und das wird uns noch einholen. Ich finde, jetzt müssen wir Vernunft über Ideologie stellen, konstruktiv zusammenarbeiten. Wenn wir das nicht tun, droht, dass wir noch einen grösseren Schaden auf das hinaufpacken, was ohnehin schon auf uns zurollen wird.

A. Steiner (GLP): Vor zwei Monaten hatte man die ersten 10 Tage das Gefühl, man ist irgendwo im falschen Film. Es war irgendwie alles anders, man wurde unvorbereitet getroffen. Klar hat man schon gehört von China, von Italien – aber irgendwie war es trotzdem noch weit weg. Und plötzlich war es bei uns.

Das war für viele eine sehr grosse Herausforderung, für die einen mehr, für die anderen weniger. Für einige ging der Alltag ähnlich weiter, aber zuhause und nicht im Geschäft. Für andere bedeutete es ein grosses Organisieren in der Familie. Für wiederum andere hiess es von einem Tag auf den anderen: Keine Arbeit mehr, kein Kunde mehr. Gewissen Leuten ging es ans Existenzielle, das war für diese eine sehr schwierige Zeit. Und dann kommt dann aber, was daraus gemacht wurde, und ich glaube, da dürfen wir uns mit Recht rühmen in der Schweiz: Da hat eine unglaubliche Solidarität gespielt, nicht nur von Staatsseite, sondern auch aus der ganzen Bevölkerung.

Ich möchte an dieser Stelle ebenfalls allen Beteiligten im politischen Umfeld danken. Zuvor der dem Stadtrat, der das Management schnell an die Hand genommen hat, in ihren Bereichen geschaut haben, dass man gut auf die Situation reagieren kann. Ich möchte dem Stadtführungsstab danken, der ganzen Verwaltung, die zum Teil sehr kreativ und schnell unterwegs war. Aber am Meisten danken möchte ich sicher allen Vereinen und der Bevölkerung, die eine unglaubliche Solidarität gezeigt haben. Jeder hat geholfen, wo man konnte – das hat uns in Winterthur ausgezeichnet.

Wenn man zur Kritik kommt, ist als Erstes wichtig, dass wir etwas daraus lernen. Das wird nicht die letzte Krise gewesen sein und alles, was wir aufzählen, was man hätte anders machen können in der Perspektive von jetzt (das Setting kannte man ja vorher gar nicht), müssen wir unbedingt in ein lessons learned einpacken, das gilt für alle staatlichen Ebenen, vom Bund über den Kanton bis zur Winterthurer Ebene. Da lässt sich vieles daraus lernen für die Zukunft.

Das andere ist, dass wir positiv bleiben und probieren, konstruktiv die schwierige Situation, die kommen wird, zu meistern. Auch da mit Zusammenarbeit.

Es gilt auch, positive Elemente mitzunehmen. Es wurde von vielen gesagt: Neue Formen von Homeschooling, Homeoffice oder Videokonferenzen, die man jetzt testen konnte und durchaus auch für die Zukunft Einsatzmöglichkeiten sehen kann. Zwar nicht ausschliesslich (es hat alles Vor- und Nachteile), aber für eine kurze Besprechung reicht vielleicht auch in Zukunft eine Videokonferenz und es muss nicht immer eine physische Sitzung sein. Bekanntlich dauern Videokonferenzen etwas weniger lange.

Zu 2-3 Sachen möchte ich noch ein paar Ausführungen machen. Das eine ist das Staatspolitische, das auch schon angesprochen wurde. Als Gemeinderat haben wir uns lange nicht gesehen und ich persönlich finde das auch sehr problematisch. Man hätte sicher etwas mehr Spielraum nutzen können. Aber auch da gilt, wie es in Zukunft passieren soll. Das eine ist sicher, das wurde gesagt, dass wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte schlecht informiert wurden. Das andere ist aber auch, ob es nicht ein Gremium geben müsste, in dem alle Parteien vertreten sind, mit dem man schneller aktiv wieder mit Einfluss nehmen kann. Auch Verantwortung mittragen, Feedback einbringen zu gewissen Entscheiden, ob sie sinnvoll sind oder nicht. Ich denke, da müsste man unbedingt darüber diskutieren, wie das in Zukunft gehen soll. Auf allen staatspolitischen Ebenen.

Zu den Finanzen hören wir nachher noch genug, zur dringlichen Interpellation. Da sage ich nichts dazu.

Vielleicht noch ein letzter Punkt, zur Verhältnismässigkeit. Es wurde extrem viel diskutiert bei unendlich vielen Entscheiden: Ist es jetzt verhältnismässig oder nicht? Es ist immer ein Abwägen und man braucht auch ein gewisses Fingerspitzengefühl. So hat z.B. für uns das Fingerspitzengefühl gefehlt, als man die Demonstration vom Klimastreik (die keine Demonstration war letztendlich, sondern man einfach ein Paar Schuhe ausgestellt hat) aufgelöst hat. Das war für mich nicht verhältnismässig, überhaupt nicht. Es waren nicht mehr als 5 Personen, es wurde nichts Verbotenes gemacht. Begründet wurde es damit, dass Schaulustige hätten kommen können. Ja, also Entschuldigung, zum Schuhe anschauen? Da hat man genügend zuhause. Dafür muss man nicht auf einen Platz gehen. Es ging letztendlich um eine Medienwirksamkeit. Ich glaube, das war nicht mehr verhältnismässig, denn das Thema, das angeschnitten wurde, ist und bleibt aktuell. Das wird uns in Zukunft mindestens so sehr beschäftigen wie jetzt der Käfer, den wir in der Luft haben. Und es hat durchaus auch Parallelitäten, über die man nachdenken kann. Muss es so viel Reisen sein? Wir waren jetzt gezwungen, dass wir es nicht hatten. War es so schlimm? Muss es jede Woche ein neues Kleidungsstück sein – wo soll das hingehen mit dem Überkonsum von all diesen Kleidern? usw. Da gibt es viele Themen, die man dringendst anschauen muss, gerade weil es uns jetzt vor Augen geführt wurde, dass es auch mit mehr Ruhe und weniger Hektik durchaus auch ganz schön sein kann.

Das von meiner Seite. Corona hat vieles ausgelöst. Nehmen wir das Positive mit und bleiben wir aktiv daran, den Schaden möglichst klein zu halten.

Ratspräsident D. Oswald: Es hat jetzt noch 4 Redner auf der Liste. Nachher bekommt der Stadtpräsident wieder das Wort, als Schlusswort zum Thema Corona-Kennntnisnahme, und gleichzeitig dann auch noch für die Beantwortung der dringlichen Interpellationen.

M. Wackerlin (PP): Wir sind in einer Situation, in der uns die Kontrolle gewaltsam entrissen wurde. Nichtsdestotrotz müssen wir jetzt aus dieser Situation das Beste herausholen. Einige Redner haben schon in diese Richtung gesprochen heute. Ich möchte den Fokus auf einen anderen Aspekt legen.

Und zwar ist aus meiner Ansicht das nicht wirklich eine Gesundheitskrise, sondern es ist vor allem eine Freiheitskrise, die wir jetzt erlebt haben. Das war ein extrem tiefer Eingriff in unsere Freiheit und es lief extrem zentralistisch. Da würde ich dem Stadtpräsidenten Mike Künzle widersprechen: Ich finde es überhaupt nicht gut, dass der Bundesrat da das Heft in die Hand genommen hat. Der Kanton Zürich ist nicht der Kanton Tessin und Winterthur ist

nicht Bauma. Es ist viel besser, wenn wir auch da das Subsidiaritätsprinzip weiterhin hochhalten und schauen, dass wir die individuell richtigen Lösungen finden. Und das heisst auch, dass die Politik den Firmen nicht Vorschriften machen muss. Die Leute werden vorsichtiger, d.h. die Firmen müssen von selbst schauen, was sie machen, was sie für Massnahmen treffen, damit die Leute überhaupt noch kommen. Ich bin überhaupt nicht der Meinung, dass man da zentralistisch eingreifen muss.

Ebenso die Grenzschiessungen: Man kann zwar vom Kanton Zürich in den Kanton Thurgau, aber vom Kanton Thurgau nicht mehr auf Baden-Württemberg. Wo ist da der Sinn? Die Situation auf beiden Seiten der Grenze ist die gleiche. Hat man da wirklich überall verhältnismässig gehandelt oder wurde nicht plötzlich unsere Freiheit umsonst viel zu stark eingeschränkt? Dann vielleicht noch ein kleiner Hinweis zu dem, was Annetta vorhin gesagt hat, man brauche nicht so viele Kleider. Das Problem ist einfach: Die Wirtschaft ist international so stark miteinander verknüpft. Wenn Du kein neues Kleid kaufst, hungern nachher die kleinen Kinder in Bangladesch. Es hängt wirklich alles miteinander zusammen und man kann nicht nur an einem Ort eingreifen. Das ist wieder mal so ein typisches Beispiel: Die Politik greift ein, richtet einen riesigen, einen gigantischen Schaden an – und dann greift die Politik weiter ein, um den Schaden zu beheben, und der Schaden wird durch den weiteren Eingriff noch grösser. Denn dann werden die einen begünstigt und die anderen benachteiligt. Am Schluss überleben nicht wie in der freien Marktwirtschaft die gut arbeitenden Firmen und die schlecht arbeitenden gehen unter. In einer solchen Situation werden die schlecht arbeitenden unterstützt, so dass sie noch länger durchseuchen.

Meiner Meinung nach sollte man etwas mehr auf Schweden schauen bei diesen Beispielen. Die haben das einiges besser gemacht und ich hoffe doch, dass wir auch in Bezug auf diesen Aspekt, den ich jetzt da noch eingebracht habe, uns in Zukunft nochmals genau überlegen, wie wir das genau haben wollen.

Und ein anderer Punkt, den ich positiv aufnehmen, den Annetta vorhin ansprach: Allenfalls könnte man sich überlegen, ob man etwas wie einen Krisenstab des Gemeinderats definieren möchte, der quasi mal auf Vorrat gewählt wird, aber in einer solchen Situation bereitstehen würde.

U. Glättli (GLP): Ich spreche zur Sache von der dringlichen Interpellation, von der Finanzlage nach Corona.

Ratspräsident D. Oswald: Entschuldigung, Urs. Der Stadtrat hat noch nicht geantwortet zur dringlichen Interpellation. Das wäre dann nachher vorgesehen, dass Du dazu sprechen kannst, wenn er geantwortet hat.

Auch andere Redner haben sich bereits zur Interpellation gemeldet. Das Wort hat deshalb Andreas Geering.

A. Geering (CVP/EDU): Ich dachte, ich muss rasch auch auf dieser Seite etwas sagen, damit ich es nicht ganz verlerne. Was wirklich der Auslöser ist, dass ich etwas sage: Roland Kappler hat in der Zeitung gelesen, dass das Parlament drei Monate nicht getagt habe. Markus Reinhard hat nachgedoppelt, das Parlament sei über Gebühr lange ausser Betrieb gewesen. Ich möchte dazu einfach meine Ansicht kundtun und einige Daten nennen.

Es ist tatsächlich so, dass die letzte Ratssitzung in diesem Plenum am 24. Februar stattgefunden hat. Es war aber so, dass wir nachher noch 2 x Termine für Kommissionen hatten. Am 9. März fanden die letzten Kommissionssitzungen statt und am 16. März haben wir den Betrieb des Grossen Gemeinderats ausgesetzt. Dann ist es richtig, dass heute die 1. Plenumssitzung des Grossen Gemeinderats ist. Wir haben aber von der Ratsleitung her erlaubt, dass die Kommissionen ab dem 4. Mai virtuell tagen können, nachdem vorgängig von verschiedenen Parlamentariern virtuelle Sitzungsmöglichkeiten gefordert wurden. Am 4.5. wollte keine Kommission virtuell tagen, obwohl das möglich gewesen wäre. Dann hatten wir am 11. Mai erste Kommissionssitzungen und wir hatten am 18. Mai Kommissionssitzungen. Und heute, am 25. Mai, haben wir die erste Grosse Gemeinderats-Sitzung.

Es ist in diesem Sinne schon richtig, wenn man in der Zeitung liest, man hätte 3 Monate keine Gemeinderatssitzung gehabt, das stimmt. Aber der Lockdown mit dem Aussetzen des Ratsbetriebs vom 16. März bis zur möglichen Wiederaufnahme am 4. Mai war nicht 3 Monate, war auch nicht 2 Monate, sondern der war 7 Wochen.

Es kam der Vergleich mit dem Grossen Gemeinderat Zürich. Der Grosse Gemeinderat Zürich konnte sich in ein gemachtes Nest des Kantonsrates Zürich setzen, das von März an bereit stand. In Winterthur haben wir selber ein Setting aufgezogen, mit dem wir gemäss den Hygienevorschriften tagen können. Wir sind jetzt bereit und haben jetzt eine Sitzung und haben aufgrund der Traktandenliste, die vorher nicht voll gewesen wäre, nicht früher zu tagen begonnen.

Wenn man aber den 4. Mai nimmt, an dem es möglich gewesen wäre, Kommissionssitzungen zu haben, dann waren wir nicht mal eine Woche nach dem Grossen Gemeinderat der Stadt Zürich. Ich denke, das kann man zur Kenntnis nehmen, dass der Lockdown nicht drei Monate war, auch nicht zwei Monate, sondern 7 Wochen.

Vielen Dank.

Ratspräsident D. Oswald: Ich wurde gebeten, einen Aufruf zu machen zu den Vorstössen. Denkt daran, dass Ihr nach vorne müsst zum Unterschreiben, die Vorstösse kommen heute nicht bei Euch vorbei. Nehmt Euer eigenes Schreibzeug mit.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich danke allen Fraktionen für die Würdigung unserer Arbeit während der Corona-Krise. Das Lob hat uns sehr gefreut. Ich danke aber auch für die kritischen Voten. Wenn auch die Liste v.a. in einem Fall besonders lange wurde.

Ich werde nicht punktuell replizieren. Viele einzelne Beispiele sind uns heute Abend jetzt auch nicht bekannt. Die Liste der Verfehlungen sei nur eine Auswahl. Auch meine Liste von den guten Taten ist nur eine Auswahl gewesen. Teilweise haben wir auch Antworten auf Fragen, die gestellt wurden, in den Departementsberichten, die an die Kommissionen gingen. Wir haben sicher nicht alles gut gemacht. Aber, ich habe es gesagt, wir haben ein Interesse daran, das habe ich in meinem Votum explizit schon gesagt, die Erkenntnisse aus unserem Handeln ehrlich zusammenzutragen. Wir wollen die Lehren ziehen, damit wir bereit sind, auch für die nächste Krise. Und das muss ehrlich erfolgen.

Diese Arbeit steht erst noch bevor, denn wir sind immer noch in dieser Krise und sehnen uns sicherlich alle dem Ende entgegen. Halten wir uns also auch weiterhin an die Vorgaben: Abstand halten, Hygienemassnahmen einhalten.

Jetzt werden dann zu den dringlichen Interpellationen Kaspar Bopp und Barbara Günthard die stadträtliche Meinung vertreten.

Stadtrat K. Bopp: Es liegt auf der Hand: Die aktuelle Pandemie wird erhebliche Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Winterthur haben. Sie wird zu Mehrkosten führen innerhalb der Verwaltung (Stichwort «Homeoffice Infrastruktur», Stichwort «Schutzkonzepte bei den Schaltern»), das wird alle Auswirkungen auf die Kosten haben. Sie wird auch zu Mehrausgaben im Bereich der Sozialkosten führen und auch die Unterstützungsprogramme, über die wir heute schon mehrfach gesprochen haben, werden Kosten verursachen.

Die Pandemie wird weiter auch zu Mindereinnahmen bei den Steuern führen, auch das wurde schon mehrfach erwähnt und liegt auf der Hand. So weit, so klar.

Ebenfalls klar ist, dass durch so eine Situation wie in der Interpellation erwähnt, ein etwas grösseres finanzielles Polster natürlich wünschenswert wäre. Niemand konnte diese Krise voraussehen und deshalb kann man auch nicht sagen, dass die Steuersenkung auf 122% wegen dieser Krise nicht hätte gemacht werden dürfen. Aber was man bestimmt sagen kann, ist, dass mit solchen Steuersenkungen das Schaffen eines finanziellen Polsters natürlich nicht möglich ist. Und da möchte ich den Ball auch gerne ein bisschen zurückgeben an die Interpellanten und Interpellantinnen, was diesen Punkt anbelangt.

Zudem möchte ich noch eine Aussage aufnehmen, die gemacht wurde zum Thema Steuersatz: Die Stadt Winterthur befinde sich an der obersten Grenze im kantonalen Vergleich, was

den Steuersatz anbelangt. Da noch kurze Facts dazu: Der höchste Steuersatz 2020 im Kanton ist 130%, das sind zwei Gemeinden, die diesen Steuersatz haben, Maschwanden und Wila. Winterthur liegt mit 5 anderen Gemeinden auf dem 13. Rang, was den Steuerfuss in dieser Rangliste anbelangt.

Und jetzt zur Sorge um den Standort Winterthur. Die Corona-Krise ist kein spezifisches Winterthur-Problem. Die Corona-Krise ist auch kein Kanton Zürich-Problem und die Corona-Krise ist kein Schweiz-Problem. Die Corona-Krise ist ein weltweites Problem und in diesem Kontext müssen wir auch die Massnahmen und vor allem auch die finanzielle Bewältigung dieser Massnahmen betrachten.

Im einleitenden Text der Interpellation wird von Schädigung des Standorts gesprochen oder, positiv formuliert, man macht sich Sorgen um die Standortattraktivität. Das ist auch mir ein sehr grosses Anliegen, und deshalb ist es mir wichtig, dass wir aufhören, uns schlechter zu verkaufen als wir sind. Wir dürfen diese Krise nicht als Winterthurer Krise heraufbeschwören. Das schädigt unseren Standort. Und wir dürfen unsere Stärken, die wir haben, unsere Standortattraktivität, wie die Lebendigkeit der Stadt, reichhaltiges Kulturangebot, gute Betreuungseinrichtungen, Naherholungsgebiete, Stadtklima und vieles mehr nicht jetzt durch überhastete Aktionen gefährden. Das würde unsere Standortattraktivität weiter schädigen.

Jetzt verstehen Sie mich nicht falsch: Natürlich trifft uns diese Krise und natürlich müssen wir uns gut überlegen, wie wir damit umgehen wollen. Aber unsere Standortattraktivität wird dadurch erstmal nicht direkt gefährdet, denn es stehen schlichtweg weltweit einfach alle vor den gleichen Herausforderungen. Im Gegenteil: Wir sollten uns glücklich schätzen, dass wir von dieser Krise bis jetzt viel weniger hart getroffen sind als sehr viele andere Regionen auf dieser Welt. Niemand weiss genau, wieso das so ist. Aber was klar ist: Unsere gute Infrastruktur, unser gutes Gesundheitswesen, die gut funktionierenden sozialen Institutionen haben dabei ganz bestimmt nicht geschadet. Deshalb lassen Sie uns diese bewahren, lassen Sie uns diese sichern – trotz dieser Krise.

Im Stadtrat haben wir uns, in der letzten Zeit seit Ausbruch der Krise, mit unseren Ressourcen auf die unmittelbaren Herausforderungen konzentriert. Wir mussten in kürzester Zeit Krisenorganisation aufbauen, den Lockdown in der Verwaltung umsetzen, diverse Unterstützungsmassnahmen planen, gestalten, umsetzen (wie die wirtschaftliche Nothilfe, Kitas – es sind viele schon erwähnt worden). Es gibt auch jetzt noch weiteren Bedarf, auch das wurde erwähnt, d.h. wir sind nach wie vor in diesem Prozess drin und konzentrieren die Energie von unseren Spezialistinnen und Spezialisten (unter anderem auch, was die Finanzen anbelangt) auf diese Themen. Das war in der Vergangenheit richtig, davon sind wir überzeugt, und das ist auch heute noch richtig so. Wir müssen nach wie vor für die Bevölkerung von Winterthur da sein.

Die 1. Hochrechnung wird deshalb nicht wie üblich per 31.3. erstellt, sondern erst per 31.5. Darüber haben wir die AK auch bereits informiert. Einerseits wegen der Ressourcen-Situation, die ich beschrieben habe, und andererseits, weil wir nur so erste Corona-Effekte auf solider Basis berücksichtigen können in dieser Hochrechnung. Die Hochrechnung wird dann auch, wie üblich, der AK entsprechend zur Kenntnis gebracht.

Jetzt komme ich gerne zu den einzelnen Fragen.

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Lage und die veränderten Finanzen?

Wie bereits gesagt, die Lage wird der AK in Form der 1. Hochrechnung, die wir per Ende Mai erstellen, zur Kenntnis gebracht. Dort werden wir die ersten Effekte von der Corona-Krise, die bereits sichtbar sind, mitberücksichtigen. Das wird v.a. auch auf der Kostenseite der Verwaltung sein. Die finanziellen Aussichten hängen u.a. stark von der Entwicklung der Konjunktur ab. Es ist für die Stadt zum jetzigen Zeitpunkt schlicht und einfach nicht möglich, da eine seriöse Aussage zu machen. Und auch das sollte auf der Hand liegen und wurde auch schon mehrfach erwähnt. Es ist nicht nur die Tiefe der Rezession, die entscheidend ist für unsere finanziellen Aussichten und unseren Finanz- und Aufgabenplan, sondern auch, wie sie sich wieder erholt. Kommen wir in eine V-Rezession, kommen wir in eine L-Rezession? Und es gibt noch sehr viele weitere Unbekannte. Es ist auch ganz entscheidend, wie sich die anderen politischen Ebenen verhalten. Wie gehen der Kanton Zürich und wie die Schweiz die Nachwehen dieser Krise an? Wie gehen die anderen Kantone und Gemeinden damit um?

Das alles spielt eine Riesenrolle oder trägt unglaublich dazu bei, wie sich die Finanzen der Stadt Winterthur entwickeln werden und was für Massnahmen auf unserer Seite möglich sein werden. Und deshalb ist es nicht seriös, wenn ich Ihnen da irgendeine Prognose geben würde, die auf wackligen Beinen steht. Und es wäre noch viel weniger seriös, wenn wir aufgrund dieser wackligen Prognosen jetzt Massnahmen beschliessen würden, die entweder nicht reichen oder über das Ziel hinausschiessen oder (im unwahrscheinlichsten Fall) genau passen würden. Aber mit den Massnahmen greife ich etwas vor, jetzt zurück zur 1. Frage. Der Stadtrat sieht aufgrund der aktuellen Pandemie grosse Herausforderungen auf die Stadt zukommen. Sie wird wohl ohne Massnahmen gleichzeitig zu Mehrkosten und Mindereinnahmen führen. Konkrete Szenarien hat der Stadtrat dazu aber noch nicht gerechnet. Dazu ist es aus unserer Sicht deutlich zu früh.

Zur 2. Frage hat der Stadtrat bereits eine fundierte Analyse gemacht. Ganz grundsätzlich bei der Budgetierung stützen wir uns auf die Konjunkturprognose von Experten (BAK Basel, Seco, Konjunkturforschungsstelle ETH und die Experten von diversen Banken). Substanziell können wir da aber im Moment noch nichts dazu sagen. Eine Analyse, wie stark das Steuersubstrat, wie es da genannt wird, einbrechen wird, ist nicht möglich. Das würde nämlich u.a. voraussetzen, dass die einzelnen Unternehmen ebenfalls in der Lage wären, eine Prognose für ihr eigenes Unternehmen zu machen. Und das können sie – wenig überraschend – nicht. Sie schätzen sehr wohl, genau wie wir, ihre internen Mehrkosten. Aber sie sind genau wie wir nicht in der Lage einzuschätzen, wie sich ihre Marktlage verändern wird, wie ihr Kundenverhalten in einem Jahr aussehen wird. Im Finanzplan wird diese Schätzung noch viel schwieriger. Wir können uns weder auf eine Konjunkturprognose von Experten stützen noch haben wir selber Anhaltspunkte, wie sich das entwickeln könnte. Auch die Experten selber geben noch keinen Ausblick darauf, ob es eher zu einer V- oder zu einer L-Rezession führen wird, wie schnell das gehen wird... Also selbst die erwähnten Expertinnen und Experten bleiben da noch vage, und das heisst, auch wir können selbstverständlich noch nicht sagen, wie sich das auf unseren Finanzplan auswirken wird.

Auch da die Frage kurz beantwortet: Nein. Eine fundierte Analyse ist zurzeit noch nicht möglich und entsprechend wird auch noch nicht mit konkreten Szenarien für die Stadt Winterthur gerechnet. Aber wir müssen von einem erheblichen Einbruch ausgehen und wir werden die Schätzungen für das Budget 2021 im üblichen Prozess nach bestem Wissen und Gewissen vornehmen, wie wir das immer machen.

Frage 3: Prognose zu den Sozialkosten. Gleich vorweg: Die Arbeitslosenversicherung und andere Versicherungsleistungen betreffen die Stadt Winterthur nicht direkt. Aber natürlich, die Menschen, die irgendwann aus diesem System herausfallen, sind potenzielle Sozialhilfebezügler. Mit dem Lockdown beobachten wir eine Entwicklung in der Sozialhilfe, die einer Trendumkehr gleichkommt. Während wir vorher über mehrere Monate bis und mit Februar 2020 kontinuierlich einen leichten Rückgang verfolgen konnten, ist seit dem Lockdown wieder ein moderater Anstieg zu verzeichnen. Wie die Entwicklung bis Ende Jahr ist, wissen wir nicht, das ist klar. Das werden wir sicher weiterverfolgen. Die Szenarien, die darüber hinausgehen, die wir kennen, sind allerdings ziemlich düster. Die schweizerische Konferenz für Sozialhilfe hat am 18. Mai ein Analysepapier herausgegeben. Sie gehen davon aus, dass die Zahl der Sozialhilfebezügler stark ansteigen wird. Wie wuchtig diese Welle wird, können auch sie im Moment nicht abschätzen. Im Analysepapier sprechen sie jetzt von 3 Szenarien, aber es sind eben nur Szenarien. Und auch da ist es stark abhängig von der Form, die die Konjunktur annehmen wird in der nächsten Zeit. Also wenn Ihr eine Prognose machen wollt, was die Sozialkosten anbelangt, dann ist das auch (das Wort wurde auch schon benutzt heute) ein Blick in die Kristallkugel. Eine seriöse Prognose ist auch da im Moment nicht möglich. Das SKOS-Analysepapier, das ich vorhin erwähnt habe, schliesst im Fazit folgendermassen: «Um die Entwicklung der Sozialhilfe in den nächsten Monaten möglichst zeitnah erfassen zu können, startet die SKOS ein landesweites Monitoring. Damit können die Veränderungen bei der Anzahl der unterstützten Personen ab Juni 2020 monatlich dokumentiert werden.»

Die sozialen Dienste der Stadt Winterthur machen bei diesem Monitoring mit. Darüber hinaus schauen wir auch selbst routinemässig Fall- und Kostenentwicklung in unserem eigenen Monitoring an und lassen das immer wieder in unsere Budget-Prognose-Modelle einfliessen.

Darüber hinaus hat Stadtrat Nicolas Galladé als Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik darauf hingewiesen (wie ich schon ausgeführt habe), dass es noch unklar ist, wie sich die Situation entwickelt und eine vertiefte Analyse wichtig ist. Und deshalb hat er vorgeschlagen, einen Runden Tisch mit den Sozialversicherungen und weiteren Institutionen des sozialen Versicherungssystems ins Leben zu rufen. Und zudem weist er ebenfalls darauf hin, dass ein angemessener Lastenausgleich jetzt wichtiger ist als je zuvor.

Zur 4. Frage: Welche Finanzmassnahmen werden ergriffen, damit die Finanzlage langfristig im Lot bleiben und die Schuldenbremse eingehalten werden kann? Solange das Ausmass der finanziellen Auswirkungen nicht bekannt ist und allfällige Prognosen auf so wackligen Beinen stehen, ist es wenig sinnvoll und seriös, bereits jetzt weitergehende Massnahmen zu ergreifen. Ich möchte darauf hinweisen, dass ein unüberlegtes Stoppen von Projekten oder anderen Vorhaben mittelfristig zu Mehrkosten führen kann und unsere Standortattraktivität massiv schwächen kann. Und zudem ist es auch so, dass das Gewerbe nicht unbedingt Freude hätte, wenn wir alle bereits gesprochenen Aufträge oder geplanten Aufträge stoppen würden. Das würde auch die Wirtschaft nachhaltig schwächen im Raum Winterthur.

Punkt 5: Ob der Stadtrat bereits mit Prüfungen des gesamten Budgets auf der Ausgabenseite begonnen hat? Der Stadtrat hat bereits vor der Corona-Krise (wir erinnern uns an die Budget-Debatte Ende letztes Jahr) mit der Überprüfung des Finanz- und Aufgabenplans als Grundlage für das Budget 2021 begonnen. Das Ziel dieser Überprüfung ist, die finanzielle Resilienz der Stadt Winterthur zu stärken. In diesem Zusammenhang findet auch eine Leistungsüberprüfung statt. Diese Tätigkeit ist voll im Gang, da sind wir mitten drin, was diesen Prozess angeht. Die Auswirkungen der Corona-Krise werden ganz normal in die Budgetierung einfließen; aktuell können wir aber, wie ich gesagt habe, noch keine zuverlässigen Schätzungen abgeben. Und verfrühte Hiobsbotschaften sind zu vermeiden, weil das auch wieder die Qualität unseres Standorts schädigt.

Frage 6, zum Thema Stellenaufstockungen, die geplant sind. Der Stellenplan wird vom Stadtrat im Rahmen des Budgetprozesses immer hinterfragt und kritisch überprüft. Sind aber bei einem Aufgabenwachstum für die korrekte Leistungserbringung zusätzliche Stellen nötig, werden diese auch weiterhin bewilligt. Ich möchte da nochmals anmerken, dass es wenig sinnvoll ist, jetzt die Verwaltung und den Standort Winterthur mit überhasteten Massnahmen zu schwächen.

Frage 7: Wegen der Krise werden auch die privaten Investitionen abnehmen, bemerken die Interpellantinnen und Interpellanten. Und deshalb fragen sie nach einem Stellenstopp und nach einem Sanierungspaket. Eine Überprüfung von bestimmten Leistungen ist im Rahmen der FAP-Überprüfung vorgesehen, das habe ich vorhin erwähnt. Eine generelle Überprüfung ist nach den vielen Sanierungsprogrammen, die wir hinter uns haben, nicht mehr oder im Moment so nicht zielführend. Ein Sanierungspaket wird dann angegangen, wenn das erforderlich ist. Das wird sich sicher zeigen in der nächsten Zeit. Ein Stellenstopp als solches, als generelle Massnahme, ist für den Stadtrat keine Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt.

Die 8. und letzte Frage, bis wann der Stadtrat dem Parlament eine ausführliche Lagebeurteilung und einen Massnahmenplan vorlegen kann: Das Departement Finanzen wird am Ende der Krise und zum Abschluss der Massnahmen zur finanziellen Unterstützung der Bevölkerung und der Wirtschaft einen Abschlussbericht zuhanden des Gemeinderates erstellen. Das wird aber frühestens Mitte 2021 sein. Im Allgemeinen wird der Stadtrat aber bereits mit dem Budget 2021 darlegen, wie er mit der Situation im nächsten Jahr und dem Finanzplan umgehen möchte. Es wäre wenig sinnvoll und operativ auch gar nicht machbar, den bereits jetzt laufenden Prozess vom Budget 2021 beschleunigen zu wollen.

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Wir sind dran. Es ist uns selbstverständlich bewusst, dass auch Winterthur in finanzielle Herausforderungen hineinlaufen wird, die wir berücksichtigen im Budget- und Aufgabenplanungsprozess; sämtliche Prozesse entsprechend dem jeweiligen Wissensstand, den wir dann haben. Und wir versuchen auch, noch wenig bekannte Veränderungen zu antizipieren. Im Moment sind wir aber noch mittendrin in der Krise und die Unterstützung der Bevölkerung in dieser schwierigen Zeit hat für uns oberste Priorität.

Ratspräsident D. Oswald: Ich danke dem Stadtrat für diese Antwort. Ich mache es jetzt so: Ich glaube, inhaltlich/thematisch sind die zwei dringlichen Interpellationen auseinander. Deshalb schlage ich vor, dass wir die dringliche Interpellation, die der Stadtrat beantwortet hat, jetzt beraten, und nachher zur zweiten gehen.

Zum generellen Vorgehen heute möchte ich sagen, dass wir die beiden dringlichen Interpellationen fertig beraten und weil beim Traktandum 8 nächstes Mal ein Motionär fehlen wird, wir dieses noch behandeln.

Ich gebe somit das Wort zur Diskussion der Interpellation Michael Gross.

M. Gross (SVP): Vielen Dank, Kaspar, für diese Antwort. Es hat ein paar Dinge drin, die Du tatsächlich auch beantworten konntest. Du kannst Dir vorstellen, dass uns das noch nicht wirklich reicht.

Nur die Aussage zu machen, dass heute noch nichts möglich ist, ist wie wenn man vor einem brennenden Haus steht und sagt, man warte jetzt mal, bis es runtergebrannt ist und mache dann einen Schlussbericht. Das bringt so nichts mehr.

Es ist mir klar, das habe ich vorhin auch gesagt, dass Ihr keine genaue Aussage machen könnt. Wir müssen jetzt schon Klarheit haben, was kommt, und Du hast von verschiedenen Szenarien gesprochen. Ein V-Szenario, ein L-Szenario, man spricht auch von einem Nike-Szenario neuestens. Diese Szenarien muss man durchdenken und dann schauen, was für Massnahmen und was für Konsequenzen daraus für die Stadt kommen. Ich glaube, das macht Ihr auch, und ich hoffe, dass das dann auch in der AK noch genauer thematisiert wird. Dann zur Steuersenkung: Es wird immer wieder in den Raum gestellt, dass wir die Steuersenkung von 124 auf 122% gemacht haben. Das war eine temporäre Steuererhöhung von 122 auf 124 und wir haben sie ein Jahr früher zurückgenommen. Wir haben nie eine Steuersenkung gemacht, sondern ein Jahr früher zurückgenommen, als der Stadtrat das versprochen hatte.

Ein bisschen abenteuerlich ist auch, dass wir nicht einen so hohen Steuersatz haben sollen im kantonalen Vergleich. Die 122 sind doch relativ nahe an 130, wenn man Gemeinden sieht, die nicht weit von uns weg sind, die zum Teil sogar unter 80 sind. Das ist dann doch eine grössere Differenz nach unten als gegen oben. Aber Du hast Recht, es gibt sehr viele Gemeinden, die auch bei 122 oder 124 sind. Die Aussage dort soll mehr zeigen: Wir haben nach oben nicht so viel Spielraum. 8% sind ungefähr 20 Millionen. Wenn der Soziallastenausgleich fehlt, dann haben wir die schon wieder vergeben.

Dass wir wenig Steuereinnahmen haben wegen Senkungen, das ist auch so ein Märchen, das herumgeistert. Unsere Steuereinnahmen sind permanent gestiegen mit den Jahren. Das hängt eigentlich zusammen mit der Steuerprogression. Wir haben eine extreme Steuerprogression. Weil die Leute ein bisschen ansteigen mit ihren Löhnen, müssen sie immer mehr abgeben. Und deshalb passt man ab und zu die Steuern wieder ein bisschen an. Aber... ja. Dass man das nicht erwarten konnte, das ist richtig. Aber ein schwarzer Schwan, das wissen wir, kommt immer mal wieder vorbei. Ob es jetzt ein Virus ist oder sonst eine Wirtschaftskrise, ist eigentlich egal. Wir müssen mit dem Rechnen und dafür müssen wir auch ein bisschen etwas auf der Kante haben. Das haben wir schlichtweg versäumt in den letzten Jahren. Das ist kein Vorwurf. Das wäre auch eine Aufgabe des Parlaments, da auch länger hinzuschauen.

Von verschiedenen Seiten habe ich immer wieder gehört, es sei nicht seriös, jetzt eine Planung zu machen. Es ist nicht seriös, jetzt nicht zu schauen, was man machen muss. Es ist klar, dass man zuerst auf die Menschen schauen muss, es ist klar, dass wir nicht auf Null herunterfahren. Aber wenn wir jetzt nicht schauen, was man herausholen kann, dann wird es so kommen, dass wir irgendwann wieder ganz grobe Sparprogramme machen müssen. Und ich möchte einfach davor warnen, denn das macht niemandem Spass. Also ist es vielleicht vernünftiger, jetzt ein paar Massnahmen zu machen, bevor wir dann wieder mit der grossen Kelle reinschlagen müssen – ich muss es so sagen.

Von Christian Griesser ist gekommen, dass man die Situation überschätzt. Christian, Du hast Recht, es ist vielfach so, dass man Situationen überschätzt, aber es ist auch nicht so tragisch. Wenn man in Szenarien denkt, kann man mit dem Schlechtesten rechnen und auf das

Beste hoffen. Von daher ist es nicht so tragisch, wenn es dann besser kommt, als man einmal gerechnet hat.

Roland Kappeler hat auch noch ein paar Aussagen gemacht. Er sagte, es sei nicht seriös, das jetzt so anzuschauen. Nicht seriös, Roland, ist es, wenn man den Kopf in den Sand steckt und einfach wartet, bis alles vorbei ist. Das wird nicht aufgehen, davon bin ich zu 100% überzeugt.

Auch Du, Kaspar. Ich habe Dein 100-Tage-Interview gelesen. Du hast dort den Vergleich zur AXA gezogen. Wenn Du jetzt noch bei der AXA wärst, hättest Du diese Analyse schon lange machen müssen und alle diese Zahlen abgeben. Es ist klar, es sind keine genauen Zahlen – aber man muss mal irgendwo einen Gradmesser haben.

Von daher könnte man das «House of Winterthur» auch einmal bemühen, um eine Umfrage zu machen bei den Geschäften. Man muss ja nicht immer nur das fragen, was fast niemand interessiert. Oder man könnte auch bei der Universität anfragen, die machen auch solche Sachen.

Von daher: Vielen Dank für Deine Ausführungen. Ich hoffe, in der AK werden die Zahlen dann im Detail noch diskutiert und ich freue mich auf die ersten Basiszahlen.

Ratspräsident D. Oswald: Die weitere Reihenfolge der Redner richtet sich nach den Interpellanten, die eingegeben haben, und danach die übrigen Gemeinderatsmitglieder. Als nächstes ist Franziska Kramer-Schwab (EVP) an der Reihe.

F. Kramer (EVP): Danke vielmals für die ausführliche Antwort des Stadtrats. Aus unserer Sicht: Wenn man die Augen nicht verschliesst vor den eintretenden Folgen für ganz viele Stellen dieser Stadt verlangt die weise Voraussicht, dass man rechtzeitig damit beginnt, der ganzen Sache finanzmässig in die Augen zu schauen (was Mut braucht) und Schritte für die Zukunft zu planen, damit nebst der Genesung vom Virus auch die Finanzen der Stadt gesunden können.

Wir beneiden dabei die Finanzverantwortlichen überhaupt nicht um ihre Aufgabe. Wie agiert man in einer Zeit, auf die man sich fast nicht vorbereiten konnte, in der man die Gegenwart in ihrer Tragweite kaum einordnen kann und gar nicht zu reden von der total unklaren Zukunft. Das haben wir gehört. Man hat gewisse Brandherde zwar vorhergesehen, andere zu löschende Feuer entstehen immer noch an unerwarteten Stellen. In den letzten Wochen und bereits Monaten war es eine Kunst, überhaupt weise zu reagieren und zur rechten Zeit am richtigen Ort zu stehen mit dem Feuerlöscher, um beim Bild zu bleiben. Wer da noch agieren konnte, ist wirklich zu bewundern. In dem Sinn: Hut ab vor all der geleisteten Arbeit im Finanzdepartement.

Wie gesagt haben wir aber auch ein paar Fragen. Zum Beispiel würde es uns noch interessieren, wie viel von dem 5 Mio.-Kredit verbraucht ist bzw. bis am 8. Juni voraussichtlich verbraucht sein werden. 900'000 Fr. wurde genannt, wobei es nicht klar ist, ob da die Gastro-Gebühren und die Kita-Erlasse drin sind oder nicht. Wie viele Bezüger der wirtschaftlichen Nothilfe-Massnahmen sind über den Berg und wie viele sind auch nach dem 8. Juni schätzungsweise noch auf Hilfe angewiesen? Die Krise ist nicht ausgestanden, das haben wir gehört. Wie weit reichen die 5 Mio. noch?

Ein paar Sachen sind auch sonst noch herausgestochen. Wir alle wissen, dass die Krise dazu führte, dass die einen fast in Arbeit versunken sind, andere hingegen nicht beschäftigt werden konnten. Es hat uns deshalb sehr gefreut, bei der Stellenfrage, die auch gestellt wurde, dass die Stadt einen Arbeitspool geschaffen hat, um die auf den Kopf gestellte Arbeitsbelastung auszugleichen. Dieses Personalpooling erscheint uns als ein ganz wichtiges Element. Wir finden es aber überhaupt nicht selbstverständlich, dass Angestellte an ganz anderen Orten und auf ganz andere Art angepackt haben und anpacken, als sie nach ihrem Jobprofil und nach Arbeitsvertrag eigentlich müssten. Vielen Dank dafür. Das Personalpooling gilt es unbedingt weiterzuführen, solange der Bedarf besteht, und allenfalls für eine nächste Pandemie erneut so durchzuführen. Da wünschen wir uns Kreativität, wie die anfallenden Aufgaben gelöst werden können, und Man/Woman-Power sinnvoll eingesetzt werden kann. Es ist eine lange Krise mit dem Einfinden in eine neue Normalität, und wir wünschen

uns, dass wir als Bevölkerung der Stadt diese psychisch möglichst gut durchstehen. Und auch deshalb erscheint es uns, nebst den finanziellen Aspekten, wichtig, dass die städtischen Mitarbeitenden sinnstiftend eingesetzt werden können.

Es ist uns als EVP auch noch sehr wichtig zu sagen, dass die allenfalls wieder verschärfte schiefe Finanzlage der Stadt nicht auf den Schultern der sozial Schwachen auskuriert werden darf. Es muss genügend Geld gesprochen werden, um die Schwachen und die, die durch die Krise schwach geworden sind, zu unterstützen.

Haben wir in den letzten Wochen über unsere Grenzen geschaut, so haben wir von viel existenzieller Not gehört. Viel grössere Not, als wir es hier im privilegierten Winterthur erlebt haben. Das lässt uns als EVP-Fraktion nicht kalt. Neben dem privaten Engagement unterstützen wir deshalb mit Engagement die heute eingereichte Interpellation zum Thema Flüchtlinge. Im weltweiten Vergleich geht es uns gut. Wir wünschen uns deshalb, dass wir das, was wir haben, teilen und Schwächere auch finanziell und sozial unterstützen können.

I. Kuster (CVP): Ich kann es kurz machen: Für mich wäre es unseriös, jetzt nicht hinzuschauen, jetzt nicht genau hinzuschauen. Das macht die Privatwirtschaft auch. Ich höre es ähnlich, wie es Michael Gross geschildert hat. Man muss jetzt worst case-Szenario, best case-Szenario machen und schauen, in welche Richtung es geht. Zu lange abwarten erachten wir als falsch. Abwarten, was die anderen machen, ist auch gefährlich. Wenn jeder wartet, bewegt sich niemand. Es geht nicht darum, Projekte zu stoppen, die man gemacht hat, aber es geht darum: Welche Prioritäten haben wir, was ist uns wichtig bei den neuen Projekten? Und auch dort: Was liegt noch drin und was nicht?

Wir freuen uns auf die Hochrechnung und werden dann genauer hinschauen.

Z. Dähler (EDU): Auch aus meiner Sicht ist es richtig, dass jetzt hingeschaut wird und dass die Möglichkeiten und Szenarien durchgedacht werden. Wie man schon gehört hat: Die Wirtschaft macht das schon lange. Auch mein Arbeitgeber hat das gemacht und hat das auch im Team öffentlich kommuniziert, von was für Szenarien er ausgeht. Die Szenarien treffen sicher nicht genau zu. Aber wenn wir die Szenarien nicht kennen, was es heissen könnte, wenn es einermassen läuft oder wenn es schlecht läuft, dann haben wir keine Aussichten, um steuernd eingreifen zu können. Es ist wichtig, dass das gemacht wird.

R. Heuberger (FDP): Uns ist selbstverständlich bewusst, dass der Stadtrat jeweils Hochrechnungen zu den Zahlen in der Laufenden Rechnung vorlegt. Das reicht aber bei weitem nicht. Zudem bekommen diese Zahlen nur die AK-Mitglieder zu Gesicht. Wir aber, in der BBK, bekommen laufend Vorlagen in Millionenhöhe auf den Tisch, und sollten jetzt diese Beiträge sprechen. Die Vorlagen haben immer den Vermerk, die Ausgaben seien im Budget eingestellt. Aber wir alle gehen davon aus, dass wir auf der Einnahmenseite dieses Budget nie einhalten werden können. Und jetzt? Antizyklisch handeln, obwohl die Stadt bereits über alle Massen verschuldet ist? Prioritäten zu setzen, ohne zu wissen, wie die Rahmenbedingungen sind dafür?

Ihr, lieber Stadtrat, verlangt von uns wesentliche Ausgabenentscheide im Blindflug. Das, meine Damen und Herren, ist schlicht und einfach unseriös. Wir als Gemeinderatsmitglieder benötigen dringend Informationen darüber, wie der Stadtrat die aktuelle Finanzsituation konkret einschätzt.

Es ist schon mehrfach gesagt worden: In der Privatwirtschaft arbeitet man mit best und worst case-Szenarien. Und selbstverständlich, Kaspar, haben wir auch nur die Prognosen dieser Experten und trotzdem müssen wir diese Szenarien ausarbeiten. Wir müssen den schlechtesten Fall planen und wir müssen Massnahmen planen, wenn der schlechteste Fall eintritt, damit wir diese Massnahmen sofort umsetzen können, wenn es dann tatsächlich so kommt. Es reicht einfach nicht, nur Zahlen hochzurechnen, sondern wir müssen diese Szenarien konkret entwickeln, um im schlechtesten Fall ein Loch in Millionenhöhe im 2020, aber auch in den Folgejahren, zu verhindern. Wir müssen wissen, wo und wie wir Prioritäten setzen müssen bei den Projekten, die jetzt bei uns auf dem Tisch liegen.

Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion diese Interpellation und wir bitten auch die anderen Fraktionen, das zu machen. Denn wir Gemeinderatsmitglieder tragen eine grosse Verantwortung. Also müssen uns auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um dieser Verantwortung nachzukommen. Und auch der Stadtrat hat eine Riesenverantwortung. Und wenn man jetzt z.B. einfach Stellen besetzt, im Wissen oder in der Annahme darum, dass man massiv weniger Einnahmen hat und diese vielleicht im nächsten Jahr ohnehin nicht so weiterführen kann, dann nimmt auch der Stadtrat seine Verantwortung nicht wahr. Deshalb ist es wichtig, dass wir konkretere Zahlen bekommen. Und die Hochrechnung alleine reicht nicht – wir brauchen wirklich Szenarien.

M. Wäckerlin (PP): Ich schliesse mich dem Vorredner aus der Fraktion an, vielen Dank.

R. Keller (SP): Zu den Fragen in der dringlichen Interpellation zur Finanzlage und der Planung nach Corona habe ich seitens der SP eine ziemlich klare Haltung: Sie sind unnötig, sie kommen zum falschen Zeitpunkt und was damit impliziert wird, ist überhaupt nicht zielführend.

Sie sind unnötig, weil wir gehört haben (Kaspar Bopp danke ich vielmals für seine Antwort), dass der Stadtrat sich durchaus der Lage bewusst ist und durchaus auch weiss, was er machen muss. Er kam nämlich selbst auf die Idee, dass man das Budget 2021 vielleicht nochmals ein bisschen genauer anschauen müsste, und er kam auch selbst auf die Idee, dass man die Hochrechnung nicht per Ende März macht, sondern wie auch von Kaspar erwähnt per Ende Juni.

Sie kommen zum falschen Zeitpunkt (das hat Kaspar Bopp auch schon gesagt), weil es praktisch unmöglich ist, mitten in der Krise auch nur eine einigermaßen verlässliche, aussagekräftige Prognose zu machen zu den sozialen Ausgaben, zum Steuersubstrat oder zu irgendwelchen finanziellen Entwicklungen. Wir sind nicht an einem Punkt, an dem man das seriös machen könnte.

Und der 3. Punkt, das finde ich fast den wichtigsten: Die Fragen, und das, was mit diesen Fragen impliziert wird, sind überhaupt nicht zielführend. Drastische, übereilte und unkoordinierte Sparmassnahmen seitens der Stadt bewirken genau das Gegenteil von dem, was wir eigentlich wollen. Wir wollen nämlich, dass sich die Konjunktur möglichst schnell erholt, wir wollen, dass die Kaufkraft erhalten bleibt, und wir wollen, dass die Stadt weiterhin Ausgaben tätigt. Dass die Winterthurer Bevölkerung in Winterthur weiterhin eine lebenswerte Stadt hat, dass die Infrastruktur weiter unterhalten wird, dass man der Infrastruktur Sorge trägt, dass die sozial Schwachen Unterstützung bekommen und dass es Kultur- und Freizeitmöglichkeiten gibt und dass die Stadt auch weiterhin als verlässlicher Arbeitgeber auftreten kann.

Alle diese Dinge zeigen, dass man mit dieser Interpellation eigentlich versucht, irgendetwas zu vermitteln, das der Stadtrat durchaus schon vorhergesehen hat, und das auch nicht dem entspricht, das aus unserer Sicht eigentlich gemacht werden sollte.

Michi Gross, ich glaube, die AK ist durchaus in der Lage, die Zahlen sehr genau anzuschauen und auch zu hinterfragen. Ihr könnt Euch also darauf verlassen, auch Du, Romana, dass vielleicht Dein Kollege in der AK durchaus in der Lage ist, diese Zahlen zu verstehen.

U. Glättli (GLP): Wir lehnen dieses Ansinnen ab in der vorliegenden Form einer dringlichen Interpellation ab. Wir haben die Dringlichkeit nicht unterstützt. Das hat seine guten Gründe: Erstens soll hier etwas diskutiert werden, was sowieso gemacht wird. Der FAP (Finanz- und Aufgabenplan) muss alljährlich aktualisiert und erstellt werden. Und wann wird der FAP aktualisiert? Jetzt, auf Basis eines aktuellen Rahmenbudgets. Die Details, wie das geht, sind geregelt. Sie können das nachlesen in der städtischen Vollzugsverordnung zur Finanzhaushaltsverordnung. Die Annahmen und Zielsetzungen des Stadtrates für die Budgetierung und die Mehrjahresplanung (also die Aktualisierung des FAP) haben die Entwicklung der Wirtschaftslage ausdrücklich mitzuberücksichtigen. Was wollen Sie dann noch mehr als das? Das ist Ad-hoc-Politik und grenzt an politische Schaumschlägerei. Im Übrigen wäre es ohne Wei-

teres Aufgabe der AK in ihrer Funktion als städtische Rechnungsprüfungskommission, die angeregten Informationen beim DFI zu begehren. Dafür braucht es jetzt diese Diskussion hier so nicht.

Zweitens ist da mit einer dringlichen Interpellation nichts zu gewinnen, im Gegenteil. Die SVP-Fraktion hätte bis Ende März z.B. Zeit gehabt, ein Budgetpostulat einzureichen und ein von ihr wohl gewünschtes Sparpaket anregen können. Sie haben es aber eben nicht getan. Ja, die prognostizierte Finanz-Entwicklung macht bereits ohne Corona grosse Sorgen. Das ist uns sehr wohl bewusst. Mit Corona wird es absehbar noch anspruchsvoller. Der Stadtrat wird anlässlich des Budgetvorlage 2021, also diesen Herbst, bereits zur Finanz- und Aufgabenplanung konkret Stellung nehmen müssen. Die Grünliberalen werden dann wieder prüfen, ob sie beantragen werden, den kommenden FAP negativ zu Kenntnis zu nehmen. Im letzten Dezember scheiterte dieser Antrag leider wegen einer fehlenden Stimme und wir erinnern uns, warum? Ein Mitglied der SVP-Fraktion hat vor der entscheidenden Abstimmung klammheimlich den Saal und inzwischen auch definitiv den Rat verlassen. Das geht einfach nicht auf. Sie würden vielleicht sagen, das sei «Woodoo-economics», nein, mir scheint, das sei «Woodoo-politics»!

Drittens noch zur erwarteten Entwicklung des städtischen Haushalts: Es wäre jetzt unseres Erachtens falsch, die Investitionen zurückzufahren, das könnte sich sehr wohl kontraproduktiv auswirken. Dann noch zur Schuldenbremse: Die Schuldenbremse, zu der wir uns seit Jahren bekennen, wurde wohlüberlegt abgefasst. Sie hat einen Passus über mögliche Ausnahmen bei Naturkatastrophen. Und Corona ist in diesem Sinn eine Naturkatastrophe, schliesslich haben wir nun seit mehr als einem Monat ein Notstandsregime in der ganzen Schweiz. Wir haben es also in der Hand, die Schuldenbremse wegen Corona 1 oder 2 Jahre wohlbegründet auszusetzen. Vielleicht muss das präzisiert werden: Sie haben es in der Hand, mit einem Drittel der Stimmen könnten Sie das dann nämlich verhindern, wenn Sie es dann wider die Ausnahmeregelung wagen werden und die Stadt schon im kommenden Jahr ins nächste Sparprogramm treiben wollen. Es bleibt also spannend hier im Parlament.

- Zuletzt möchte ich noch auf einen anderen Aspekt des Finanz- und Aufgabenplans hinweisen: Im FAP vom letzten Dezember sind bereits ab 2022 rund 17 Millionen Franken eingestellt für einen kommenden Soziallastenausgleich. Die Idee war, diesen für Winterthur enorm finanzpolitisch bedeutsamen Soziallastenausgleich in die Vorlage zur Totalrevision des ZH-Sozialhilfegesetzes einzubauen. Vor wenigen Tagen hat nun aber die Zürcher Regierung diese Übung abgebrochen. Hier stellt sich die viel dringendere Frage: Was gedenkt der Stadtrat in dieser Hinsicht politisch dringlich zu unternehmen?

So, es hat sich erschöpft und ... dabei wurde ich nicht einmal rot!

Ratspräsident D. Oswald: Ich habe keine weiteren Redner mehr zu diesem Geschäft und damit ist die dringliche Interpellation 20.48 erledigt.

Wir kommen zur Beantwortung der dringlichen Interpellation 20.49. Das Wort hat der Stadtrat.

Stadträtin B. Günthard: Ich denke, bei dieser dringlichen Interpellation haben wir genau das gleiche Ziel. Wir wissen, die Kultur- und Gastro-Szene steht vor riesigen Herausforderungen wegen Corona. Die Gastro- und Kultur-Szene haben schon viel Hilfe bekommen von Bund, Kanton und auch von der Stadt Winterthur mit dem zur Verfügung stellen von diesem 5 Mio.-Kredit. Der Stadtrat unterstützt das Vorhaben der Interpellanten, nicht nur die Gastro- und Kulturszene zu unterstützen und möglichst viel zu ermöglichen, sondern eben auch Winterthur als Standort von Kultur und Gastro zu positionieren, so viel wie möglich zu ermöglichen und Winterthur dafür auch bekannt zu machen. Sie kennen meine Aussage zum Brooklyn der Schweiz. Da bin ich davon überzeugt, da haben wir wirklich Stärken in Winterthur.

Und damit zu den konkreten Fragen.

Die 1. Frage war, ob wir bereit wären, unkompliziert mehr Platz im öffentlichen Raum und nach Absprache allenfalls auch im privaten Raum zur Verfügung zu stellen, so dass der Sitz-

platzverlust kompensiert werden könne. Sie haben es mitbekommen: Da hat der Stadtrat letzten Mittwoch beschlossen und letzten Freitag auch öffentlich kommuniziert. Ganz einfach zusammengefasst nochmals: Neue Festwirtschaften können für 1-2 Monate über ein einfaches und unbürokratisches Bewilligungsverfahren eine Bewilligung erhalten. Wer eine solche Bewilligung für länger möchte, muss von Anfang an parallel ein ordentliches Baubewilligungsverfahren einleiten.

Auch flächenmässige Erweiterungen von bestehenden Gartenbeizen bei gleichbleibender Sitzzahl, wo nicht mehr Lärm zu erwarten ist, sind bis auf Weiteres unbürokratisch möglich. Bei beidem gilt: Einfach normale Vorgaben einhalten, Fluchtwege freihalten und Passanten müssen durchkommen und die Nachbarn müssen einigermaßen einverstanden sein und nicht gerade Opposition machen. Das Ganze gilt für die Gesuchszeit, die man da angibt, bis längstens Ende einschlägiger Corona-Vorgaben bzw. bis maximal Ende Sommersaison. Die 2. Frage ist, ob der Stadtrat bereit ist, auf die Tarife für die Nutzung des öffentlichen Raums zu verzichten oder diese Gebühren zu reduzieren. Auch da bekamen Sie einen Teil der Antwort kommuniziert am letzten Freitag. Die Bewilligungen, die unter dem Titel «Festzelt» eingeholt werden, sind kostenfrei. Der Stadtrat hat, auch das wissen Sie, einen sofortigen Rechnungsstopp für die Nutzung der Aussenflächen beschlossen. Den Umgang nach Corona und den langfristigen Umgang mit dem potenziellen Einnahmenverzicht wird der Stadtrat demnächst beschliessen.

Die nächste Frage war, ob kurzfristige Zwischennutzungen, insbesondere von leerstehenden Ladenflächen, unbürokratisch bewilligt werden könnten bzw. ob in Zusammenarbeit mit den Liegenschaftsbesitzern darauf hingewirkt werden könnte. Und man macht uns darauf aufmerksam, dass das ein Legislaturziel ist des Stadtrates. Da kann man sagen, bei den städtischen Liegenschaften ist der Stadtrat offen. Das sieht man z.B. bei der Zwischennutzung vom alten Stadtwerk an der Vogelsangstrasse. Da sind wir dran. Bei privaten Liegenschaften ist klar, dass das dann eine Sache ist zwischen den EigentümerInnen und den Interessenten ist. Um da vermitteln zu können, gibt es ja den privaten Verein «Inzwischen», der solche Zwischennutzungen vermittelt. Und die Stadt arbeitet intensiv mit ihnen zusammen. Übrigens auch ausserhalb von Corona, das läuft schon.

Die 4. Frage ist, ob man allenfalls längere Öffnungszeiten gewähren könnte und im Einzelfall auch Abweichungen von den geltenden Nachtruhevorschriften prüfen könnte. Auch da erinnert sich vielleicht der eine oder andere daran, dass der Stadtrat ein Pilotprojekt gestartet hat, um längere Öffnungszeiten von Gartenbeizen an geeigneten Lagen prüfen zu können, ob das funktioniert. Dieser Pilot wurde abgeschlossen, er ist ausgewertet, und der Stadtrat hat den längerfristigen Umgang damit auch schon bereits beschlossen. Wir haben das aber noch nicht kommuniziert, weil aktuell gemäss der einschlägigen Corona-Verordnungen die ordentliche Schliessstunde um 12 Uhr nachts, also um Mitternacht, eingehalten werden muss. Das ist übergeordnetes Recht. Wir werden unseren Entscheid kommunizieren, sobald sich die Lage normalisiert hat, und man den entsprechenden Entscheid des Stadtrats dann auch umsetzen kann. Aber ich kann hier schon verraten: Es geht in die Richtung, die die Interpellanten wünschen.

Die 5. Frage ist, ob auch kleinere kulturelle Events, Strassenmusik-Anlässe oder Aktionen draussen unbürokratisch und allenfalls kostenlos auch abseits der regulären Zeiten und Plätze bewilligt werden könnten, solange sie im Rahmen der Corona-Schutzmassnahmen bleiben. Da sieht der Stadtrat aktuell weniger Handlungsbedarf. Man kann den öffentlichen Raum heute schon unkompliziert nutzen, man kann online schauen, welche Plätze schon gebucht sind und welche noch frei sind. Man kann sich dort einloggen und sich anmelden – also da läuft eigentlich heute (auch ohne Corona) schon sehr viel, sehr gut und sehr unkompliziert. Wenn man da allzu aktiv noch mehr Plätze bespielen würde, hat der Stadtrat die Befürchtung, dass dann doch langsam eine Gegenbewegung aus der Anwohnerschaft (v.a. in der Altstadt) entstehen würde.

Dann ist noch die 6. und letzte Frage: Könnte man zentrale öffentliche Plätze wie z.B. Stadtpark mit dem Schulhaus, die Steinberggasse, Kesselhausplatz oder weitere entsprechende Plätze in den Quartieren mit Kultur- und Gastro-Angebot ermöglichen? Analog einem Postulat, das da eingereicht wurde. Auch da haben wir am Mittwoch beschlossen und am Freitag

kommuniziert, was möglich ist. Man könnte sicher einiges unter dem Titel «Festwirtschaften» subsummieren. Und auch sonst hat der Stadtrat da grundsätzlich eine offene Haltung. Man muss sicher die Eigentumsverhältnisse anschauen (ich denke jetzt an den Manor-Platz, der nicht nur der Stadt gehört, sondern auch Privaten). Dann muss man schauen, wer zuständig ist (z.B. beim Stadtpark das Departement Technische Betriebe, bei dem man auch eine offene Haltung signalisiert hat). Also da sind wir sicher offen, aber man müsste jeden einzelnen Fall dann genau anschauen.

Im Schlusssatz der Interpellation steht: «Winterthur ist eine kreative, eine dynamische und eine lokalpatriotische Stadt – leben wir das, speziell in diesen herausforderungsreichen Corona-Zeiten!» Das kann der Stadtrat voll unterstützen. Wir sind dran und machen möglich, was wir können.

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zur Beratung im Plenum. Das Wort hat Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Ich erlaube mir, kurz eine Vorbemerkung zu machen, und zwar zur Entstehungsgeschichte dieser IP. Es war so, dass Vertreter aus verschiedenen politischen Lagern gleichzeitig ähnliche Ideen hatten. Das Gute ist: Es zeigt, dass man in den Zeiten von Corona zusammenarbeiten kann; dass wir nicht mit verschiedenen Vorstössen mit gleicher Stossrichtung losgingen, sondern dass es ein gemeinsames Projekt wurde, bei dem sehr viele sehr aktiv mitgewirkt haben. Besonderen Dank an Dominik, Pia und Thomas für diese Zusammenarbeit.

Jetzt zum Inhalt und zu den Antworten des Stadtrates. Ich danke dem Stadtrat und freue mich, dass wir da zumindest in weiten Teilen offene Türen einrennen. Insgesamt glaube und hoffe ich aber, dass man insgesamt noch mehr machen kann, einfach noch etwas mehr möglich ist als das, was wir jetzt gehört haben. Auch die Ausgangslage wird sich ja fortlaufend verändern.

Ich möchte mir deshalb erlauben, einige Kernbotschaften der IP nochmals zu wiederholen, um was es mir oder uns wirklich geht: Dass die Gastro- und Kulturszene besonders getroffen wurde, muss man nicht weiter erläutern. Jede Krise hat aber auch Chancen. Winterthur hat ein sensationelles Kultur- und Gastro-Angebot. Und umgekehrt haben wir in der Winterthurer Bevölkerung nach meinem Empfinden ein sehr grosses Bedürfnis danach, mal wieder die Seele baumeln lassen zu können, und nach Geselligkeit. Ich kann ein Beispiel erwähnen: Bei mir in der Nachbarschaft hat man sich jetzt alle drei Tage getroffen, draussen, um 19 Uhr, um einfach zu Musik ein bisschen zu tanzen – mit 2 Metern Abstand. Das ist spontan entstanden, zeigt aber das Bedürfnis der Bevölkerung, mal wieder halbwegs zur Normalität zurückzukommen - obwohl das alles andere als normal gewesen wäre in normalen Zeiten.

Es geht aber nicht nur um die Winterthurer Bevölkerung, es geht auch um den Binnentourismus, der im Sommer zu erwarten ist. Die Schweizer sind fast verdammt dazu, Ferien in der Schweiz zu machen, und halt die Schweiz wieder zu entdecken. Es ist deshalb auch eine Chance für Winterthur, sich in diesem Sommer sehr sympathisch zu präsentieren und das Image noch zu verbessern.

Kurzum: Wir haben eine theoretisch grosse Nachfrage, für die wir zu wenig Abnehmer haben. Und wir haben deshalb zu wenig Abnehmer, weil Corona es erschwert. Wir müssen deshalb kreativ werden, um Angebot und Nachfrage irgendwie zusammenführen zu können. Und deshalb müssen wir pragmatisch sein, unkompliziert und kreativ. Eine mögliche Stossrichtung ist klar: Man kann ausweichen ins Freie. Aber es sind auch andere Ideen im Text angesprochen und die Kreativität endet nicht. In dem Sinn ist der Stadtrat da aufgerufen, noch weiter zu denken. Wir sind offen und sehr froh, dass er bereits einige Punkte mitgenommen hat. In diesem Sinne verstehe ich auch diese IP: Es ist einfach ein deutliches Zeichen aus dem Gemeinderat, dass Ihr Rückendeckung habt bei der Kreativität. Wir hoffen, dass Ihr diese Chancen proaktiv nutzt, zusammen mit uns und in eigener Entscheidung, denn wir wollen und können operativ nicht noch mehr reinreden. Der Ball ist quasi bei Euch und wir würden uns freuen, wenn etwas entsteht.

Die 3. und letzte Kernbotschaft ist: Es ist die konkrete Umsetzung und nicht die Grundsatzentscheidung, die das *pièce de résistance* sein wird. Damit etwas entstehen kann, müssen die Zeichen des Stadtrates an alle betroffenen Organisationen klar sein, und zwar in zwei Richtungen: Es muss ein Zeichen sein, dass man eine Belegung will. Damit gilt im Grundsatz auch, dass alle Gesuche zu bewilligen sind, wo es keine triftigen Gründe dagegen gibt. Und es muss von Anfang an klar sein, was die Voraussetzungen sind und die Einschränkungen müssen auch von Anfang an klar kommuniziert werden. Das Schlimmste wäre, wenn jemand mit viel Herzblut etwas organisiert und dann an etwas scheitert, was man ihm schon früh hätte sagen können.

In dem Sinn bin ich mit vielen Antworten einverstanden. Ich glaube, gerade im Bereich Kultur könnte man noch etwas weiterdenken und noch mehr machen, v.a. auch mehr kommunizieren, was möglich und was nicht möglich ist. Ich glaube, ohne dass der Stadtrat klare Signale aussendet, wird nicht so viel entstehen, wie möglich ist – selbstverständlich immer unter Einhaltung aller Vorschriften vom BAG.

In dem Sinn herzlichen Dank für die offenen Türen und die breite Unterstützung – und ich hoffe: Bahn frei für ein kreatives Sommer-Gastro- und Kultur-Märchen in Winterthur!

Th. Wolf (SVP): Wir haben es gehört: Gastronomie und Kultur-Anlässe für Winterthur. Wir – ich sage jetzt «wir», ich bin ja auch Wirt - freuen uns über jeden Gast, der uns im Moment unterstützt. Die Gäste sind aber noch zurückhaltend und vorsichtig. Lieber draussen als zwischen Plexiglas in der Beiz. Deshalb finden wir es wichtig, dass man bei schönem Wetter mindestens die bisherige Anzahl Sitzplätze bespielen kann. Diese Forderung von Gastro Winterthur ist letzten Freitag vom Stadtrat beschlossen worden. Wir bedanken uns beim Stadtrat und v.a. bei Barbara Günthard-Maier für diesen Bescheid. Und wie wir vorhin gehört haben auch für die Entscheide, die uns in Aussicht gestellt wurden.

Mein Betrieb ist auf Privatgrund. Wir haben beim Tische platzieren schnell gemerkt: 2 Meter Abstand sind sehr viel. Und wir haben auch den linken Kollegen eine Freude gemacht: Wir haben 3 Parkplätze weggenommen und dort Tische platziert, temporär. Aber dieser Vorstoss hier geht ja noch weiter. Er fordert eben die Zwischennutzung von leerstehenden Flächen sowie zusätzliche Möglichkeiten für Gastrobewirtschaftung und Kultur an unbenutzten Orten. Das ist mal eine gute Idee. Auch die Forderung nach Gebührenreduktion oder -erlass, auch für die Zeit, in der man die Flächen noch gar nicht benutzen konnte, ist wirklich wünschenswert. Und die Vernetzung mit Kulturanlässen ist ja wirklich eine gute Idee.

Winterthur soll sich wirklich diesen Sommer gut präsentieren für diejenigen, die da sind. Für die, die hier bleiben müssen und nicht fortkönnen – und für die, die gerne kommen. Deshalb bitte ich Euch, diese Interpellation wirklich zu unterstützen. Und ich freue mich auch über die offenen Türen und die breite Unterstützung.

D. Siegmann (SP): Urs Hofer hat es erwähnt: Von bürgerlicher wie auch von unserer Seite sind gleichzeitig Überlegungen ausgegangen, wie die Auswirkungen der Corona-Krise auf unsere Stadt aufgefangen werden können und vielleicht auch als Chance genutzt werden können.

Einigkeit war uns wichtig, und da möchte ich meine Kollegin Pia Schoch nicht unerwähnt lassen. Umso erfreulicher, dass fast alle Fraktionen da mitunterzeichnen konnten – und umso bedauerlicher, dass die Fraktion Grüne/AL den Fuss einmal mehr nicht von der Spassbremse brachte.

Diese dringliche Interpellation kann auch den schwer getroffenen Kulturveranstaltern in der Stadt helfen, auf deren Vielfalt wir zu Recht so stolz sind, und bei denen eine Rückkehr zum *courant* normal noch immer schwer vorstellbar bleibt. Denken Sie an die Kurzfilmtage, an die Jungkunst, das Musikkollegium oder ans Casino Theater. Für alle diese könnten ein solch gelockerter Bewilligungsrahmen und neue Plätze enorme Möglichkeiten darstellen.

Nicht unerwähnt lassen wollen wir auch den Umstand, dass die Corona-Massnahmen ja genau empfehlen, sich draussen zu treffen und sich draussen aufzuhalten. Und machen wir uns nichts vor: Wie sich an den letzten Abenden und Tagen in der Steinberggasse, der Töss entlang oder im Stadtpark gezeigt hat, nehmen sich die Menschen diesen Raum. Und das zu

Recht, es ist ja der öffentliche Raum. Aber wenn wir diesen Raum bespielen und bewirten lassen, ist auch die Verantwortung an diesen Orten geklärt. Und ich glaube, das ist in jedermanns Sinn.

Speziell für die einzelnen Quartiere und Stadtteile kann dieser Vorstoss eine grosse Chance sein. Stellen Sie sich vor: Die Jungkunst macht z.B. eine Vernissage auf dem Delphinplatz oder die Kurzfilmtage zeigen einen Film im Eulachpark oder die Petanque-Spieler auf dem Schulhausplatz können gleich daneben hinsitzen und sich einen Pastis servieren lassen. Das sind Chancen, die nichts kosten, aber unzählige Möglichkeiten für unsere Gastro- und Kulturszene bieten. Lassen Sie das nicht an unserer bürokratischen Bewilligungspraxis scheitern. Die hoffnungsvollen Signale unserer Departementsvorsteherin freuen mich da sehr.

Ein Wort möchte ich aber noch zu den erwähnten Zwischennutzungen verlieren. Wir haben uns auch vertieft mit diesem Thema auseinandergesetzt und mussten feststellen: Die Stadt hat da eigentlich gar keine Hebel, um da wirklich wirkungsvoll zu werden, auch wenn das eines ihrer Legislaturziele ist. Eine weitere Initiative von uns ist da zu erwarten.

Abschliessend möchte ich aber schon nochmals betonen, auch im Sinne aller Initianten: Es geht uns keinesfalls darum, die Altstadt in eine Festhütte zu verwandeln oder gar die Nachtruhe aufzuheben, wie da erste Befürchtungen laut werden. Wir sind einfach davon überzeugt, dass wir mit diesem Vorstoss nicht nur der Gastro- und Kulturszene eine Chance bieten (den Vorstoss haben wir eng mit ihnen abgesprochen), sondern auch für die ganze Stadt, ihre Quartiere, ihre Bewohnenden und für alle ihre Besuchenden. Aussergewöhnliche Zeiten erfordern aussergewöhnliche Massnahmen – packen wir diese Chance!

A. Zuraikat (CVP/EDU): Es wurde schon vieles gesagt, ich möchte mich eigentlich kurz halten. Wir begrüssen es sehr, dass der Stadtrat gewillt ist, ein unbürokratisches Bewilligungsverfahren einzuführen und auch bezüglich Sitzplatzierungen Flexibilität zu zeigen und auch da Erweiterungen zu ermöglichen. Ich bin v.a. gespannt darauf, was da seitens Flexibilisierung der Öffnungszeiten dann noch gemacht bzw. kommuniziert wird seitens Stadtrat. Bezüglich dem Punkt der kostenlosen kulturellen Events ist da bisher jetzt nichts erwähnt worden seitens Stadtrat, ob diese Bewilligungen allenfalls kostenlos werden. Das wäre noch interessant zu wissen, damit da in der Kommunikation noch Klarheit verschafft werden kann. Ich schliesse mich dem Votum von Urs Hofer an, dass da etwas klarer kommuniziert wird, was da für Möglichkeiten bestehen bezüglich kultureller Events in unserem Stadtgebiet.

S. Kocher (GLP): Besten Dank, Barbara, für die Antworten auf die Fragen und die grundsätzliche Unterstützung dieser Interpellation mit den bereits getroffenen Massnahmen. Die aktuelle Situation rund um diese Pandemie und den Lockdown hat die Unternehmen, Selbständige und Angestellte hart getroffen. Von einem Tag auf den anderen ist zum Teil die gesamte Lebensgrundlage verschwunden.

Die Gastro- und Kulturbranche ist nicht die einzige Branche, die von diesen besonderen Umständen betroffen ist. Sie gilt aber sicher als eine, die besonders stark unter dem Lockdown und seinen Auswirkungen gelitten hat. Ob Konzertsaal oder Kleinkunst, ob Grossgastronomie, Grossveranstaltung oder Quartierbeiz: Unbestritten hat wohl alle die Corona-Krise sehr hart getroffen. Die Einnahmen sind weg, die laufenden Kosten sind geblieben.

Wie bekannt, haben der Bund und auch die Stadt Winterthur schnell reagiert und relativ unkompliziert finanzielle Nothilfe zur Verfügung gestellt. Aber mit dem alleine ist es leider nicht erledigt. Sehr viel Aufgebautes, Vorbereitetes oder Geplantes ist weg und kann nicht durchgeführt werden. Leider ist es so: Entgangene Einnahmen können nicht einfach so wieder auf- oder nachgeholt werden. Dazu braucht es kreative, unkomplizierte Lösungen.

Die Winterthurer Gastro- und Kulturszene hat gezeigt, dass sie durchaus kreativ und lösungsorientiert sein kann. Aber wie gesagt: Verpasste Einnahmen können nicht wieder nachgeholt werden. Deshalb wünschen wir vom Stadtrat neben den bereits initialisierten Massnahmen die in dieser dringlichen Interpellation aufgezeigten Möglichkeiten weiter zu prüfen und schnellst- und/oder bestmöglichst umzusetzen, damit unsere lokale Gastro- und Kulturszene diese Chance erhält, damit der Schaden nicht grösser wird oder wenn möglich ein Teil des entstandenen Schadens wieder aufgeholt werden kann.

Leider zeigen die neuesten Anzeichen, dass es selbst mit den beschlossenen aktuellen Lockerungsmassnahmen weiterhin äusserst schwierig ist, in Richtung Normalität zurückzukommen. Einzelne Betriebe schliessen bereits wieder oder haben gar nicht erst geöffnet. Es ist klar, dass es Tausende von behördlichen Auflagen gibt, die einen so wie in der Interpellation skizzierten pragmatischen Ansatz verkomplizieren und dadurch verzögern. Aber genauso, wie man am Anfang der Krise sämtliche Handlungen über ein Notrecht legitimiert und beschleunigt hat, bin ich davon überzeugt, dass mit dem notwendigen politischen Willen auch für diese aussergewöhnliche Situation vom Relaunch von allen Aktivitäten die richtigen Lösungen gefunden werden können und keine weitere Zeit verloren geht.

Wir sind uns bewusst und haben es auch von Barbara gehört, dass es rund um die betroffenen Gastro- und Kulturbetriebe auch andere Anspruchsgruppen gibt, die mit all diesen festgeschriebenen Gesetzen und Vorschriften geschützt werden müssen. Aber wir sind eben auch davon überzeugt, dass die Solidarität untereinander am Ende grösser sein wird und sich Lösungen finden lassen. Entsprechend hoffen wir vom Stadtrat weiterhin auf offene Ohren für gute Ideen und Massnahmen, schnelle Beine bei der Genehmigung und helfende Hände bei der Umsetzung unserer Anliegen zur Unterstützung und somit Erhaltung der Winterthurer Kultur- und Gastroszene.

M. Bänninger (EVP): Wir danken dem Stadtrat für die Antwort und von daher nehmen wir sie positiv zur Kenntnis.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir haben ja bereits mitgeteilt, dass wir kritisch eingestellt sind gegenüber dieser Interpellation. Und das aus folgendem Grund (ich habe es schon vorhin gesagt): Es ist zurzeit wirklich nicht die Absicht, dass im Jahr 2020 gleich viele öffentliche Veranstaltungen stattfinden, wie das in einem normalen Jahr ist. Priorität hat die Bekämpfung des Corona-Virus. Und es ist auch nicht die Idee, dass wir jetzt das, was wir in den letzten 7 Wochen verpasst haben, im Schnellzugtempo nachholen. Das ist einfach nicht möglich. Wir dürfen nicht leichtfertig verspielen, was wir im Lockdown mühsam erarbeitet haben, nämlich die guten Corona-Zahlen, die zurzeit da sind.

Und keine Angst für diejenigen, die gerne in den Ausgang gehen: Ich habe das Gefühl, es wird trotzdem genügend stattfinden in diesem Jahr, man muss sich vielleicht einfach ein bisschen anpassen.

Ratspräsident D. Oswald: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die dringliche Anfrage 20.49 erledigt.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2020.24: Begründung der Motion T. Brütsch (SVP), U. Hofer (FDP), U. Glättli (GLP), F. Kramer-Schwob (EVP) und I. Kuster (CVP) betr. Transparenz für Einmalzulagen

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zum Traktandum 8, Begründung der Motion 20.24, Transparenz für Einmalzulagen. Das Wort hat der Erstmotionär Tobias Brütsch.

T. Brütsch (SVP): Die Motion versteht sich als Teil einer Reihe von Vorstössen in den letzten 1-2 Jahren, die zum Ziel hatten, die Transparenz und die Lesbarkeit bei der Budgetierung und Rechnungslegung der Stadtfinanzen zu verbessern. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang das Postulat zur Verbesserung der Darstellung bei Budget und Jahresrechnung oder die Parlamentarische Initiative, die ja auch eine Premiere war, «Begründung und amtliche Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben».

Mit anderen Worten: Es soll jetzt ein weiteres Schlagloch ausgebessert werden auf dem Weg zu einer möglichst transparenten Rechnungslegung und einer möglichst transparenten Verwaltung.

Wenn sich der Stadtpräsident in der Presse so geäussert hat, dass man aus den Einmalzulagen nie ein Geheimnis gemacht habe, dann interpretiere ich das als grundsätzliche Zustimmung zu dieser Motion. Inhaltlich stimmt aber seine Aussage für mich nur bedingt. Dass man Einmalzulagen entrichtet, ist zwar vom Grundsatz her schon bekannt – viel mehr aber im Grunde nicht. In der Jahresrechnung 2019, wo Buch A, B und C zusammengefasst rund 750 Seiten schwer waren, werden Einmalzulagen kein einziges Mal explizit erwähnt. Und auch in den Rechnungen der Vorjahre sieht es diesbezüglich nicht anders aus.

Dass im Bericht zum Personalcontrolling 2018 die Einmalzulagen erstmals ausgewiesen wurden, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht genug. Ziel muss es sein, solche Zahlen in der Rechnungslegung verbindlich zu deklarieren, so wie es die Motion vorsieht. Erschwerend kommt hinzu, dass wir im Vergleich zu anderen (z.B. dem Kantonsrat) über die Einmalzulagen nicht direkt entscheiden können. Der Stadtrat kann sich diese in Eigenkompetenz aus dem Budget der jeweiligen Produktgruppe oder aus der Reserve sprechen. Das ist für mich im Übrigen ein weiterer Grund, weshalb der Stadtrat diese Zahlen eindeutig in der Rechnung ausweisen soll. Das gilt insbesondere auch darum, weil der Stadtrat mit den möglichen Einmalzulagen von bis zu 10'000 Fr. pro Mitarbeiter und Jahr im Vergleich zu anderen Verwaltungen und der Privatwirtschaft eine sehr grosszügige Regelung kennt.

Zusammengefasst: Unser Vorschlag sorgt für Klarheit. Es kostet wenig bis gar nichts und führt last but not least hoffentlich zu einem sachlichen Umgang mit der alljährlichen Diskussion vom städtischen Personal, weil so nämlich alle Zahlen auf dem Tisch liegen. Im Sinne der Transparenz, die eigentlich allen hier drinnen ein Anliegen sein sollte, bitte ich Sie um Zustimmung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident D. Oswald: Es liegt ein Ablehnungsantrag der SP vor, ich übergebe das Wort zum Ablehnungsantrag.

D. Siegmann (SP): Das übernehme ich, nicht dass der Eindruck entsteht, wir hätten ein zu grosses Harmoniebedürfnis auf alle Seiten.

In diesem Fall erachten wir diesen Vorstoss als Übergriff in die grundsätzliche operative Hoheit des Personals, was auch ein Verstoss gegen die WOV-Grundsätze ist. Der Spielraum für Personalmassnahmen ist in den letzten Jahren mehr und mehr eingeschränkt worden. Dabei waren es ja auch die Bürgerlichen, die das sogenannte Giesskannen-Prinzip angeprangert haben. Diese Einmalzulage ist etwa das Gegenteil davon.

Die ausserordentlichen Leistungen muss die Stadt honorieren können. Das betrifft keinesfalls nur Kaderangestellte, wie diese Motion suggeriert. Einmalzulagen sollte man nicht zu stark mit Lohnmassnahmen vergleichen, weil diese, wie es der Name ja sagt, nur einmalig ausgerichtet werden. In der Stadt Winterthur haben in den letzten Jahren nur ca. 10% der Mitarbeitenden eine entsprechende Zulage erhalten - und die ist mit durchschnittlich 1'000 Fr. auch weit weg vom Maximalbetrag von 10'000 Fr., der da so prominent aufgeführt wird.

Gerade in Zeiten mit knappen Ressourcen und kleinen Lohnmassnahmen sind Einmalzulagen ein wichtiges Mittel, um Mitarbeitende zu honorieren. Da diese nur einmalig anfallen, haben sie finanziell in den Folgejahren keine Auswirkungen. Eine Beschneidung dieser Möglichkeit wird den Druck auf effektive Lohnmassnahmen weiter steigern, oder die Stadt riskiert, ihre Leistungsträgerinnen oder Leistungsträger zu verlieren.

Diese Zahlen sind grundsätzlich im städtischen Controlling bereits ausgewiesen. Es fehlt eine Begründung, welchen Mehrwert eine departementsspezifische Rapportierung mit sich bringen soll. Für die Debatte über den städtischen Lohn ist grundsätzlich einfach die Gesamtsumme relevant.

U. Hofer (FDP): Ich wollte eigentlich sagen, ich kann mit weitgehendst Tobias Brütsch anschliessen, aber jetzt kam kurzfristig ein bisschen Verwirrung auf, wenn ich höre «Übergriff in Kompetenzen» und das Instrument an sich gerechtfertigt wird.

Also einfach nochmals: Wir wollen nur Transparenz, und Transparenz auch nicht einzeln aufgeschlüsselt, sondern nur nach Departement. Es gibt also keine Rückschlüsse auf einzelne Personen. Es geht nicht um die Privatsphäre, sondern es geht um Transparenz, das fordert man überall, das ist gesetzlich erwünscht. Es gilt das Öffentlichkeitsprinzip. Ich sehe den Widerstand nicht so ganz gegen diese Forderung.

U. Glättli (GLP): Diese Motion mach Sinn. Wir diskutieren jedes Jahr anlässlich des Budgets über die Lohnmassnahmen und wissen jeweils nicht, ob und wie viel Einmalzulagen ausgeschüttet wurden und ausgeschüttet werden sollen. Für die politische Abwägung der Lohnmassnahmen wären aber diese Informationen durchaus von Belang. Daher soll hier Transparenz geschaffen werden. Das geht ganz einfach mit einer Anpassung der städtischen Finanzhaushaltsverordnung. Wir freuen uns auf eine zielführende Vorlage des Stadtrates, die dann in der AK vorberaten und hier im Rat im Sinn der Motion verabschiedet werden kann. Als Mitmotionär und im Namen der grünliberalen Fraktion beantragen wir Zustimmung zur Überweisung der Motion und danken Tobias Brütsch für die einleitende und vertieft vorgenommene Begründung der Motion.

F. Kramer (EVP): Jedes Jahr wird im Rahmen des Budgets hitzig diskutiert, wie hoch die Lohnerhöhungen für das städtische Personal ausfallen sollen. Und das ist mit Recht eine wichtige Frage. Deshalb finden wir, dass es bei der Lohndiskussion im Gemeinderat möglichst wenige Unbekannte geben sollte. Bei den Einmalzulagen in der Privatwirtschaft würde man von Bonus sprechen. Da hat der Gemeinderat nicht mitzureden und das ist richtig so. Speziell dann, wenn diese Einmalzulage aus der WOV-Reserve gezahlt wird. Natürlich spielen aus Sicht des Mitarbeiters Lohnerhöhung und Einmalzulage aber stark zusammen. Es sind die beiden Seiten einer Medaille, nämlich die finanzielle Anerkennung für den Job, den er macht. Wir von der EVP finden deshalb, dass man nicht über die Lohnmassnahmen entscheiden sollte, ohne zu wissen, welcher Betrag für die Einmalzulagen gezahlt werden konnte. Wir unterstützen deshalb diese Motion.

I. Kuster (CVP/EDU): Ergänzend zu meiner Vorrednerin vielleicht noch: Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, es sollte diesen Vorstoss gar nicht brauchen. Und zur Good Governance, zu der sich Winterthur ja auch bekennt, gehört Transparenz. Darüber sollte man gar nicht diskutieren müssen, dass pro Departement im Total offengelegt wird, wie viel Einmalzulagen bezahlt werden. Die CVP/EDU ist schon lange für Transparenz und deshalb unterstützen wir diesen Vorstoss auch.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Transparenz ist ein grosses Wort. Die Konsequenz einer allfälligen Ausplanung dieses Schlaglochs, wie es Tobias Brütsch gesagt hat, ist doch klar: Wir nehmen dem Stadtrat die letzte Möglichkeit, etwas für besondere Verdienste zu vergeben. Die Motionäre sind meiner Ansicht nach aber nicht ganz so transparent mit ihren Absichten. Wir vermuten, dass es früher oder später zu einer Streichung dieser Einmalzulagen führen wird. Und deshalb unterstützen wir den Ablehnungsantrag der SP.

T. Brütsch (SVP): Nur ganz kurz eine Replik auf das Votum von Dominik. Ich bin skeptisch, ob wir den Pendenzenberg in nächster Zeit abbauen werden, wenn wir solche Diskussionen um des Kaisers Bart führen. Ihr könnte diese Motion gerne nochmals lesen, es ist kein Wort drin erwähnt oder beantragt, dass man diese Einmalzulagen kürzt oder streicht. Urs Hofer hat es richtig gesagt, er hat das Öffentlichkeitsprinzip erwähnt, wie die anderen Votanten auch. Es geht um das und um nichts anderes bei dieser Motion.

R. Kappeler (SP): Ganz kurz, Tobias: Ja, ich nehme dankbar zur Kenntnis, dass der Text für sich alleine tatsächlich nur Transparenz will. Aber zwei Voten haben es gezeigt: Urs Glättli

und Franziska sagten, es sei immer eine wichtige Frage in der Budgetdebatte, es gehe um Lohnmassnahmen.

Nein, es geht eben gerade nicht um Lohnmassnahmen. Einmalzulagen sind keine Lohnmassnahme. Lohn ist Entschädigung für regelmässig wiederkehrende Arbeit und wird nicht abgegolten mit etwas Einmaligem. Einmalzulagen sind wirklich für spezielle Anlässe. Von daher könnte man sagen: Ja, klar, also machen wir das trotzdem transparent.

Und jetzt aber, Urs Hofer oder Tobias: Wo ist die Verhältnismässigkeit? Schaut die Erfolgsrechnung an. Wir haben einen Riesenposten Personalaufwand jeweils pro Departement, da gebe ich Euch recht. Wir haben aber auch einen riesigen Posten Sach- und Betriebsaufwand. Dort haben wir viel grössere Pakete drin als die kleinen Einmalzulagen, die man auseinandernehmen müsste. Wir können das auch. Wenn wir nämlich mit unseren Produktverantwortlichen zusammensitzen, können wir weitere Details einsehen und verlangen - und das reicht doch. Ihr setzt Euch in Widerspruch zu anderen Vorstössen, die Ihr eingereicht und sogar genannt habt heute, in denen Ihr die Zusammenfassung von Zahlen wolltet, wo Ihr mehr Grafiken und dafür weniger Zahlendetails wolltet. Und jetzt soll plötzlich dieses kleinste Detail wieder als Zahl dastehen. Das ist wirklich nicht konsequent.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist in der Tat so, wie es jetzt auch im Schlussvotum gehalten wurde. Einmalzulagen sind keine Lohnmassnahmen, sondern sie sind für uns ein Führungsinstrument, um spezielle Leistungen abgeltet zu können, um Danke sagen zu können für spezielle Leistungen. Und 90% unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten auf das Jahr gesehen keine Einmalzulagen. Es ist ein wichtiges Instrument, das wir haben, auch um Anreize zu schaffen.

Und was die Transparenz betrifft, das muss ich sagen, dazu müsste man eigentlich diese Motion nicht überweisen. Wir haben mit dem letzten Personalcontrollingbericht diese Zahl offengelegt und deshalb verstehe ich eigentlich nicht, dass man jetzt noch mit einer Motion nachdoppeln musste.

Den Wunsch nach Transparenz, den verstehe ich. Den haben wir auch in anderen Diskussionen, das ist auch von unserer Seite her ein Wunsch. Aber ich meine, wir haben eigentlich mit der neuen Praxis beim Personalcontrollingbericht angefangen, diese Transparenz herzustellen.

Es ist auch richtig gesagt worden: Wir können nicht im Einzelnen aufzeigen, wer wie viel Einmalzulage erhalten hat. Da darf es keine Rückschlüsse geben. Wenn man es pro Departement abbildet, kann es durchaus sein, dass man dann Rückschlüsse möglich macht.

Und deshalb sage ich: Wir haben diese Transparenz, wir können diese von der Darstellung her noch ausbauen – es braucht diese Motion eigentlich nicht.

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zur Abstimmung zwecks der Überweisung dieser Motion.

Wer für diese Motion ist und somit für die Überweisung, soll das mit Aufstehen bezeugen. Ich glaube, wir müssen nicht zählen.

Wer gegen die Überweisung ist, soll aufstehen.

Damit haben Sie diese Motion an den Stadtrat überwiesen.

Wir kommen zum Schluss der heutigen Sitzung. An dieser Sitzung möchte ich es nicht unterlassen, der Ratsleitung zu danken für die Organisation des heutigen Abends, dass wir die Sitzung so reibungslos durchführen konnten. Alle die technischen Installationen funktionierten, das Organisatorische hat funktioniert, alles bestens. Wir konnten die Wahlen ohne Probleme durchführen und auch beim Nachtessen hatte es genug, es war alles sehr gut. Ganz herzlichen Dank an den Parlamentsdienst.

Wie es leider halt so ist, gab es leider heute keinen Apéro zur Feier des neuen Präsidenten. Ich gehe stark davon aus, dass sich bei uns das Leben wieder normalisiert und man in der Ratspause der Sitzung vom 24. August miteinander anstossen kann. Auf jeden Fall habe ich vorgesehen, dort einen Apéro zu offerieren.

Es haben sich jetzt Geschäfte aufgestaut. Sicher interessiert Euch, wie wir da weitermachen. Ich erachte die Chance, zusätzliche Sitzungen einzuführen, ziemlich gleich Null. Wir haben eine Spezialkommission für die Revision Gemeindeordnung, die viel Arbeit gibt – dann noch zusätzliche Gemeinderatssitzungen zu haben, das dürfte schwierig werden. Was sicher ist: Die provisorisch eingeplante Zusatzsitzung im Herbst dieses Jahres werden wir durchführen. Im Weiteren ist die IFK daran, wie man einzelne Geschäfte beschleunigen könnte. Selbstverständlich unter Einhaltung der rechtlichen Vorgaben, die wir haben. In dem Sinn möchte ich noch ein Wort von Karl Valentin mitgeben, der sagte: «Es ist zwar alles gesagt, aber nicht von allen.»
Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)